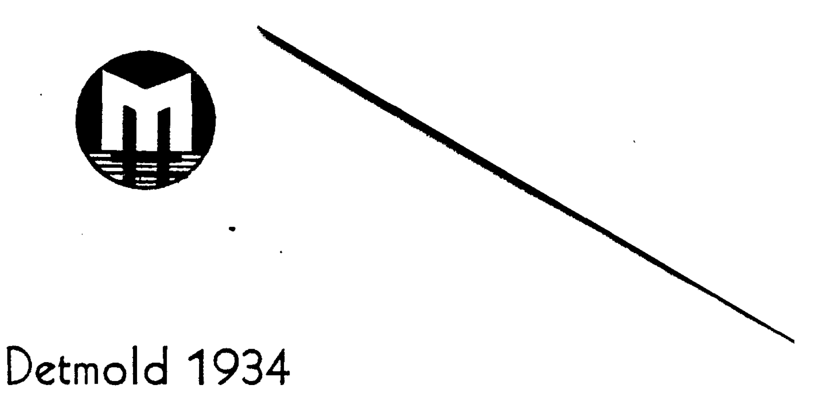
Deutschlands Kampf um Ehre und Sicherheit

Von

Major a. D. Hans Weberstedt



Detmold 1934

Verlag der Meyerschen Hofbuchhandlung (Max Staercke)

Druck der Meyerschen Hofbuchdruckerei, Detmold

Inhaltsverzeichnis

Zum Geleit

Nachdem sich die deutsche Reichsregierung in zähem Kampf das Recht auf die eigentlich längst zugesprochene Gleichberechtigung erkämpft hat, hat der Reichbund für deutsche Sicherheit seine Tätigkeit beendet. An über 4000 Stellen in der gesamten Welt hat er in verschiedenen Sprachen die Aufklärung über Deutschlands Forderung nach Gleichberechtigung unter den Völkern, Sicherheit vor den Völkern und Wiederherstellung seiner Ehre herangetragen. In zahlreichen Rundfunkreden sprachen seine Vertreter über alle Sender zu Millionen. Von den Sendern Südamerikas, Englands und Italiens wurden die Reden weiterverbreitet, und aus zahlreichen Schreiben der Auslandsdeutschen leuchtete die Dankbarkeit dieser Volksgenossen für die gehörte Aufklärung.

Vielfachen Wünschen entsprechend gebe ich daher, gewissermaßen als historisches Dokument, einen Teil der Veröffentlichungen des Reichsbundes in diesem Buche heraus. Selbst wenn sie zum Teil durch die politischen Ereignisse überholt sein sollten, bleiben sie doch *ein geschichtliches Zeugnis von dem gigantischen Kampf, den der Führer für Deutschlands Ehre kämpft.*

Heil Hitler!

Major a. D. Hans Weberstedt

1933/34 Präsident des Reichbundes für deutsche Sicherheit.

Deutschland fordert Gleichberechtigung

Ein Jahr Kampf um Deutschlands Gleichberechtigung

Von Major a. D. Hans Weberstedt

Als am 30. Januar 1933 der greise Feldmarschall den jungen Führer der nationalsozialistischen Bewegung zum Volkskanzler ernannt hatte, zogen Hunderttausende von deutschen Volksgenossen aller Stände und Berufe, an der Spitze die SA. und SS., in den Abendstunden in spontaner Begeisterung nach der Wilhelmstraße, um dem Reichspräsidenten Dank zu sagen und dem neuen Führer Deutschlands ihre Huldigung entgegenzubringen. Die vierzehn Jahre lang geknechtete und geächtete deutsche Nation war erwacht und befand sich in stürmischem Aufbruch, an der Spitze die deutsche Jugend, und als der Morgen des 31. Januar graute, begann sofort mit eiserner Energie die Aufbauarbeit des nationalen Sozialismus.

Das Ausland stand mißtrauisch, ja böswillig oder ablehnend dieser deutschen Revolution gegenüber, jedoch wurde es von dieser Umwälzung zunächst gar nicht berührt, denn die Aufgaben, die Staat und Volk zu lösen hatten, waren in erster Linie innenpolitischer Natur, wie die Niederringung des Marxismus einerseits und der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit andererseits. Daneben aber war es von Anfang an die Sorge des neuen Kanzlers, Deutschland aus seiner gefährlichen außenpolitischen Lage heraus-

zuführen, in die es von einer Regierung nach der anderen leichtfertig hineinmanövriert worden war. Das eine aber mußte dem gesamten Ausland von Anfang an klar sein, daß die Periode deutscher Demütigungen und würdeloser Kniefälle, an die es sich seit 1918 gewöhnt hatte, endgültig vorbei war. Dieses Ausland, das seit dem Weltkriege ein in sich zerrissenes, uneiniges, in zahllose Parteien und Interessentenhaufen zerfallenes Volk vor sich hatte, dessen marxistische Führer Hoch-, Landes- und Volksverräter waren — denn sie machten ja gemeinsame Sache mit unseren Feinden draußen —, sah plötzlich über Nacht ein Volk vor sich, das dabei war, Klassenkampf und Klassenhaß zu begraben, und sich zu einer geschlossenen Einheit unter Führung eines einzigen Mannes zusammenzufinden.

Insbesondere war es Frankreich, das sich in seiner absoluten europäischen Vormachtstellung bedroht fühlte, obwohl das deutsche Volk als friedfertigstes der Erde nichts anderes wollte, als seine zerrüttete Wirtschaft wieder aufzubauen, die verschütteten deutschen Kulturgüter wieder zur Geltung zu bringen und wieder Herr im eigenen Hause zu werden. Hierzu war aber eine friedliche, ungestörte Arbeit nötig, die durch keinerlei ernste außenpolitische Ereignisse und Quertreibereien von außen her gefährdet werden durfte. Das deutsche Volk konnte sich jedoch dieser gewaltigen Aufbauarbeit nur hingeben, wenn es vor aller Welt als ein Volk gleichen Rechts,

gleichen Ranges und gleicher Ehre dastand. Hieran hinderte es aber immer noch jener Völkerbund in Genf, dessen Versklavungspolitik mehr denn je im Mittelpunkt der Außenpolitik fast aller Staaten Deutschland gegenüberstand. Noch immer lastete auf Deutschland die unmoralische Anerkenntnis seiner einseitigen Kriegsschuld und völkerrechtswidrigen Kriegsführung, seine völlige Entwaffnung und Ehrlosmachung, seine Diffamierung vor allen Völkern der Erde. Noch immer führte ein tüchtiges, fleißiges, aber mißregiertes 65-Millionen-Volk inmitten Europas ein Leben von Heloten und Geächteten, im Ernstfalle willen- und wehrlos den Luftstreitkräften und jeglichem Einfall preisgegeben. Daß man trotz der nationalsozialistischen Revolution und trotz des sichtbaren Erwachens des deutschen Volkes versuchen würde, diesen Zustand in Deutschland aufrechtzuerhalten, war vorauszusehen. Durch eine mit der Kriegspropaganda von einst vergleichbaren Greuelhetze und systematische Verleumdungen der neuen deutschen Regierung, wozu man sich der aus Deutschland — gepeitscht vom bösen Gewissen — geflüchteten Emigranten bediente, versuchte man immer wieder, Deutschland moralisch zu diskreditieren und zu isolieren, andererseits in dem Deutschland angedichteten Kriegswillen einen bequemen Vorwand zu finden, um seine eigenen Rüstungen beizubehalten, ja noch zu verstärken.

Mit der ihm eigenen Festigkeit und Sachlichkeit,

gepaart mit fanatischem Willen und staatsmännischer Klugheit, erfüllt von ehrlicher Friedensliebe, ging Adolf Hitler daran, das schwierige außenpolitische Problem zu lösen, dem deutschen Volke Ehre und Gleichberechtigung zurückzugeben. Daß diese ihm der Völkerbund nicht wiedergeben konnte, war jedem Einsichtigen von vornherein klar. Die Abrüstungskonferenz erst einmal noch einige Zeit arbeiten zu lassen, war selbstverständlich, und je länger das möglich war, um so günstiger mußte es für Deutschland sein. Die fremdländischen Vertreter in Genf mußten der Welt noch deutlicher beweisen als bisher, daß sie weder willens noch fähig waren, Deutschland das zu geben, was ihm gebührt, und die Fragen der Sicherheit, Abrüstung und Gleichberechtigung für alle Welt zufriedenstellend zu lösen. Mit den widerlichsten Mitteln versuchte man weiter die Welt zu täuschen und gegen das neue Deutschland einzunehmen und zu beeinflussen, wozu immer wieder neue Schlagwörter herhalten mußten. Deutschland sollte nach wie vor der verachtete Prügelknabe der Welt bleiben.

Da rief Adolf Hitler am Rundfunk am 17. Mai und 14. Oktober das Gewissen der Völker auf und bekannte sich als Künder des Friedens und erklärte gleichzeitig an dem letztgenannten Tage Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund und der Abrüstungskonferenz. Gleichzeitig aber begann er außerhalb dieses Völkerbundes den Kampf um die

Wiederherstellung der deutschen Ehre und Gleichberechtigung. Er schlug den widerstrebenden Mächten ihre Waffen aus der Hand und bediente sich selbst einer neuen Waffe, der gewaltigen Volksabstimmung des 12. November, an welchem Tage sich fast die ganze deutsche Nation in überwältigender Willenskundgebung hinter ihren Kanzler stellte und ihm die Vollmacht gab, das Volk hinter sich, diesen Kampf um Deutschlands Gleichberechtigung zu führen.

Seitdem ist Deutschlands Kampf um Ehre und Freiheit und um die Wiedergewinnung von Arbeit und Brot in vollem Gange. Die größte und grundsätzlichste Frage unseres nationalen Lebens wurde die, ob der Boden unter unseren Füßen gegen jede Bedrohung, gegen jeden feindlichen Einfall geschützt werden kann und uns und denen, die nach uns kommen, erhalten bleibt.

In seiner großen Reichtagsrede am 30. Januar 1934 erklärte der Führer:

> „Als ich am 30. Januar von dem Herrn Reichspräsidenten mit der Führung der neuen Regierung betraut wurde, bewegten mich und mit mir nicht nur die Mitglieder des Kabinetts, sondern das ganze deutsche Volk das einzig brennend heiße Gebet, der allmächtige Gott möge es uns geben, dem deutschen Volke die Ehre und Gleichberechtigung vor der Welt zurückzuerringen. Als aufrichtiger Anhänger einer wirklichen Politik der

Versöhnung glaubten wir dadurch am besten beitragen zu können zu einem wahrhaften Frieden der Völker. Diese Gedanken haben wir zum Prinzip unseres ganzen außenpolitischen Handelns gemacht."

Schon hat sich im Jahre 1 der nationalsozialistischen Revolution das Gefüge der uns gegnerisch eingestellten Völker stark gelockert. War Deutschland 15 Jahre völlig isoliert in der Welt, so steht es heute dank der aufrichtigen Politik des Führers und einer einigen Nation nicht mehr allein. Schon bricht sich auch im Auslande die Erkenntnis bahn, daß es nicht angeht, einem großen Volke auf die Dauer die Ehre und Gleichberechtigung vorzuenthalten. Befreundete Nationen sehen ein, daß Deutschland und sein Führer nichts anderes wollen, als einen deutschen Frieden, einen Frieden, der der Nation Ehre, Freiheit und Fortentwicklung gewährt, nicht aber einen Unfrieden von Gnade und Willkür anderer Völker.

Das Jahr 2 der nationalsozialistischen Revolution bedeutet für uns Kampf und wieder Kampf auch in der Gleichberechtigung. Daß es uns Sieg und Erfüllung bringen wird, dafür bürgt bis zum letzten Mann die gesamte geeinte deutsche Nation, der der Wille des Führers oberstes Gesetz ist.

Deutschlands Recht auf gleiche Wehr und gleiche Sicherheit

Von Legationsrat Dr. K. Schwendemann

Als der Weltkrieg noch in vollem Gange war und Deutschland und seine Bundesgenossen, rings umgeben von gewaltigen Übermachten, sich siegreich behaupteten, formulierte der Präsident der Vereinigten Staaten, Wilson, seine bekannten 14 Punkte, in denen dieser Staatsmann, der mehr Professor war, ein ideales Friedensgebäude für eine bessere Zukunftswelt entwerfen wollte. Der Völkerbund war das Kernstück dieses Gebäudes, und eine allgemeine Beschränkung und Herabsetzung der Rüstungen sollte ein tragender Hauptpfeiler darin werden. Als die Kanonen verstummten, als die Mittelmächte nach tausend Siegen niedergebrochen waren und die gegnerischen Staatsmänner in Paris zusammenkamen, um den Frieden zu diktieren, erschien auch Wilson mit seinen 14 Punkten, die die Alliierten, ebenso wie Deutschland, vor Abschluß des Waffenstillstandes als Grundlage des Friedens angenommen hatten. Der amerikanische Präsident kam nach Paris, nicht um durch einen Friedensschluß, wie die Weltgeschichte viele gesehen hatte, den Kriegszustand zu beendigen. Sein Ziel stand höher. Er wollte das Gebäude dauernden Friedens, dessen Plan er mit seinen 14 Punkten entworfen hatte, nun in der politischen Wirklichkeit

aufrichten. Er kam nach Paris, nicht um einen Machtfrieden zu schließen, sondern um durch einen Rechtsfrieden einen dauernden Friedenszustand zu verkünden.

Wir wissen, wie wenig ihm das gelungen ist, wie er, durch die überlegene politische Taktik eines Clemenceau und Lloyd George allmählich zermürbt, sein ideales Programm schmählich verleugnete. Aber die Idee des Völkerbundes als eines Weltfriedensinstrumentes ist, wenn auch sehr unvollkommen, verwirklicht worden, und der Artikel 8 der Völkerbundssatzung hat den vierten von Wilsons 14 Punkten über die allgemeine Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen übernommen und zur wichtigsten und vordringlichsten Aufgabe des Völkerbundes erklärt. Es ist freilich Wilson nicht gelungen, die Durchführung der allgemeinen Abrüstung bei den Friedensverhandlungen zu erreichen. Mit einem schlauen Trick bogen seine überlegenen europäischen Gegenspieler den Gedanken der allgemeinen Abrüstung als Friedenssicherung um und formten aus ihm ein Instrument der Machtpolitik, in dem sie die allgemeine Abrüstung als Zukunftsaufgabe des Völkerbundes, die unmittelbare Entwaffnung der unterlegenen Mittelmächte jedoch als sofort zu erfüllende Friedensbedingungen durchsetzten. Die Verbindung zwischen der sofortigen Abrüstung der Besiegten und der zukünftigen allgemeinen Abrüstung wurde je-

doch in einer Einleitung zum Teil V des Versailler Vertrages ausdrücklich festgelegt.

Die deutsche Abrüstung ist somit vertraglich nur eine Vorleistung Deutschlands auf die allgemeine Abrüstung. Sie ist nur in zeitlicher Hinsicht einseitig, nicht in sachlicher. Nicht wie in manchen früheren Friedensverträgen wurde die Entwaffnung der Besiegten als etwas Absolutes, Einseitiges, als etwas ohne Gegenverpflichtung der Sieger festgesetzt, sondern als der einstweilen und im voraus zu erfüllende Teil einer gegenseitigen Verpflichtung zur allgemeinen Abrüstung. Diese Rechtslage ist von der Gegenseite nicht nur in der Note vom 16. Juni 1919, sondern auch in der Folgezeit immer wieder anerkannt worden.

Deutschland hat deshalb seit dem Inkrafttreten des Versailler Diktats die allgemeine Abrüstung gefordert. Der Völkerbund hat über ihre Durchführung seit seiner Begründung immer wieder verhandelt und diese stets als seine Hauptaufgabe anerkannt.

Trotzdem ist praktisch hinsichtlich der allgemeinen Abrüstung nichts geschehen, wohl aber ist die Abrüstung Deutschlands, Österreichs, Ungarns und Bulgariens von den Siegern verlangt und unter ihrer Kontrolle durchgeführt worden. Das deutsche Heer wurde auf 100 000 Mann reduziert, die deutschen Festungen wurden geschleift, das Kriegsmaterial wurde vernichtet, die Flotte größtenteils ausgeliefert und zerstört. Gleichzeitig aber rüsteten die

andern Länder im größten Stil weiter. So entstand in Europa eine Lage wehrpolitischer Ungleichheit, wie sie in der Weltgeschichte ohne Beispiel ist. Das deutsche Volk, dessen Lebensraum das Herzstück Europas darstellt, ist entwaffnet. Seine Grenzen sind entfestigt, der Luftraum über ihm ohne jeden Schutz. Ringsumher aber erheben sich Befestigungen, deren Geschütze ungehindert weit in deutsches Land hinein Zerstörung tragen können, stehen Tausende von Flugzeugen bereit, die jederzeit die deutschen Städte risikolos mit Vernichtung zu bedrohen vermögen, ist ein gewaltiges Kriegsmaterial aufgehäuft und sind Millionen von waffengeübten Männern vorhanden, die jederzeit in Marsch gesetzt werden können, um den deutschen Lebensraum wie einst im Dreißigjährigen Krieg von allen Seiten zu überfluten.

Kein Zweifel, die nationale Sicherheit Deutschlands ist auf das schwerste bedroht! Das Leben des deutschen Volkes, die Existenz seines Staates ruhen nicht auf der sicheren Grundlage eigener militärischer Kraft und Verteidigungsmöglichkeit, sie sind vielmehr abhängig von dem guten oder bösen Willen der hochgerüsteten Umwelt. Der Schlüssel zum deutschen Hause ist nicht in unserer Hand, sondern in der unserer Nachbarn. Was das bedeutet, haben wir erlebt. Haben nicht zehn Jahre lang fremde Truppen das Rheinland besetzt gehalten? Haben sie nicht im Jahre 1923, mitten im Frieden, unter fadenscheiniger Begründung das wirtschaftliche Herz Deutschlands,

das Ruhrgebiet, mit Mann und Troß besetzt, unser Wirtschaftsleben zum Erliegen gebracht und unsere Währung in den Abgrund gestürzt? An den wirtschaftlichen und sozialen Folgen dieser Gewalttat leiden wir heute noch aufs schwerste.

Welche Garantie, welche wirkliche Sicherheit haben wir gegen ähnliche Gewaltakte, solange unser Land abgerüstet inmitten hochgerüsteter Staaten liegt?

Einheitlich und machtvoll erhebt das deutsche Volk deshalb seine Stimme und fordert gleiche Wehr und gleiche Sicherheit wie die anderen Völker.

Am 2. Februar 1932 ist in Genf die allgemeine Abrüstungskonferenz zusammengetreten, die die Rechtsverpflichtung der anderen Unterzeichner des Versailler Vertrages und die Verpflichtung des Artikels 8 der Völkerbundssatzung zu allgemeiner Abrüstung zur Durchführung bringen sollte. Sie soll gleichzeitig den Zustand einseitiger Abrüstung Deutschlands und der anderen abgerüsteten Staaten beenden, sie soll der Vorleistung ihrer Abrüstung die Gegenleistung der noch hochgerüsteten Staaten folgen lassen. Seit anderthalb Jahren dauern mit Pausen die Verhandlungen der Konferenz. Sie haben bei den hochgerüsteten Staaten keine Kanone, kein Maschinengewehr und keinen Soldaten beseitigt, sie haben den abgerüsteten Staaten nichts an Wehr gegeben, sie haben an dem Zustand unerträglicher nationaler Unsicherheit und entehrender Ungleichheit, in dem

Deutschland sich befindet, nichts geändert. Die bisherigen Beschlüsse der Konferenz zeigten vielmehr, daß die anderen Staaten nicht daran denken, nach Maßstäben und Methoden unserer Abrüstung sich selbst ihrer Wehr zu entäußern. Sie wollen sie vielmehr möglichst uneingeschränkt behalten. Aber eines hat die Konferenz hinsichtlich Deutschlands gebracht: Die deutsche Gleichberechtigung wurde in aller Form als zu verwirklichender Grundsatz anerkannt und damit zum Ausdruck gebracht, daß die einseitige Entwaffnung Deutschlands in einem System allgemeiner Beschränkung und Herabsetzung der Rüstungen ihr Ende finden müsse.

Wie die Abrüstungskonferenz auch ausgehen, ob sie zum Abschluß eines Vertrages führen wird oder nicht, und wie dieser Vertrag auch immer aussehen möge, jene von Wilson in Versailles nur als zeitlich und vorübergehend gedachte und von Deutschland nur als solche angenommene einseitige deutsche Entwaffnung wird in Bälde ihr Ende finden müssen. Der Rüstungsausgleich zwischen uns und der übrigen Welt wird und muß kommen! Unser Anspruch auf gleiche Wehr und Sicherheit, gleichermaßen Rechtsanspruch im völkerrechtlichen, naturrechtlichen und moralischen Sinne, muß und wird befriedigt werden. Das deutsche Volk ist willens und entschlossen, dieses Recht auf jeden Fall in Anspruch zu nehmen und zu verwirklichen.

Die deutsche Delegation auf der Abrüstungs-

konferenz hat seit deren Beginn die Verwirklichung der Gleichberechtigung in den Mittelpunkt ihres Denkens und Handelns gestellt. Sie wird dies auch bei den weiteren Verhandlungen der Abrüstungskonferenz tun, die im Oktober wieder zusammentritt.

Sie hat nie einen Zweifel darüber gelassen, daß sie zwar im einzelnen zu Entgegenkommen, zu Übergangslösungen, zur Verwirklichung der vollen Rüstungsgleichheit in einem gewissen Zeitablauf, daß sie jedoch zu keinerlei Regelungen bereit ist, die das Prinzip der Gleichberechtigung leugnen oder in wesentlichen Punkten außer Kraft setzt.

Wir haben in Genf und in den Hauptstädten der Welt immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß wir gleiche Wehr und gleiche Sicherheit durch die Abrüstung der anderen nach unseren Maßstäben verwirklicht sehen wollen. Wir haben deshalb die Abrüstung der anderen nach denselben Maßstäben und Methoden gefordert, die bei uns angewandt worden sind. Die anderen haben diese Forderung abgelehnt. Sie wollen, wenn überhaupt, ihre Rüstungen nur ganz wenig vermindern und nur sehr begrenzte Beschränkungen übernehmen. Das bedeutet natürlich, daß für unsere Wehr alle Beschränkungen fallen müssen, die über das hinausgehen, was die anderen für sich übernehmen wollen. Die Gegenseite versucht uns deshalb zu verdächtigen und moralisch zu isolieren, indem sie sagt, wir wollten aufrüsten, und dies sei im Widerspruch mit dem Sinn der Ab-

rüstungskonferenz und mit dem Geiste des Abrüstungsgedankens. Darauf gibt es nur eine Antwort: Nicht wir wollen aufrüsten, sondern ihr wollt nicht abrüsten und wollt uns außerdem noch das Recht auf Gleichberechtigung und auf gleiche Sicherheit abstreiten. Rüstet ab, wie wir es getan haben, und alles ist in Ordnung. Wollt ihr das nicht, so muß unsere Sicherheit eben mit denselben Mitteln gewährleistet werden, die ihr für euch selbst in Anspruch nehmt. Die Verantwortung fällt nicht auf uns, sondern auf euch, und durch keine Propaganda, durch keinerlei Verdrehung ist dieser klare Tatbestand zu verdunkeln. Durch nichts kann unsere einwandfreie und untadelige moralische Position in der Abrüstungsfrage beeinträchtigt werden.

Dies wird gegenwärtig wieder, wie schon oft, von Paris aus mit Hilfe eines Teils der englischen Presse versucht.

Es wird eine geradezu hemmungslose Hetze gegen uns wegen angeblicher Aufrüstung getrieben. Täglich bringen die französische und die englische Presse eine Reihe von Sensationsmeldungen über angebliche militärische Maßnahmen und „Kriegsvorbereitungen“ in Deutschland. Wer diese Veröffentlichungen nur drei Tage lang kritiklos auf sich einwirken ließe, müßte glauben, ganz Deutschland sei ein einziges Heerlager, die deutsche Industrie produziere nichts als Kriegswaffen, und der Friede der Welt werde durch Deutschland unmittelbar aufs

schwerste bedroht. Die Schlußfolgerung, die besonders von der französischen Presse aus diesen Sensationsmeldungen gezogen wird, ist die Forderung, in Deutschland müsse schnellstens eine scharfe internationale Rüstungskontrolle durchgeführt werden. Aus französischen Regierungskreisen verlautet dementsprechend, ein Abkommen über allgemeine Abrüstung sei nur in der Form denkbar, daß zunächst eine mehrjährige Kontrolle der bestehenden Rüstungen durchgeführt werden müsse, bevor praktische Abrüstungsmaßnahmen ergriffen werden könnten. Eine solche Kontrolle denkt man sich in Paris anscheinend auf Grund der Abrüstungsbestimmungen des Friedensdiktates. Sie wäre mit der in Artikel 213 des Friedensdiktates vorgesehenen sogenannten Völkerbundsinvestigation, d. h. einer Kontrollierung des deutschen Rüstungsstandes in der Art, wie früher die Interalliierte Militär-Kontrollkommission sie zum Zwecke unserer Entwaffnung durchführte, praktisch identisch.

Solche Forderungen klingen wahrhaftig wie Stimmen aus einer vergangenen Epoche deutscher Erniedrigung. Es gibt offenbar in Frankreich romantische Gemüter, die jene Tage, in denen Kommissionen ausländischer Offiziere in Deutschland herumreisten und die Zerstörung der deutschen Festungen, die Verschrottung deutscher Geschütze, die Zerschlagung des gesamten deutschen Rüstungsapparates

überwachten und durchführten, nicht vergessen können und sich nach deren Wiederkehr sehnen.

Sie haben offenbar nicht begriffen, daß inzwischen sich einiges in der Welt und vor allem in Deutschland geändert hat. Kann irgend jemand glauben, daß eine einseitige Kontrolle Deutschlands von der deutschen Regierung angenommen oder angesichts des deutschen Volkswillens praktisch überhaupt durchführbar wäre? Vor solchen Illusionen muß man dringend und mit aller Deutlichkeit warnen.

Heute kann es sich nicht mehr darum handeln, darüber Nachforschungen anzustellen, ja nur darüber zu diskutieren, ob Deutschland die ihm im Teil V des Friedensvertrages über die deutsche Entwaffnung aufgezwungenen Verpflichtungen durchgeführt hat oder innehält. Die Tatsache der deutschen Entwaffnung ist von der Gegenseite mehrfach in aller Form anerkannt worden. Inzwischen hat der Prozeß um die Durchführung der Verpflichtungen der Gegenseite begonnen. Darüber ist in Genf anderthalb Jahre lang, bisher ohne praktisches Ergebnis, verhandelt worden. In diesen Verhandlungen ist die Gleichberechtigung Deutschlands auf dem Wehrgebiet in aller Form anerkannt worden. Es gibt aus dieser Sachlage kein Zurück mehr zu einseitiger Wehrbeschränkung Deutschlands. Es gibt nur noch ein Vorwärts zu einem Zustand der Gleichberechtigung und der gleichen Rüstungsfreiheit oder Rüstungsbeschränkung für alle Staaten. Nicht so ist die

Lage, daß man Deutschland an seine Verpflichtungen erinnern darf, wir sind vielmehr berechtigt, endlich die Durchführung der Verpflichtung der anderen, dieselben Rechte und Freiheiten zu fordern, die die anderen weiterhin für sich beanspruchen.

Man muß allen Ernstes jenen im Ausland, die von einseitiger Rüstungskontrolle Deutschlands reden, die Frage vorlegen, was sie damit eigentlich beabsichtigen. Nur völlige Verständnislosigkeit gegenüber dem heutigen Deutschland kann erwarten, daß es möglich wäre, fremde Offiziere heute nach Deutschland zu schicken, um die deutschen Kasernen, Zeughäuser und Industriewerke daraufhin zu untersuchen, ob wir nicht etwa ein paar Geschütze, ein paar Maschinengewehre oder ein paar Säbeltroddeln mehr besitzen, als sie das Versailler Diktat uns vorschreibt. Wenn dem aber so ist, so läßt sich nur der Schluß ziehen, daß diejenigen, die solche Kontrollforderungen stellen, bewußt Unmögliches verlangen, bewußt Forderungen stellen wollen, gegen die sich das deutsche Volk mit völliger Einmütigkeit und mit letzter Entschlossenheit zur Wehr setzen würde. Wer solche Forderungen aufstellt, will bewußt nicht Verständigung, sondern Feindschaft, nicht Vertrauen, sondern Mißtrauen. Darin liegt die Gefährlichkeit der zur Zeit gegen Deutschland gerichteten Propaganda wegen angeblicher Aufrüstung und mit dem Ziel einer deutschen Rüstungskontrolle.

Es wird interessieren, einen Einblick in die Art der

zur Zeit gegen uns geführten Hetzkampagne wegen angeblicher Aufrüstung zu gewinnen. Ich will Ihnen einige Stichproben daraus nicht vorenthalten: In einer der größten Pariser Zeitungen, dem „Journal", veröffentlicht gegenwärtig der Journalist Geo London eine Reihe von Artikeln über unsere angeblichen Rüstungen, die von besonders wohlwollenden englischen Blättern wie dem „Daily Telegraph" mit Genugtuung abgedruckt werden. Für die Art der Berichterstattung dieses französischen Journalisten folgende bezeichnenden Beispiele: Er zitierte aus den Außenhandelsziffern Deutschlands die Zahlen über Ein- und Ausfuhr von Erz und Eisenprodukten, stellte fest, daß die Erzeinfuhr nach Deutschland in den letzten Monaten erheblich größer gewesen sei als in den entsprechenden Monaten des Vorjahres, daß die Ausfuhr jedoch nicht entsprechend gestiegen sei. Wo bleibt das Erz? Es wird natürlich zu Kanonen und Waffen verarbeitet! Herr London hat offenbar nichts darüber vernommen, daß z. B. die Produktion von Automobilen im Mai d. J. reichlich doppelt so groß gewesen ist wie im Mai des letzten Jahres, er weiß nichts von den großen Aufträgen, die die Reichseisenbahnen an die Industrie gegeben hat, weiß nichts von den heroischen Bemühungen der deutschen Regierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Ankurbelung der Industrie. Ein anderes Beispiel: Am 21. Juli wagt derselbe Berichterstatter im Rahmen eines Artikels über die deutsche che-

mische Industrie zu behaupten, Deutschland habe sich seit jeher offen oder geheim gegen alle Versuche gewandt, den Gebrauch von Gasen im Kriege zu verhindern. Das ist eine glatte Lüge. Denn Deutschland hat nicht nur das sogenannte Gaskriegs-Protokoll vom 7. Juni 1925, das den Gaskrieg verbietet, unterzeichnet, sondern auch auf der Abrüstungskonferenz konsequent und energisch das Verbot des Gas- und bakteriologischen Krieges gefordert und dessen Annahme mit herbeigeführt. Als einziges großes Land besitzt es keinerlei Mittel des Gaskrieges, während kein Land diese Mittel in einem so gewaltigen Umfang besitzt wie Frankreich. Im gleichen Artikel behauptet Herr London übrigens, der Träger der deutschen Vorbereitungen für den Gaskrieg sei — man höre und staune — die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, deren Name ja schon ein Programm sei. Der vortreffliche Berichterstatter weiß offenbar nicht, daß die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft schon lange vor dem Weltkrieg als rein wissenschaftliche Forschungsgesellschaft gegründet wurde, deren Forschungsinstitute allen Ausländern offenstehen und deren Forschungsergebnisse schon mehr als einem deutschen Forscher den Nobelpreis eingetragen haben!

Noch ein weiteres Beispiel aus der vielleicht bekanntesten französischen Zeitschrift, der „Revue des deux Mondes". In ihr wurde kürzlich unserer Reichswehr der Vorwurf gemacht, sie habe voriges Jahr in

der Nähe der polnischen Grenze Manöver abgehalten, in der die Deutschland verbotenen Angriffswaffen, besonders Tanks, als Attrappen benutzt worden seien. Attrappen seien zwar nur Abbilder der wirklichen Waffe, aber von ihnen zur Wirklichkeit sei ja nur ein Schritt. Wenn also die Reichswehr diejenigen modernen Kampfmittel, die ihr verboten sind und die in den Staaten rings um Deutschland zu tausend und aber tausend bereitstehen, um gegebenenfalls über Deutschland herzufallen, als Attrappen bei Manövern verwendet, so ist das schon ein Verbrechen!

Genug von diesen Beispielen. Was für eine ungesunde Mentalität spricht aus ihnen! Man bedenke: Die Nachbarn Deutschlands, vor allem Frankreich und seine Bundesgenossen, sind bis an die Zähne bewaffnet. Sie haben gerade diejenigen Kampfmittel, die der Versailler Vertrag Deutschland verbietet, wie Tanks, schwere Geschütze, Flugzeuge, besondere Bombenflugzeuge mit dem Aufwand von Milliarden ins Ungeheuerliche entwickelt. Die Vertreter dieser Staaten auf der Abrüstungskonferenz haben, als es sich darum handelte, die zu verbietenden Angriffswaffen zu bestimmen, allen Ernstes die Deutschland verbotenen Waffen als Verteidigungswaffen, als unumgänglich notwendig für ihre nationale Sicherheit bezeichnet. Angesichts dieser Tatsachen kann man das Verlangen, Deutschland solle auch künftig auf diese Waffen verzichten, ja, es müsse durch eine

fremde Kontrolle festgestellt werden, ob es nicht doch vielleicht einige von ihnen besitze, nur als ein geradezu groteskes Messen mit zweierlei Maß bezeichnen! Was man selbst für seine nationale Sicherheit für unentbehrlich hält, ist selbstverständlich Deutschland zu verweigern, und wenn Deutschland den Versuch machen sollte, sich solche Waffen zu beschaffen, so wäre das ein Verbrechen und eine Gefährdung des Friedens!

Man muß — und hier möchte ich, daß mich auch möglichst viele Menschen guten Willens jenseits der deutschen Grenzen hören — die Frage stellen, ob ein solches Messen mit zweierlei Maß, eine solche selbstgerechte Mentalität, ein solch abgründiges Unverständnis für den Lebens- und Freiheitswillen eines großen Volkes die Grundlage für ein gesundes Zusammenleben in Europa abgeben können? Wer aufrichtig den Frieden will, muß nicht nur sein eigenes Interesse, sondern auch das des Nachbarn achten. Wer Vertrauen fordert, muß vor allem die Grundlage des Vertrauens — gegenseitige Achtung und Anerkennung gleichen Rechts — zu gewähren bereit sein!

Aus Frankreich dringt zu uns immer wieder der Ruf nach Sicherheit. Ohne Vertrauen zu Deutschland könne Frankreich keinerlei Abrüstungsmaßnahmen zustimmen, und dieses Vertrauen müsse zunächst durch eine Kontrolle des deutschen Rüstungsstandes herbeigeführt werden. Hat man Deutschland, als

man es entwaffnete, gefragt, ob es Vertrauen zu seinem Nachbarn habe? Hat man an Deutschlands Sicherheit gedacht, als man ihm seine Waffenrüstung auszog? Wie will man zu Vertrauen gelangen, wenn man, wie dies aus den eben von mir zitierten Beispielen einer systematischen Aufrüstungshetze gegen Deutschland hervorgeht, selbst Mißtrauen mit vollen Händen sät?

Es gibt nur einen Weg zum Vertrauen in Fragen von Rüstung und Abrüstung. Er besteht darin, daß endlich praktisch gleiches Recht in der Wehrfrage für alle geschaffen wird! Der Zustand einseitiger deutscher Entwaffnung, einseitiger deutscher Vorleistung auf dem Abrüstungsgebiet muß schleunigst ein Ende finden. Fünf Jahre hat die Vorbereitende Abrüstungskommission verhandelt, anderthalb Jahre dauern bereits die Verhandlungen der Abrüstungskonferenz, ein halbes Menschenalter ist vergangen, seitdem die deutsche Abrüstung begonnen worden ist. Die Zeit des Wartens ist für uns vorbei. Die Zeit einseitiger Wehrbeschränkung oder gar einseitiger Kontrolle ist verstrichen. Jetzt sind nur noch Wehrbeschränkungen möglich, die in gleicher Weise für alle gelten. Jetzt ist nur noch eine Kontrolle solcher Wehrbeschränkungen denkbar, die für die anderen ebenso gilt wie für uns. Wir haben auf der Abrüstungskonferenz und kürzlich noch beim Besuch des Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson, in Berlin und München unsere Bereitschaft be-

tont, jede Rüstungsbeschränkung und jede Kontrolle der Rüstungen anzunehmen, die für alle Völker in gleicher Weise gelten. Wir denken nicht daran, wie das die Gegenseite mit beleidigender Selbstverständlichkeit für sich tut, für uns etwas anderes, etwas Besseres, etwas Vorteilhafteres auf dem Wehrgebiet zu fordern als das, was andere Völker haben dürfen. Wir fordern nur Gleichberechtigung. Wir fordern Gleichberechtigung für den beengten, in der Mitte Europas liegenden Lebensraum. Wir fordern weiter nichts als das Recht, ebenso frei, ebenso sicher zu atmen, zu leben und zu wirken, wie die anderen Völker Europas und der ganzen Welt!

Geben wir uns gegenseitig das Wort, daß keinerlei Verdächtigung oder Bedrohung diesen unseren Willen wird schwächen oder beugen können. Sagen wir gleichzeitig den anderen Völkern, daß wir ihnen dasselbe Recht zugestehen, daß aber Verständigung, Vertrauen und Zusammenarbeit unter den Völkern und jedenfalls mit uns nur möglich sind, wenn das Lebensrecht der deutschen Nation auf gleiche Wehr und gleiche Sicherheit nicht weiter angezweifelt wird.

Deutschland im Kampf um gleiches Recht und gleiche Sicherheit

Von Legationsrat Dr. K. Schwendemann

Es gibt für die Tatsache, daß ein großes Volk wie das deutsche, ein Volk, dessen kulturelle Leistungen auf allen Gebieten zu den höchsten der Menschheit gehören, für die Anerkennung und Verwirklichung seiner Gleichberechtigung kämpfen muß, keine Parallele in der Geschichte. Dieser Kampf und seine Notwendigkeit sind aber Tatsachen. Wer als Deutscher, der auf sein Volk und dessen Leistungen stolz ist, die Lage überdenkt, wird sich innerlich dagegen auflehnen, daß unser Kampf um Gleichberechtigung überhaupt notwendig ist und sich empört fragen, warum er notwendig ist.

Die Antwort ist einfach. Der verlorengegangene Weltkrieg und das uns aufgezwungene Versailler Diktat sind die Ursachen. Auch andere Völker haben im Laufe ihrer Geschichte Zusammenbrüche erlebt und schwere Friedensbedingungen annehmen müssen, ohne daß ihre Gleichberechtigung deshalb in Zweifel gesetzt oder tatsächlich beseitigt worden wäre. Daß dies hinsichtlich Deutschlands geschehen ist, hat seine Ursachen in der Kriegspropaganda, die bewußt das Mittel der moralischen Diskreditierung des Gegners, der Schmähung seiner Ehre, der Verneinung seiner unbezweifelbarsten moralischen Qua-

litäten benutzte, um den gegen Deutschland geführten Krieg als einen Kreuzzug gegen den angeblichen Feind der Menschheit und der Kultur hinzustellen. Dieser Propaganda ist letzten Endes das deutsche Volk erlegen. Ihre Nachwirkungen sind es, die heute noch den Kampf um das Prinzip der Gleichheit Deutschlands unter den Völkern und deren praktische Verwirklichung notwendig machen.

Wenn wir heute dafür kämpfen müssen, daß auch Deutschland die gleichen Mittel für seine Landesverteidigung zugestanden werden, die die anderen Völker besitzen und nicht aufgeben wollen, wenn die anderen Staaten Militärflugzeuge, schwere Geschütze, Kampfwagen, Unterseeboote und vieles andere zwar als unentbehrliche Mittel ihrer Landesverteidigung, als notwendige Defensivwaffen für sich in Anspruch nehmen, Deutschland aber zumuten, auf diese Waffen auch weiter zu verzichten, so liegt darin grundsätzlich dieselbe Diffamierung wie in der Hunnen- und Greuelpropaganda des Weltkrieges und in der Erpressung des deutschen Kriegsschuldbekenntnisses in Versailles. Denn warum und mit welcher Begründung will und kann man dem deutschen Volke das Naturrecht der Verteidigung der Heimaterde und damit der Selbsterhaltung verweigern? Sind Tanks, Flugzeuge und schwere Geschütze, die in den Händen französischer, englischer oder polnischer Männer anständige Verteidigungswerkzeuge sind, in der Hand deutscher Män-

ner infernalische Instrumente des Angriffs und der Vergewaltigung anderer Völker? Wenn Kriegsflugzeuge, die über französischer Erde fliegen und üben, für die Verteidigung dieser Erde im Falle der Gefahr notwendig sind und ihr bis ins einzelne vorbereiteter kriegerischer Einsatz den Forderungen der Menschlichkeit nicht widersprechen würde, wieso würden solche Flugzeuge über deutschem Lande und von deutschen Piloten geführt, aggressiven Charakter haben und den Frieden und die Interessen der Menschheit gefährden?

Diese Fragen stellen heißt die moralischen Hintergründe der Verhandlungen aufdecken, die gegenwärtig über Deutschlands künftige Rüstung stattfinden. Es wird daraus klar, daß die Frage unserer Gleichberechtigung auch die unserer nationalen Ehre ist. Die Gleichheit der Waffen ist nicht nur ein Erfordernis unserer Sicherheit, sondern ebensosehr unserer nationalen Ehre. Sie ist eine eminent moralische Frage. Allerdings wird der Anspruch auf Gleichheit in der Bewaffnung heute prinzipiell selbst von Frankreich nicht mehr geleugnet. Aber man will auch heute noch für seine Verwirklichung unannehmbare Bedingungen stellen; will auch heute noch die Verwirklichung der Gleichberechtigung nicht sofort, sondern erst nach Jahren zugestehen und nur wenn Deutschland während einer mehrjährigen Periode der Kontrolle und Bewährung sich des Vertrauens würdig gezeigt habe, gleiche Waffen zu führen, wenn

es nachgewiesen habe, daß es wirklich friedlich gesonnen sei und keine Gefährdung der übrigen Welt darstelle. Freilich, man nennt es neuerdings nicht mehr Bewährungsfrist. Man betont sogar, von Bewährungsfrist sei nicht mehr die Rede. Aber das ist nur ein Spiel mit Worten. Wenn man die Gleichheit in der Bewaffnung erst nach einer Reihe von Jahren und nach Erfüllung einseitiger und daher ehrenrühriger Kontrollforderungen gewähren will, so bedeutet das eben tatsächlich die Forderung auf Bewährungsfrist und auf moralischen Besserungsschein. Solche Forderungen zeigen, daß diejenigen, die sie erheben, von der Mentalität der Kriegspropaganda, von dem Messen mit zweierlei Maß, von der grundsätzlichen Disqualifizierung sich immer noch nicht frei machen können.

Man muß einmal die Frage stellen, was andere ehrliebende Völker, was die Franzosen oder die Engländer sagen würden, wenn man ihnen zumutete, auf wesentliche Faktoren ihrer Landesverteidigung zu verzichten, ohne daß andere Völker selbst darauf verzichten wollten. Für jeden, der diese Länder kennt, ist klar, wie die entrüstete Antwort lauten würde. Nun, wir sind nicht weniger ehrliebend und nicht weniger selbstbewußt als andere Völker, und wir geben auf die an uns gerichtete Zumutung dieselbe Antwort, die sie geben würden.

In der Presse des Auslandes wird immer wieder der Versuch gemacht, die deutschen Absichten hin-

sichtlich Rüstung und Abrüstung zu verdächtigen. Unser Anspruch auf Gleichheit der Bewaffnung wird verdächtigt als Ausdruck kriegerischer Gesinnung und als Ablehnung des Gedankens der Abrüstung. Auch hierin liegt bewußt oder unbewußt dieselbe moralische Diffamierung. Wenn in Frankreich ein Kriegsschiff vom Stapel läuft oder eine große militärische Parade stattfindet, pflegen die französischen Staatsmänner diese neuen oder alten Elemente der französischen Rüstung als Garantien des Friedens, ja als Ausdruck französischer Friedensgesinnung zu preisen. Wenn Deutschland dieselben Elemente der Rüstungen für sich fordert, so wird der Friedenswille des deutschen Volkes in Zweifel gesetzt, ja die wiederholten feierlichen Friedenskundgebungen Adolf Hitlers als unaufrichtig bezeichnet. Was aber den Abrüstungsgedanken angeht, in dessen Namen man uns die Gleichheit der Bewaffnung verweigern will, so genügt der Hinweis darauf, daß wir ja abgerüstet sind, und zwar schon seit vielen Jahren. Wir haben uns in Genf ebenso lange wie erfolglos und mit der größten Geduld bemüht, die anderen Staaten ihrerseits zur Erfüllung ihrer vertraglichen Abrüstungsverpflichtungen zu veranlassen. Wir haben Genf nur verlassen, weil die hochgerüsteten Staaten nicht zur Abrüstung zu bringen waren. Warum müssen wir denn überhaupt die Forderung auf Gleichheit in der Bewaffnung und auf Angleichung unseres Rüstungsstandes an den der Umwelt stellen? Doch nur weil

die anderen sich geweigert haben und weiter weigern, auf unser niedriges Rüstungsniveau herabzurüsten, wie wir das in Genf jahrelang gefordert haben. Es steht diesen Staaten wahrlich schlecht an, sich jetzt nachträglich als Apostel des Abrüstungsgedankens aufzuspielen und im Namen der Abrüstung, die sie seit vielen Jahren verweigert und verhindert haben, Vorwürfe gegen Deutschland zu erheben und es der Versündigung gegen den Abrüstungsgedanken anzuklagen. Diese Anklage fällt voll und ganz auf sie selbst zurück. Sie hatten auf der Genfer Abrüstungskonferenz Zeit und Gelegenheit genug, um ihren Abrüstungswillen durch Taten zu beweisen. Sie haben es nicht getan. Wenn sie jetzt zur Abrüstung bereit sind, so ist es immer noch nicht zu spät. Aber dann müssen sie wirklich zu Taten übergehen und klar und unverklausuliert sagen, was sie sofort abrüsten wollen. Mit vagen Versprechungen und verklausulierten Abrüstungsgelöbnissen für eine mehr oder weniger ferne Zukunft ist nichts geholfen.

Das deutsche Volk ist unter seiner gegenwärtigen Führung seiner selbst viel zu sicher, viel zu sehr durchdrungen von dem Bewußtsein seiner nationalen Ehre und viel zu sehr erfüllt von dem alles beherrschenden Willen, sein Schicksal selbständig zu gestalten, als daß die seine Gleichberechtigung ablehnende Geisteshaltung eines Teiles des Auslandes es irgendwie irremachen könnte. An seinem geschlos-

senen nationalen Willen werden alle Versuche, es zu Vereinbarungen zu benötigen, die seiner Gleichberechtigung widersprechen, abprallen.

Nachdem die Abrüstungskonferenz und der Völkerbund sich als unfähig erwiesen haben, Wege zur Verwirklichung der deutschen Gleichberechtigung zu finden, hat die deutsche Regierung Verhandlungen mit den Großmächten eingeleitet, um mit den üblichen diplomatischen Mitteln und unter Verzicht auf den untauglichen Genfer Konferenzapparat diesen Weg zu finden. Diese Verhandlungen sind im Gange. Sie werden von deutscher Seite mit der größten Bereitschaft zur Verständigung und mit dem aufrichtigsten Friedenswillen geführt. Deutschland wäre auch heute noch bereit, seine Gleichberechtigung durch die Abrüstung der anderen Staaten zu verwirklichen. Die gegenwärtigen diplomatischen Verhandlungen werden ja zeigen, ob dies möglich ist, und ob diejenigen, die sich solange an der Abrüstungsidee versündigt haben, jetzt tatsächlich, wie sie behaupten, zur Buße und Besserung bereit sind. Auch solch späte Bekehrung wird in Deutschland aufrichtig begrüßt werden. Aber sie darf sich nicht in Worten, sie muß sich in sofortigen Taten äußern!

Verteidigungswehr für Deutschland

Von Staatssekretär a. D. Frhr. v. Rheinbaben

Bekanntlich finden zur Zeit wiederum auf diplomatischem Wege Verhandlungen zwischen Deutschland und europäischen Großmächten statt, die zum Ziele haben, eine vertragliche Lösung des Abrüstungsproblems zunächst zwischen den Großmächten und später im allgemeinen internationalen Rahmen zu finden, nachdem sich der Genfer Apparat in jahrelangen Beratungen dafür als unzulänglich erwiesen hat. Selbstverständlich ist in diesem diplomatischen Hin und Her der Austausch der deutsch-französischen Ansichten von größter Bedeutung. Hier stehen wir vor der Tatsache, daß die Pariser Regierung am Neujahrstage in einer längeren Aufzeichnung ihre neuesten Thesen übermittelt hat, und daß die Reichsregierung gerade in den letzten Tagen hierzu eingehend Stellung genommen und den Wunsch ausgesprochen hat, über gewisse Einzelheiten noch nähere Aufklärung zu erhalten. Neben dieser diplomatischen Geschäftigkeit aber ruht die Stellungnahme der öffentlichen Meinung an keinem Tage, und was wir auf diesem Gebiet gerade von französischer Seite hören und erfahren, zeigt leider mit aller wünschenswerten Deutlichkeit, daß Frankreich von einer wirklichen Anerkennung der Gleichberechtigung Deutschlands noch immer weit entfernt

ist. Immer wieder muß jeder Deutsche, der vor der Öffentlichkeit zu diesem großen Problem das Wort ergreift, die Feststellung wiederholen, daß die hochgerüsteten Länder die Deutschland am 11. Dezember 1932 feierlich zugesagte Gleichberechtigung auch heute noch dadurch am einfachsten herstellen können, daß sie ihrerseits auf das deutsche Niveau abrüsten. Auf das Argument, daß irgendeine wesentliche Abrüstung angeblich nicht auf einen Schlag zu bewerkstelligen wäre, hatte Deutschland auf der Abrüstungskonferenz der These zugestimmt, daß die erste internationale Abrüstungskonvention wenigstens einen entscheidenden Schritt in der Richtung auf Deutschlands Abrüstung tun müsse, wobei selbstverständlich zur praktischen Verwirklichung der Gleichberechtigung immer und in jedem Falle schon aus Gründen der Entwicklung der modernen Waffentechnik eine sofortige Anpassung der deutschen Versailler Rüstung, insbesondere in der Qualität, an die Waffen der hochgerüsteten Länder stattzufinden hätte. Deutschland hat sich auch noch im Frühjahr vorigen Jahres mit einer solchen Methoden entsprechenden Übergangszeit durch grundsätzliche Zustimmung zum sogenannten MacDonald-Plan abgefunden. Diese Grundlage der Konferenz ist nun aber am 14. Oktober auf Frankreichs Betreiben bewußt verlassen worden, und gleichzeitig mit dem deutschen Austritt aus Abrüstungskonferenz und Völkerbund ist eine völlig neue Situation entstanden.

Was wir dagegen bisher über den Inhalt des vorerwähnten französischen Aide mémoire vom Neujahrstage 1934 wissen, bewegt sich im wesentlichen auf der alten Linie der Verneinung von früher bereits angenommenen Grundlagen einer vertraglichen Abrüstungsregelung. Ihr wesentlicher Zug ist und bleibt, daß Deutschland sozusagen als Kompensation für seine innere nationale Erstarkung noch für eine weitere mehrjährige Epoche die für seine Verteidigung notwendigen Waffen nicht erhalten soll, und die nach ihrem Ablauf in Aussicht genommene Verminderung der Waffen der hochgerüsteten Staaten ist an so viele Voraussetzungen und Bedingungen geknüpft und so unklar formuliert, daß leider von einem entscheidenden Fortschritt der diplomatischen Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich auch heute noch nicht gesprochen werden kann. Deutschland bleibt bei seiner These, daß im Gegensatz zu dem Schein einer von Frankreich behaupteten Abrüstungsbereitschaft die harte Wirklichkeit im Gegenteil dafür spricht, daß, abgesehen von gewiß vorhandenen und auch von Deutschland begrüßten Einzelmaßnahmen im ganzen irgeindeine ins Gewicht fallende Herabsetzung der Rüstungen durch die hochgerüsteten Länder noch auf viele Jahre hinaus nicht erfolgen wird. Hieraus müssen nach unserer Ansicht jetzt durch klare Entschlüsse die Konsequenzen gezogen werden. Wir stehen also noch vor weiteren schwierigsten Auseinandersetzungen mit der

Gegenseite und halten in Führung und Gesamtnation an unserem Anspruch auf sofortige praktische Verwirklichung deutscher Gleichberechtigung unerschütterlich fest.

Wenn wir aber einmal den Blick von den eigentlichen militärtechnischen Einzelheiten des Abrüstungsproblems abheben und auf die Zustände in Europa und der Welt draußen lenken, wenn wir die Tonart betrachten, in der heute, 15 Jahre nach Beendigung des Weltkrieges, nicht nur schmierige Emigrantenergüsse und obskure Winkelblätter, sondern führende große Zeitungen des Auslandes zu Deutschland und über Deutschland zu sprechen belieben, wenn wir die ganze Überheblichkeit, Unaufrichtigkeit und Abirrungen solcher Meinungsäußerungen auf uns wirken lassen, dann kommen wir ohne irgendeine amtliche Einwirkung oder Propaganda in deutschem, klarem und einfachem Empfinden zu folgendem Schluß: Der Kampf um Deutschlands gleiches Recht soll uns militärisch und wehrpolitisch eine Verteidigungswehr geben, deren Ziel, Zweck und Charakter angesichts der so großen Überlegenheit Frankreichs — ganz abgesehen von seinen um Deutschland gelagerten Freunden und Bundensgenossen — nur Böswilligkeit oder Unkenntnis der wahren Tatsachen leugnen kann. Jawohl, das ist die immer zu wiederholende deutsche Forderung, die durch vierzig Millionen deutscher Stimmen am 12. November v. J. in überwältigender Mehrheit unterstützt worden ist.

Aber ist es nicht so, daß angesichts der Einstellung eines großen Teils des heutigen Auslandes in dieser harten Welt der Tatsachen umgekehrt auch erst der Besitz solcher Verteidigungswaffen viele Kreise wieder dahin führen wird, Deutschland gleiches Recht und die gleiche Stellung in der Welt zuzuerkennen? In seiner kürzlichen Rede im Lande Lippe sprach der Führer davon, daß wir in der nächsten Zeit wohl nicht allzuviel Liebe draußen in der Welt finden würden, daß wir aber innerlich und äußerlich als Reich so erstarken müßten, daß sie uns wenigstens achtet. Im Sinne dieser These kann man auch sagen, daß das gegenwärtige außenpolitische Ringen Deutschlands zum Ziel hat, daß keine politische Handlung irgendeines Landes Deutschland gegenüber, erst recht keine wirtschaftliche und finanzielle Maßnahme, von der offenen oder verhüllten Voraussetzung ausgehen darf, daß, wenn Deutschland sich nicht fügt, als letztes Mittel die Drohung mit Gewalt noch immer übrigbleibt. Diese Politik, die uns von 1918 bis zur Gegenwart immer wieder entgegengetreten ist, die unendliches Leid nach Abschluß des eigentlichen Krieges auf Deutschland legte, muß endlich aufhören. Einem Lande das Recht absprechen, sich mit den von aller Welt und auf alle erdenkbare Zeit für die Verteidigung beanspruchten Waffen selbst zu verteidigen, ist nächst der direkten Besetzung seines Gebietes durch überlegene militärische Stärke die größte Beeinträchtigung seiner

Souveränität und Freiheit, die es gibt. Es ist, mehr als 15 Jahre seit Beendigung des Weltkrieges, ein Hohn auf die in Genf so oft beredete, gleichberechtigte internationale Zusammenarbeit. Man hat oft das Empfinden, ob es nicht für die Herbeiführung einer Klärung heilsamer wäre, wenn die Staatsmänner gewisser Nachbarländer und Hauptnutznießer des Versailler Friedens weniger diplomatisch, dafür aber aufrichtiger ihre wahren Absichten in entsprechende Worte kleideten, anstatt scheinheilig sich mit dem festen Willen, noch für viele Jahre auf keine Kanone, keinen Tank, kein Maschinengewehr zu verzichten und einen eventuellen künftigen Verzicht an so viele Bedingungen und Voraussetzungen zu knüpfen, daß er praktisch unwirksam wird, sich als Freunde der Abrüstung gegenüber einem angeblich aufrüstungsfanatischen Deutschland hinzustellen, das doch weiter nichts erstrebt, als endlich wieder in freiwilliger vertraglicher Vereinbarung die Wehrhoheit über seine Landesverteidigung zu erhalten. Hinter so manchen Reden und Projekten heutiger Staatsmänner der Gegenseite, hinter ihrer diplomatischen Geschäftigkeit, hinter immer neuen Nichtangriffs- und Freundschaftspakten, hinter ihrem Buhlen um die Gunst des einst so verachteten und verspotteten bolschewistischen Rußlands steckt als Gleichnis zu der Einkreisungspolitik der Vorkriegszeit heute ihr im Grunde höchst einfaches machtpolitisches Ziel: Deutschland soll so lange wie mög-

lich am Wiedererstarken zu einer souveränen Großmacht verhindert werden. Wenn diese in Friedens- und Abrüstungsphrasen eingehüllte Brutalität und reine Machtpolitik mit der angeblichen Schuld Deutschlands am Ausbruch des Weltkrieges begründet wird, die eine dauernde Sonderbehandlung Deutschlands erforderlich mache, so ist das ebenso eine Lüge wie die These, das neue Deutschland wolle nur deshalb seine Versailler Entwaffnung durch die Gleichberechtigung ersetzen, um so bald wie möglich mit militärischer Macht die Revision von 1919 durch Krieg herbeizuführen. Nein und tausendmal nein! Deutschland will ganz einfach von nun an dem Zustand seiner außerordentlichen militärischen Bedrohung ein Ende machen. Es will endlich wieder als gleich zu gleich mit den Attributen einer freien und unabhängigen Nation mit seinen Nachbarn ebenso wie mit der ganzen Welt verhandeln und bei diesen Verhandlungen in Politik, in Wirtschaft, in Finanz- und Handelsvertragsfragen und wo sonst auch immer entsprechend gewertet werden. Sein Ziel ist ebenbürtiger Ausgleich und Zusammenarbeit gegenüber Hegemonie, einkreisenden Militärbündnissen, Drohung und Niederhaltungsstreben auf der anderen Seite. Weder eine internationale Friedensorganisation, noch ein neues, die Wunden des Krieges heilendes Europa, noch der Weltfriede selbst ist gesichert, wenn er sich weiterhin auf den Siegesrausch von Versailles, auf Lüge und Unaufrichtigkeit, auf

Halbheit, auf verklausulierte Fristen und zweifelhafte Voraussetzungen für künftige angebliche Abrüstung aufbaut. Ein neues Kapitel im Schicksalsbuch der Nachkriegspolitik muß aufgeschlagen werden, das bessere Elemente zur Überwindung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Weltkrise enthält, als die Kapitel von 1919 bis 1933. Das ist der tiefere, der allgemeine und geschichtliche Sinn der Forderung:

Verteidigungswehr für Deutschland!

Weltwirtschaft,
Wirtschaft und Abrüstung

Die deutsche Arbeiterschaft im Kampf für gleiches Recht unter den Völkern

Von Dr. Paul Fleischer

Am 7. Oktober 1918 eröffnete die deutsche Regierung den Notenwechsel mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten Amerikas, um sich Gewißheit darüber zu verschaffen, unter welchen Voraussetzungen der Krieg beendet werden konnte. Sie nahm das Programm, das Wilson in seiner Kongreßrede am 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, namentlich in der Ansprache am 27. September desselben Jahres aufgestellt hatte, als Grundlage für den Friedensschluß an.

Am 5. November 1918 richtete der amerikanische Staatssekretär Lansing durch Vermittlung des Schweizer Gesandten in Washington eine Note an die deutsche Regierung, in der die alliierten Mächte vorbehaltlich der Auslegung des Begriffes der Freiheit der Meere ihre Bereitschaft zum Frieden mit der deutschen Regierung auf Grund der Bedingungen erklärten, die in der Rede des Präsidenten der Vereinigten Staaten an den Kongreß vom 8. Januar 1918, den sogenannten 14 Punkten, und in den Grundsätzen niedergelegt waren, die er in seinen späteren Verlautbarungen verkündet hatte.

Punkt I der am 27. September 1918 in New York

gehaltenen Rede Wilsons enthält folgende Forderung: „Unparteiische Gerechtigkeit muß walten. Sie darf nicht von dem Wunsche, hier mehr, dort weniger gerecht zu sein, gehemmt werden und nicht Unterscheidung, Begünstigung und Abstufung kennen, sondern muß jedem der beteiligten Völker gleiches Recht gewähren."

Der ehemalige Feindbund hat sich demnach rechtsverbindlich verpflichtet, den am Friedensschluß beteiligten Völkern gleiche Rechte einzuräumen. Die Großmächte haben am 11. Dezember 1932 den Anspruch Deutschlands auf Gleichberechtigung nochmals ausdrücklich anerkannt. Der Machtspruch von Versailles aber stellt eine ungeheuerliche Verleugnung dieser feierlichen Verpflichtung dar; insbesondere steht die Behandlung, die Deutschland in der Rüstungsfrage erfahren hat, zur Forderung der Gleichberechtigung unter den Völkern im unvereinbaren Widerspruch.

Unter Berufung auf die Gemeinsamkeit der demokratischen Ziele und Ideale — so hieß es in der Note der deutschen Regierung vom 10. November 1918 — erhoffte diese einen dauernden Rechtsfrieden. Diese Hoffnung ist bitter enttäuscht worden. Denn weder Demokratie noch Republik fanden vor den alliierten und assoziierten Mächten Gnade. Nachdem Deutschland die Waffen niedergelegt hatte, war von Gleichberechtigung keine Rede mehr. Schon am 9. Dezember 1918 stellte der sozialdemokratische dänische

Minister Staunings in einer zu Kopenhagen gehaltenen Rede fest, daß der Rechtsgedanke von egoistischen Ansprüchen verdrängt worden sei. Dabei berief er sich auf das Hauptorgan der französischen Sozialdemokratie, L'Humanité, das folgende Klage erhoben hatte: „Was ist aus der Forderung der Entente nach Gerechtigkeit geworden? Was blieb von der Annahme der Wilsonschen Grundsätze auf der Versailler Konferenz übrig? All das waren nur Papierfetzen." In der Tat, der brutalste Machtfriede, den jemals Haß, Neid und Furcht diktierten, wurde dem wehrlosen deutschen Volke aufgezwungen. Durch die Androhung einer neuen Hungerblockade und Sanktionen sollte es dem Willen der hochgerüsteten Siegerstaaten gefügig gemacht werden.

Zwischen Recht und Macht besteht die innigste Wechselwirkung. Weil dem Recht Erzwingbarkeit innewohnt, soll die Macht dem Rechte dienen. Nur dann erweist sie sich als ordnende und aufbauende Kraft. Nur die vom Recht gebändigte und geführte Macht ist die Bürgschaft des Friedens. Macht ohne Recht dagegen strebt ins Grenzenlose, bedroht die Existenz und Freiheit anderer Völker, ist mit einem Wort der Krieg. Gegen diese schrankenlose Machtpolitik erhebt die Gerechtigkeit Einspruch. Um aber diesem Protest Nachdruck zu verleihen und den Bruch des Rechtes erfolgreich abzuwehren, ist die Gleichberechtigung in Rüstungsfragen eine unerläßliche Voraussetzung. Nur das entwaffnete Deutsch-

land konnte entrechtet werden. Indem die Siegerstaaten Deutschland zur Wehrlosigkeit verurteilten, ihre eigenen Rüstungen dagegen immer weiter ausbauten, schufen sie jenen Zustand der Rechtsungleichheit, der es skrupelloser Machtgier ermöglichte, das Recht dauernd zu vergewaltigen und den Krieg mit anderen Mitteln fortzusetzen. Unter den verheerenden Folgen dieser Entrechtung Deutschlands hat nicht zuletzt seine Arbeiterschaft auf das schwerste gelitten.

Nur dem entwaffneten deutschen Volke konnten die auf ihre Macht pochenden Siegerstaaten Tribute auferlegen, die das von Lebensmitteln und Rohstoffen entblößte Deutschland zwangen, seine letzten Goldbestände herzugeben und seine finanziellen Bedürfnisse durch die Notenpresse zu befriedigen. Der arbeitenden Klasse hat diese Machtpolitik tiefe Wunden geschlagen. Hatte sie sich ehedem gegen die Monarchie dadurch aufstacheln lassen, daß sie der sozialdemokratischen Behauptung Glauben schenkte, der monarchische Staat könne die Kluft zwischen Besitzenden und Besitzlosen nicht überbrücken, so mußte sie nunmehr die schmerzliche Erfahrung machen, daß zügellose Raffgier noch niemals so leicht zu Reichtum und Besitz gelangen konnte wie in der von Marxisten beherrschten und aller Machtmittel beraubten demokratischen Republik. Während sich der Schuldner auf Kosten des Gläubigers bereicherte, schwand die Kaufkraft aller Lohn- und Gehalts-

empfänger und zerrann das Vermögen der Sparer, die Frucht mühevoller Arbeit, in Nichts, so daß der größte Teil der erwerbstätigen Bevölkerung bitterster Not anheimfiel.

Die Rechtsungleichheit unter den Völkern schädigte aber nicht nur den deutschen Arbeiter, sondern überantwortete auch die Arbeiterschaft, den Mittelstand und den Bauer der Siegerstaaten grenzenlosem Elend. Die von diesen erzwungene Inflation gestattete nämlich den deutschen Unternehmern, ihren Arbeitern Löhne zu zahlen, die noch nicht die Hälfte der Löhne in den Goldwährungsländern erreichten. Infolgedessen verdrängten die billigen deutschen Waren die Produkte des Auslandes. Die Arbeitslosigkeit und der Verfall des in der Wirtschaft angelegten Kapitals nahmen daselbst einen erschreckenden Umfang an. Als sich die Mark schließlich völlig entwertete und ausländische landwirtschaftliche Erzeugnisse nach Deutschland nicht mehr eingeführt werden konnten, ging ein großer Teil des deutschen Volkes am Hunger zugrunde, während die Farmer in Übersee und der Bauer im Südosten Europas völlig verarmten, weil sich für ihre Erntevorräte Käufer nicht mehr fanden.

Anstatt aus dieser Not die einzig mögliche Konsequenz zu ziehen und endlich den Grundsatz der Gleichberechtigung der Völker zur Anwendung zu bringen, so der Zerrüttung der Weltwirtschaft ein Ende zu bereiten und einen dauernden Frieden zu be-

gründen, verankerte der Dawes-Plan die Rechtsungleichheit zwischen Siegern und Besiegten aufs neue, indem er dem wehrlosen Deutschland Zahlungen aufbürdete, die seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit weit überstiegen, und ein Kontrollsystem einführte, das sich nicht nur auf die staatlichen Einrichtungen, sondern auch auf jede Fabrik, jede Werkstatt, jeden Bauernhof, ja selbst auf die ärmste Hauswirtschaft erstreckte und das deutsche Volk rechtlich auf die Stufe der niedrigsten farbigen Rassen herabdrückte.

Begründet wurde diese Versklavung Deutschlands durch die jeder Vernunft hohnsprechende Behauptung der Sachverständigen der Gläubigerstaaten, das deutsche Volk sei wirtschaftlich um so leistungsfähiger geworden, weil es sich seiner inneren Schuld durch die marxistische Anleiheablösung und Aufwertung entledigt hätte, während gerade dadurch ein Gläubigervermögen von mehr als 130 Milliarden Reichsmark zerstört und die deutsche Kapitalarmut aufs äußerste verschärft worden war.

Das deutsche Volk mußte sich infolge dieser erpresserischen Machtpolitik die fehlenden Lebensmittel auf Borg verschaffen und die Tribute samt den unerschwinglichen Zinsen aus immer neuen Anleihen decken. So häufte sich Schuld auf Schuld und Zins auf Zins. Solange freilich die Anleihemißwirtschaft anhielt, erkannte das von Marxisten irregeleitete deutsche Volk seine furchtbare Lage nicht. Als aber

der ausländische Geldstrom versiegte, die Tribute aus eigener Kraft aufgebracht und die kurzfristigen Kredite zurückgezahlt werden mußten, stürzte das Lug- und Truggebilde einer verblendeten imperialistischen Ausbeutungspolitik über Nacht zusammen.

Es erübrigt sich, in diesem Zusammenhang auf die Einzelheiten der Katastrophe näher einzugehen; wir haben die Not alle ohne Ausnahme am eigenen Leibe verspürt. Mit Entsetzen gewahrten wir, wie der wirtschaftliche Ertrag dauernd zurückging, das Einkommen sank, die Zahl der Erwerbslosen von Monat zu Monat stieg und das Elend ins Grenzenlose wuchs.

Das Beben jedoch, das die deutsche Wirtschaft bis auf den Grund erschütterte, pflanzte sich über die Grenzen Deutschlands durch alle Längen- und Breitengrade fort. Auch die Wirtschaft der Siegerstaaten und des neutralen Auslandes wankte und drohte zusammenzubrechen. Auf der Arbeiterschaft aller Länder lastet ein furchtbarer Druck. So rächt sich das vergewaltigte Recht.

Auf einen Umschwung zum Besseren ist darum nicht eher zu hoffen, als bis die Rechtsgleichheit unter den Völkern, zu der sich die Siegerstaaten feierlich bekannt haben, wiederhergestellt wird. Der Kampf um die Gleichberechtigung Deutschlands, den der Volkskanzler Adolf Hitler führt, liegt deshalb nicht nur im Interesse der deutschen Arbeiterschaft, sondern dient auch dem Wohl der schaffenden Bevölkerung der ganzen Welt.

Die deutsche Arbeiterschaft ist sich des tiefen Ernstes und der hohen Bedeutung der Stunde bewußt geworden. Wo könnte auch der Gedanke der Gleichberechtigung verständnisvoller als in ihren Reihen aufgenommen werden? Hat sie nicht selbst jahrzehntelang um die Gleichberechtigung in Staat und Gesellschaft gerungen? Es ist das historische Verdienst des nationalsozialistischen Staates, daß er den Ausgleich von Recht und Pflicht zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der vergifteten Atmosphäre des Klassenhasses und der fragwürdigen Entscheidung des wirtschaftlichen Machtkampfes entzog, der folgerichtig in das Chaos der bolschewistischen Weltrevolution hätte ausarten müssen, durch die, wie das russische Beispiel lehrt, den Enterbten kein neues Paradies erschlossen, sondern nur denen, die das Gold besaßen, die Möglichkeit geboten worden wäre, die Erde mit ihren Schätzen und die entwerteten Produktionsmittel zu den billigsten Preisen aufzukaufen, um der enteigneten Menschheit ein sklavisches Joch aufzuerlegen.

Indem Adolf Hitler den Staat zum Treuhänder der Arbeit bestellte und die berufsständische Organisation wieder zum Leben erweckte, ordnete er die arbeitende Klasse als gleichberechtigtes Glied in die deutsche Bluts- und Volksgemeinschaft ein. Daß sich diese Arbeiterschaft, die nunmehr berufen ist, ihr Recht auf Existenz, Arbeit und Freiheit auf dem Boden der Gleichberechtigung mit den anderen

Klassen zu verwirklichen, einmütig und entschlossen hinter den Führer stellt, wenn er das Wagnis unternimmt, die Gleichberechtigung Deutschlands unter den Völkern nicht nur in Worten, sondern auch in der Tat zu fordern, hat der 12. November ebenso eindeutig wie eindringlich dargetan. Die deutsche Arbeiterschaft ist sehend geworden; sie läßt sich auch den außenpolitischen Blick nicht mehr von demokratischen und marxistischen Phrasen trüben und duldet nicht, daß dem deutschen Volk das Kainszeichen minderen Rechtes auf die Stirn gedrückt wird; sie weiß, daß vom Ausgang dieses Kampfes nicht nur ihr Schicksal, sondern auch der Frieden und die Zukunft der Welt abhängen.

Das deutsche Bankgewerbe und die Gleichberechtigung

Von Bankier Louis Wirth

Mitglied des Vorstandes der Berliner Börse

Die Frage der Gleichberechtigung ist gerade für das gesamte Bank- und Bankiergewerbe von größter Bedeutung, da es eine gewisse Zentralstellung im Wirtschaftsleben einnimmt. Nur ein gesundes Bankgewerbe kann der Wirtschaft und dem einzelnen die Gewähr für eine gesunde Fortentwicklung bieten. Das jugendstarke neue Reich will aber diese fortschrittliche Entwicklung nicht nur nach innen, sondern es erhebt als große Kulturnation den Anspruch, mit den anderen Völkern als gleichberechtigter Partner in der Weltgeschichte mitzureden. Geschlossen steht das Bankgewerbe hinter dem mutvollen Führer des deutschen Volkes im Kampf um die Erlangung der Gleichberechtigung.

Welch fruchtbare Entwicklung das kulturelle und wirtschaftliche Leben der Völker nehmen kann, wenn gegenseitiges Vertrauen und gegenseitige Achtung die Träger zwischenstaatlicher Verbindungen und Beziehungen sind, davon legt wohl die Vorkriegszeit ein beredtes Zeugnis ab.

Zwar blieb auch damals keinem Volke der wirtschaftliche Kampf erspart, wollte es sich neue Produktions- und Absatzgebiete erschließen. — Aber in

diesem oft scharfen Konkurrenzkampf blieb der Sieg dem Tüchtigen. — Es war ein fairer Kampf ebenbürtiger Gegner.

Dann wiederum fanden sich die berufenen Vertreter der Nationen zu segensreicher Gemeinsamkeitsarbeit zusammen, wenn es galt, große Kulturaufgaben zu meistern, die über die Kraft des einzelnen hinausgingen. Auf internationalen Konferenzen traten die Bankiers zusammen, um gemeinsam über die Durchführung dieser Arbeiten zu beraten, an denen jede Nation schließlich mit einem gewissen Kapitalanteil beteiligt wurde.

So wurden die Geldquellen der reichen Länder den armen dienstbar gemacht, neue Erdteile dem Verkehr erschlossen, große Hafenanlagen errichtet, Bahnen ungeheuren Ausmaßes erbaut.

Gemeinsame Arbeit gleichberechtigter Partner führte auch die Menschen einander näher. —

In der Zeit meiner Lehr- und Wanderjahre, die um die Jahrhundertwende fielen, war mir als jungem Angestellten der Deutschen Bank, Filiale London, Gelegenheit gegeben, ein Bild internationaler Zusammenarbeit der Banken zur Finanzierung des Welthandels in mich aufzunehmen. So darf ich heute aus eigener Erfahrung wohl mit Recht sagen, daß die Weltwirtschaft zugrunde gehen muß, wenn ein arbeitsames großes Volk als Außenseiter behandelt und von der Gleichberechtigung ausgeschlossen wird.

Das dokumentiert sich nicht nur im Rückgang des gesamten Welthandels, sondern im Ausfall der großen Aufschlußarbeiten, von denen ich vorhin sprach. —

Was hat man denn seit dem sogenannten Friedensschluß vor fünfzehn Jahren an großen Kulturarbeiten geleistet? Ich könnte kaum eine einzige nennen. Dagegen hat das Gespenst der Arbeitslosigkeit bei allen Nationen seinen Einzug gehalten.

Was hat nicht jene unheilvolle Reparationspolitik alles vernichtet? Ist sie nicht mitbestimmend für die Wirtschaftskrise, die nicht nur die besagten Staaten, sondern die gesamte Welt in nicht gekanntem Ausmaße erfaßt hat? Wäre das Prinzip der Gleichberechtigung der Völker aufrechterhalten geblieben, dann würden viele Konferenzen ein anderes Ergebnis — bzw. ein günstiges — gezeitigt haben. Aber leider war bei diesen Konferenzen immer der Hintergedanke ausschlaggebend, daß man den Besiegten klein halten muß; man glaubte törichterweise, damit dem Sieger eine günstige Position zu verschaffen.

Vergebens wies der 1931 ernannte Sachverständigen-Ausschuß auf diese Dinge hin, als er sagte, daß das Beispiel Deutschlands die eindrucksvollste Illustration der Tatsache ist, daß die Welt in den vergangenen Jahren versucht hat, zwei verschiedene, sich widersprechende politische Prinzipien zu verfolgen, indem sie die Entwicklung eines internationalen finanziellen Systems zuließ, welches die jähr-

liche Zahlung großer Summen von Schuldner- an Gläubigerländer mit sich bringt, demgegenüber aber gleichzeitig der freien Güterbewegung Hindernisse in den Weg legte. Solange diese Hindernisse bestehen bleiben, müssen derartige Kapitalbewegungen naturgemäß das internationale finanzielle Gleichgewicht stören. — Finanzielle Hilfsmaßnahmen allein werden nicht imstande sein, die wirtschaftliche Prosperität der Welt wiederherzustellen, wenn nicht die auf Obstruktion gerichtete Politik eine gründliche Änderung erfährt und der Welthandel, von dem ja der Fortschritt jeglicher Zivilisation abhängt, seine natürliche Entwicklung wieder aufnehmen kann. —

Wieviel Hoffnungen sind vielfach im Jahre 1929 an die Gründung der Bank für internationalen Zahlungsausgleich geknüpft worden, und wie hat diese infolge der politisch bedingten Einflüsse versagt! Schon bei der Zusammensetzung der Leitung wurde nicht allein praktischen Erwägungen Rechnung getragen, sondern vornehmlich dem Prestige-Wahn der Sieger. Die Bank wurde mehr ein Verwaltungsinstitut kapitalreicher Nationen als ein Zentralinstitut für die Zusammenarbeit friedlicher Völker zum gemeinsamen Wohle. Hier hätten die tüchtigsten Bankiers den Grundstein legen können für eine segensreiche Tätigkeit. Der Kapitalüberfluß des einen Landes konnte in kapitalarme Länder geleitet werden und hier befruchtend wirken und neue Absatzquellen erschließen.

Die Skeptiker haben leider recht behalten, daß die Reparationsfrage logischerweise auch das Schicksal der Bank beeinflussen wird. Es hat sich auch hier wieder gezeigt, daß die Politik nur dann segensreich wird, wenn sie dem Wohl aller Völker dient und nicht, wenn sie selbstischen Zwecken dienlich gemacht wird. — Staat einer Blüte haben wir in jedem Lande Produktions- und finanzielle Schwierigkeiten erlebt, daneben Stillhalteabkommen, Transferschwierigkeiten, Devisenzwangswirtschaft.

Das deutsche Bank- und Bankiergewerbe hat in allen diesen Jahren eine Belastungsprobe bestanden, wie sie wohl ohne Beispiel ist in der Wirtschaftsgeschichte der Welt. — Trotzdem ist es gelungen, daß wir — wie das neulich Reichbankpräsident Schacht in Basel hervorhob — rund 14 Milliarden RM. in fremder Währung an Zinsen und Rückzahlungen an das Ausland in den letzten drei Jahren gezahlt haben.

Haben die Siegerstaaten gegenüber ihren Gläubigern das gleiche tun können? — Wie man diese Frage verneinen muß, so muß auch jeder unvoreingenommene Beobachter zugeben, daß eine Bereinigung der internationalen öffentlichen wie privaten Verschuldung nur dann erfolgen kann, wenn alle Fesseln fallen, die die Sieger den Besiegten auferlegt haben. — Dazu gehört vor allem freie Entfaltung unseres Handels, da nur der Erlös des Exportes die Devisen schaffen kann, die wir zur Abtragung unserer

Schuldverpflichtungen benötigen. Es kann nur so sein — wie Herr Schacht es neulich erklärte —, daß der Gläubiger nicht gegen den Schuldner kämpfen darf und dadurch dessen wirtschaftliche Möglichkeiten verschlechtert, sondern daß Gläubiger und Schuldner Schulter an Schulter sich zur Anbahnung einer besseren wirtschaftlichen Entwicklung zusammentun sollten. „Gläubiger und Schuldner miteinander“, fügte er hinzu, „und in voller Gleichberechtigung, das ist ein neuer Ausgangspunkt für Wirtschaft und Politik, eine neue Hoffnung!“

Ebenso wie im Privatleben Gläubiger und Schuldner nur zu ihrem Recht kommen können, wenn sie wie gleichberechtigte Partner sich über die zu ergreifenden Schritte aussprechen, so darf es unter Nationen auch nur gleichberechtigte Völker geben, wenn die Weltwirtschaft zum Wohle aller wieder aufblühen soll. Dann werden die Bankiers wie früher wieder gern zusammenkommen, um ihre gemeinsamen Kräfte ungehemmt in den Dienst der Wiederbelebung der Wirtschaft zu stellen und so das uns hier in Deutschland vorschwebende ideale Ziel zu erreichen, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit in allen Ländern.

Die Börse und der Kampf um die Gleichberechtigung

Von Bankier Otto Kuhn

Mitglied des Vorstandes der Berliner Börse

Es mag zunächst die verwunderte Frage naheliegen: welche Zusammenhänge bestehen denn zwischen der Börse und der Gleichberechtigung? Wenn von Gleichberechtigung die Rede ist, so denkt man in erster Linie an die politische und militärische Gleichstellung mit anderen Staaten. Ich werde im folgenden aber zu zeigen versuchen, daß der Kampf und der Sieg in der Frage der Gleichberechtigung auch die Wirtschaft beeinflußt und nicht zuletzt seine Rückwirkungen auf die Börse hat.

Wie die politische und militärische Gleichstellung mit anderen Völkern für die friedliche Entwicklung eines Staates von grundlegender Bedeutung ist, so ist wohl unbestritten nicht minder lebenswichtig die wirtschaftliche Gleichberechtigung, d. h. unbehinderte Entfaltungsmöglichkeit auf wirtschaftlichen Gebieten in freier Konkurrenz mit allen Völkern.

Wie wenig sinnvoll es ist, durch einseitige Diktate die wirtschaftlichen Lebensmöglichkeiten Völkern zu entziehen, das beweist, wie es auch der Führer in der Regierungserklärung im Mai d. J. hervorgehoben hat, die unselige Reparationspolitik, die nicht nur Deutschland, sondern auch die Siegerstaaten in wirt-

schaftliche Schwierigkeiten nie gekannter Ausmaße gebracht hat, deren äußere Kennzeichen Arbeitslosigkeit, Währungsverfall und Schwund jeglichen Vertrauens und Unternehmungsgeistes sind.

Die vielen Rezepte für die Gesundung der Welt, die mit großer Gelehrsamkeit geführten Konferenzen, haben bisher kaum ein positives Ergebnis gezeitigt. Denjenigen, der wirtschaftliche Vorgänge ohne politische Voreingenommenheit betrachtet, wird es auch nicht weiter überrascht haben, daß auch die Weltwirtschaftskonferenz negativ verlaufen ist. Denn auch hier fehlte der Mut, folgende Tatsachen zu bekennen und ihre Diskrepanz beseitigen zu wollen:

Zu bekennen einmal die Tatsache eines wirtschaftlichen Dauerzustandes, bei dem die Sieger von Versailles bestrebt sind, aus großen Wirtschaftseinheiten Kapital- und Dienstleistungen herauszupressen, ohne die Möglichkeit zu belassen, durch politisch ungehinderte Wirtschaftsmethoden dieses Kapital und diese Leistungen aufzubringen.

Zu bekennen zum andern die Tatsache einer weitgehenden Wirtschaftsverflechtung aller Völker, die ein möglichst reibungsloses Zusammenarbeiten erfordert. Kein Volk ist so autark, daß es auf die Dauer mit Erfolg auf Wirtschaftsbeziehungen zu anderen Völkern verzichten kann. Die Nationen sind wirtschaftlich alle mehr oder minder aufeinander angewiesen. Treten bei einer Störungen im Wirtschafts-

prozeß auf, so haben diese unweigerlich ihre Rückwirkungen auf die anderen.

Die wirtschaftliche Fortsetzung des Krieges, die durch Reparationsleistungen, Zollschranken, Dumping, Goldhortungen — um nur das Wichtigste zu nennen — gekennzeichnet wird, hat nun jenes notwendige wirtschaftliche Zusammenarbeiten auf das empfindlichste gestört und die am schwersten wiegenden Krisenerscheinungen: Arbeitslosigkeit und Schwund des Vertrauens und des Unternehmungsgeistes hervorgerufen. Das letzte Moment, der Schwund des Vertrauens und des Unternehmungsgeistes, wird besonders sichtbar in dem Fehlen eines Kapitalmarktes und demzufolge der Umsatzlosigkeit der Börsen.

In normalen Friedenszeiten spielt sich der zwischenstaatliche Kapitalverkehr in der Hauptsache auf dem Kapitalmarkt ab als Austausch von Kapitalüberschüssen des einen Landes an Länder des Kapitalmangels, von Kapitalüberschüssen, die in langfristigen Anlagen ihre Verwendung suchen, die also für die Produktion im weitesten Sinne des Wortes von erheblicher Bedeutung sind und für eine Wirtschaftsbelebung in erster Linie in Frage kommen.

Charakteristisch für die Zeit der Weltwirtschaftskrise ist nun, daß in den meisten Ländern eine starke Flüssigkeit des Geldmarktes zu verzeichnen ist, die in den Ländern Westeuropas und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika zu Zinssätzen unter 1 %

führte, d. h. also, daß sich kurzfristige Gelder kaum noch verzinsen. In diesem niedrigen Zinssatz spiegelt sich eine Angebotsfülle kurzfristiger Gelder wider, die das charakteristische Merkmal des geschwundenen Vertrauens der Geldgeber in stabile Wirtschaftsverhältnisse ist. Keiner will sein Geld langfristig anlegen, es investieren, wie man sagt, und es der Produktion zur Verfügung stellen, weil die ungeklärten politischen Verhältnisse jede Kalkulation erschweren und die Sicherheit von Kapitalanlagen gefährden. So sind denn auch Anleihen in nennenswertem Umfang überhaupt nicht gezeichnet worden.

Obwohl die Verhältnisse auf den internationalen Kapitalmärkten natürlich verschieden sind, kann man doch von einer allgemeinen Verödung und einem Nichtfunktionieren dieses wichtigen Marktes sprechen. Dies hat nun seine Rückwirkung dahin gehabt, daß die Industrieproduktion seit der letzten Konjunktur im Jahre 1928, wenn man für den damaligen Zustand die Verhältniszahl 100 einsetzt, im ganzen auf 66 % herabgesunken ist, also sich um ein Drittel vermindert hat. Noch ungünstiger sind nach Errechnung des Statistischen Reichsamts die Ziffern für Deutschland, Belgien, Österreich, Ungarn, Polen, Tschechoslowakei und die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Parallel mit dieser Produktionsschrumpfung ist eine Einengung des Welthandels festzustellen. Der Umsatzwert, d. h. Einfuhr plus Ausfuhr des Welt-

handels, blieb nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts um 61½ % hinter dem bisher höchsten Stand von 1929 und 31,7 % hinter dem Ergebnis von 1913 zurück. Er betrug 1913 160 Milliarden, 1932 dagegen nur 109½ Milliarden. Der Anteil Deutschlands im Frieden war nicht ganz 21 Milliarden, also 13 % des Welthandels; er ist 1932 auf 10,4 Milliarden oder 9,5 % gesunken.

Es ist also ein erheblicher Produktions- und Handelsschwund festzustellen, obgleich die Weltbevölkerung eine ständige Zunahme zu verzeichnen hat.

Die Krise ist also in erster Linie nicht etwa durch Überproduktion bedingt, wie dies vielfach angenommen worden ist, sondern, wie ein Schweizer Bankier (Somary) sehr treffend ausführte, „mitveranlaßt durch den unorganischen Verlauf der Geldmarktbewegungen und vor allem der Kapitalmarktbewegungen, einen unorganischen Verlauf, dem wir durch ökonomische Eingriffe oder Organisationen allein nicht beikommen können“. In dieser Feststellung eines Neutralen, der als Schweizer ganz besonders in der Lage ist, sich ein Bild über die Störung der Geld- und Kapitalmärkte zu machen, liegt gleichzeitig unausgesprochen die mahnende Erkenntnis, die wohl, wenn auch nicht öffentlich, sich immer mehr auszubreiten scheint, daß nur eine politische Beruhigung zu einer wirtschaftlichen Beruhigung und damit zu einer Rückkehr des Vertrauens und einem Wiedererstarken der Kapitalmärkte führen kann.

Dieses Wiedererstarken der Kapitalmärkte wird auch automatisch eine Wiederbelebung der Börsentätigkeit nach sich ziehen.

Ich erwähnte schon, daß eine Verödung und ein Nichtfunktionieren des Kapitalmarktes festgestellt werden mußte. Demzufolge hat sich auch die Umsatztätigkeit der Börse immer mehr verkleinert. Nach Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung sank auf dem deutschen Effektenmarkt der monatliche Umsatz von 7 bis 9 Milliarden Reichsmark im Jahre 1927, wo die lebhafteste Börsentätigkeit zu verzeichnen war, auf 1⅓ bis 2 Milliarden bis zum Juli 1931 im Monatsdurchschnitt. Dann folgte bekanntlich infolge der Krisentage des Juli 1931 eine längere „börsenlose Zeit"; eine nennenswerte Wiederbelebung der Börse ist seitdem nicht festzustellen gewesen. Daß dieser Rückgang der Börsenumsätze für den Staat auch einen erheblichen Steuerrückgang in dieser Zeit von 82,8 Millionen auf 9,1 Millionen zur Folge hatte, sei zur Illustration nur nebenbei erwähnt.

Seitdem in Deutschland die nationale Regierung die Führung übernommen hat, ist, trotz aller Schwierigkeiten, die vorgefaßte Meinungen bereiten, eine unverkennbare Besserung der wirtschaftlichen Lage bei uns eingetreten, die sich in einem erheblichen Rückgang der Arbeitslosigkeit, im Wiederanwachsen der Spareinlagen und einer Belebung der Industrie-Produktion äußert.

Für die Kapitalmarktpolitik und die Börse steht die kommunale Umschuldung und die Einschaltung der Reichsbank in den Kapitalmarkt in Gestalt des Ankaufes von festverzinslichen Wertpapieren am offenen Markt im Mittelpunkt. Es ist zu hoffen, daß diese Maßnahmen den Beginn einer neuen Epoche für den deutschen Kapitalmarkt und die deutschen Börsen einleiten.

Wie hier also eine zielbewußte Regierung die Voraussetzungen schafft, um zu einem Wiedererstarken des so wichtigen Kapitalmarktes zu kommen, so ist nur zu hoffen und zu wünschen, daß auch das Ausland zur Erkenntnis gelangt, daß die weitere wirtschaftliche Ausschaltung Deutschlands der stärkste Hemmschuh für die politische wie wirtschaftliche Befreiung Europas und der anderen Erdteile sein muß. Wird uns die wirtschaftliche Gleichberechtigung wieder zuerkannt, verschließt sich das Ausland nicht unserem Export und ermöglicht es uns, wieder als kapitalkräftiger Käufer aufzutreten, sieht es endlich ein, daß wir nur in friedlichem Wettbewerb mit anderen Völkern der Wohlfahrt dienen wollen, dann wird auch das Vertrauen und der Unternehmungsgeist wiederkehren und mit diesen ein Wiederaufleben der Kapitalmärkte, also auch der Börsen, erfolgen.

Waffenstillstand und Abrüstung

Es lebe die Waffenindustrie der friedlichen Hochrüstungsmächte!

Von Polizeioberst a. D. Müller-Brandenburg

So friedlich sind sie, daß ihre Waffenindustrie eine Ausdehnung gewonnen hat, wie sie vor dem Weltkriege gar nicht für möglich gehalten worden wäre. Statt langer Darlegungen hier nur die Tatsachen, die für sich sprechen.

Französische Waffen- und Kriegsindustrie:

a) Schneider et Cie., Le Creuzot,
mit den Werken Le Creuzot, Le Breuil, Henri-Paul, Le Havre, Harfleur, Champagne s. Seine, Châlons s. Saone, Bordeaux, La Londe las Maures, Le Hoe, Perreuil und Paris.

	1913	1919	1932
Aktienkapital in Mill. Frs.	36	50	200
Reingewinn in Mill. Frs. .	9,8	10,8	25,5

b) Comp. des Forges et Acièries de la Marine et d'Homécourt SA Paris
mit den Werken St. Chamond, Assailly, Lorette, Rive de Gier, Homècourt, Micheville, Haumont, Borcau:

	1912/13	1919/20	1931/32
Aktienkapital in Mill. Frs.	23	70	180
Umsatz in Mill. Frs. . . .	104	440	759

c) Comp. des Forges de Chatillon, Commentry et Neuves Maisons:

	1913	1920	1931
Aktienkapital in Mill. Frs.	18,5	37	45

d) L'air Liquide:

	1912/13	1929
Aktienkapital in Mill. Frs. . . .	9	88
Bilanz in Mill. Frs.	17	519

e) Soc. des Acièries de Longwy:

	1914	1920	1932
Aktienkapital in Mill. Frs.	30	45	157,5

f) Etablissements Kuhlmann:

	1913	1920	1932
Aktienkapital in Mill. Frs.	6,6	80	300

g) Soc. des Acièries de Firminy Paris:

	1913	1920	1928
Aktienkapital in Mill. Frs.	4	32,5	105

h) Soc. d'Outillage Mécanique et d'Usinage de l'Artillerie:

	1913	1930
Aktienkapital in Mill. Frs. . . .	5	44

i) St. Gobain:

	1913	1932
Aktienkapital in Mill. Frs. . . .	60	310

k) Hotchkisse et Cie.:

	1913	1918	1932
Aktienkapital in Mill. Frs.	4	16	16
	1913	1922	1932
Gewinne in Mill. Frs. . . .	0,01	9,9	22

Belgische Waffen- und Kriegsindustrie:

a) John Cockerill, Searing:

Aktienkapital	1927:	100	Mill. belgische Frs.
	1931:	177,5	Mill. belgische Frs.

b) Fabrique Nationale d'Armes de guerre, Lüttich:

Aktienkapital	1907:	6,6	Mill. belgische Frs.
	1921:	20	Mill. belgische Frs.
	1930:	105	Mill. belgische Frs.

Tschechoslowakei:

a) A. G. vorm. Skodawerk, Prag:

Werke in Pilsen, Nürschau, Bolewitz, Doudlevec, Hradek, Smichoch, Jungbunzlau, Königgrätz, Komorn, Brünn.

	1913	1928
Aktienkapital in Mill. Kronen	25	200
Dividende	15 %	70 %

b) Tschechoslowakische Waffenwerke, Brünn:
Aktienkapital 30 Mill. Kronen; hatten 1928/29 80,3 Mill. Kronen Betriebsüberschuß; zahlten 15 % Dividende.

Schneider-Creuzot ist an Skoda beteiligt, und beide gemeinsam finanzieren und beaufsichtigen die Kriegsmaterialwerke in Polen und Rumänien, die seit Kriegsende in beiden Ländern aufgetan worden sind.

Wer diese Verpflichtung von Kapital und Kriegsinteresse kennt, der wundert sich nicht, weshalb in Frankreich und anderen Ländern der Wille, nicht abzurüsten, besteht.

Die französischen Kanonenhändler und ihre Presse

Ein Blick hinter die Kulissen der französischen Rüstungsindustrie

Von Laymann, Major a. D., Kassel

Unter diejenigen, die mit dem bisherigen ergebnislosen Verlauf der Abrüstungskonferenz völlig zufrieden sind, muß man Eugen Schneider aus Creuzot rechnen, d. h. den größten Waffen-, Munitions- und Kriegsschiff-Fabrikanten der Welt, und mit ihm die 240 Mitglieder des Comité des Forges, der mächtigen metallbearbeitenden französischen Gesellschaft, deren Ehrenpräsident Schneider und deren wirklicher Präsident de Wendel ist, dessen Vermögen auf 8 bis 10 Milliarden geschätzt wird. Welch wirtschaftliche Macht bedeutet schon das Vermögen dieses einen Mannes!

Im Versailler Vertrag, der mit den Völkerbundssatzungen beginnt, heißt es im § 8: „Da nach Ansicht der Bundesmitglieder die Privatherstellung von Munition und Kriegsgerät schweren Bedenken unterliegt, beauftragen sie den Rat, Mittel ins Auge zu fassen, wodurch den Unzuträglichkeiten einer solchen Herstellung vorgebeugt werden kann.“ Es war also 1919 allen Staaten völlig klar, welche Gefahr

darin liegt, daß die Rüstungsindustrien ihren Einfluß in friedenstörende Weise wie schon früher so auch weiter geltend machen würden. Im Juli 1921 ist von der damaligen Abrüstungskommission demgemäß auch folgender Beschluß gefaßt: „Die Waffen und Munition herstellenden Unternehmungen haben regelmäßig und genau ihre Bilanzen zu veröffentlichen. Ferner ist es allen an diesen Unternehmungen beteiligten Personen und ihren Eltern sowie den Leitern ihrer Fabriken verboten: Zeitungen zu kaufen, zu kontrollieren oder irgend sonstwie einen Einfluß auf diese auszuüben." Diese Feststellungen blieben tote Buchstaben.

Die Kanonenhändler und ihre politischen Freunde haben ihre Machtmittel derartig einzusetzen verstanden, daß der Beschluß vom Juli 1921 völlig in der Versenkung verschwand und überhaupt nicht wieder zur Erwägung gestellt worden ist. Darüber hinaus wandten die Waffenfabrikanten in Genf die Jahre hindurch alle Mittel an, damit ja nicht, auch nicht etwa aus Versehen, irgendeine Herabsetzung der Rüstungen erfolgen könnte. Nach dem Kriege konnte man sich nicht mehr auf den deutschen Imperialismus berufen, der bis dahin das bekannte Schreckgespenst war; folglich mußte man sich ein Ersatzgespenst zulegen; geheime Rüstungen der Reichswehr, Waffenfabriken Deutschlands in Holland und Schweden, geheime ungarische Rüstungen

und letzten Endes die Gefahr des Bolschewismus — all dieses bietet dem Creuzot-Konzern willkommenen Vorwand, seine eigene Produktion und gleichzeitig seine Waffenlieferungen an das Frankreich verbündete Ausland zu rechtfertigen.

Um den französischen Bürger von der Notwendigkeit der ständig steigenden Rüstungsausgaben zu überzeugen, muß er ständig in Angst gehalten werden, und hierfür bedarf man der Propaganda durch die führende Pariser Presse. In richtiger Erkenntnis dieser Sachlage bezahlt das Comité des Forges jährlich rund 75 Millionen Francs (ca. 12½ Millionen Reichsmark) an die Presse; die wichtigsten dieser Zeitungen sind der „Temps", „Journal des Debats", „Echo de Paris" und „La Journée Industrielle". Jede dieser Zeitungen erhält jährlich einen Zuschuß von etwa 10—15 Millionen Francs. — Auch ausländische Zeitungen wurden von den Kanonenhändlern erworben; nachdem das führende Blatt der Westschweiz, das „Journal de Genève", von Schneider-Creuzot aufgekauft wurde, sind kürzlich auch fünf belgische Zeitungen in den Besitz des französischen Rüstungskönigs übergegangen.

An der Macht des Konzerns und seiner Presse ist seinerzeit Briand gescheitert, da er die Bemerkung gewagt hatte: Die Federn der Redakteure gewisser Zeitungen sind aus demselben Stahl gemacht wie die Kanonen (Les plumes sont faites du même acier que les canons).

Wie diese Pressepropaganda arbeitet und wirkt, dafür diene als Beispiel der Erfolg, den die französische Regierung mit dem systematischen Ausbau der U-Bootflotte gehabt hat. Nur der konsequenten Bearbeitung der Öffentlichkeit ist es zuzuschreiben, daß man die Größe der U-Boote immer mehr steigern konnte bis zu dem neuesten Typ des „Surcouf“, der eine Wasserverdrängung von über 4000 t haben wird. Auch die Aufrüstung der Schlachtflotte, die in dem Bau der „Dunkerque“ ihren Gipfel erreichte, war die Auswirkung jener zielbewußt durchgeführten Zeitungspropaganda der Rüstungsindustrie. Die französische Marine ist überhaupt das Lieblingskind der Kanonenhändler; an ihr wird am meisten verdient. Es geht da nicht nur um Geschütze, sondern auch um Panzertürme, Panzerplatten, Torpedos und um die gesamte Innenausrüstung der Kriegsschiffe. Eng verwandt mit den Interessen der Rüstungsindustrie an der Marine ist die große Vorliebe, mit der man an den Ausbau der Häfen und deren Umwandlung zu Kriegshäfen herangeht; für diese Arbeit sind die Gesamtkosten mit 2,6 Milliarden Francs angesetzt worden.

Ein mehr einträgliches laufendes Geschäft sichern sich die Kanonenhändler durch das Prinzip der „stockage“, das man im Gegensatz zu England und Amerika konsequent durchführt: die Fertigstellung des gesamten Kriegsmaterials für die Reserveforma-

tionen schon im Frieden! Die Verdienste bei diesem System müssen natürlich ungeheuer sein.

Das beste Geschäft der Kanonenhändler bedeuteten aber wohl zweifellos die 1931 fertiggestellten Ostbefestigungen gegen Deutschlands Grenze, bei denen es sich um viele Milliarden handelte. Doch „L'appétit vient en mangeant!" Anfang 1930 konnte man bereits im „Journal des Débats" und anderen Blättern lesen, daß die Ostbefestigungen, die unter Leitung von Pétain, Weygand und Débény aufgeführt wurden, als unzulänglich zu bezeichnen seien!

Bezeichnend für das Verhalten jener bezahlten Presse ist, daß sie zwar evtl. mit einer Herabsetzung der Heeres-Kopfstärken, nicht aber mit einer Materialverringerung einverstanden sind.

Zum Schluß sei noch auf die Summe von 5 Milliarden Francs hingewiesen, die Frankreich an Polen und andere Vasallenstaaten als Staatsanleihe gegeben hat. Böse Zungen behaupten, die Milliarden seien aus dem Wollstrumpf der Sparer einfach in den Stahlstrumpf der Kanonenhändler übergegangen. Kanonenbestellungen sind auf alle Fälle die „conditio sine qua non" der französischen Darlehen.

Gerade die Presse der Kanonenhändler ist es, die immer wieder von den „Gefahren der Abrüstung" spricht.

Mussolini hat daher das, was die ganze Welt empfindet, im „Popolo de Italia" richtig zum Ausdruck

gebracht: „Kein Mensch bedroht Frankreich, aber es ist Frankreich, das mit seinen ins Unermeßliche angewachsenen Rüstungen und mit seiner von den Kanonenfabrikanten finanzierten Presse Europa und die Welt bedroht."

Deutschlands Endkampf

Deutschland und die französische Note

Von Dr. jur. Helmut Paetzold

I.

Als am 1. Januar d. J. der französische Botschafter im Rahmen der unmittelbaren Abrüstungsverhandlungen zwischen Berlin und Paris dem Führer eine Denkschrift seiner Regierung überreichte, wurde in Deutschland vielfach und mit Recht angenommen, Frankreich habe nunmehr unseren Austritt aus der Abrüstungskonferenz und dem Völkerbunde richtig verstanden, und mache jetzt in richtiger Erkenntnis der Notwendigkeit eines wirklichen europäischen Friedens brauchbare Vorschläge. Die Bekanntgabe der deutschen Antwortnote vom 19. Januar auf diese Vorschläge belehrte indessen die deutsche Öffentlichkeit, daß Frankreich trotz aller Loyalitätsbeteuerungen gewillt ist, die deutsche Gleichberechtigung theoretisch zu ignorieren und praktisch abzulehnen. Die französische Note war überdies so unklar gehalten, daß sich die Reichregierung gezwungen sah, ihrer Antwort vom 19. Januar dreizehn präzise Fragen hinsichtlich der deutschen Gleichberechtigung und der Abrüstung beizufügen. Deren offene Beantwortung hätte Frankreich in die angenehme Lage versetzen können, von uns vollauf verstanden zu werden und die Unklarheiten der Abrüstungsverhandlungen zu beseitigen. Eine Beantwortung dieser Punkte durfte

Deutschland um so mehr von der französischen Regierung erwarten, als sich England und Italien vor wenigen Wochen in sehr beachtenswerten Denkschriften mit erfreulicher Deutlichkeit für die Lösung des Abrüstungsproblems im Sinne der deutschen Auffassung ausgesprochen haben.

Die überreichte französische Note läßt diese 13 Fragen einfach unbeantwortet, da diese Fragen angeblich nur unter Beteiligung aller hieran interessierten Staaten zu einem guten Ende gebracht werden können. Frankreich läßt dabei außer acht, daß von einer deutsch-französischen Klärung die Bereinigung der gesamten Abrüstungsfrage abhängig ist. Die neue Note bedeutet demnach keinen Fortschritt der Abrüstungsverhandlungen — wohl aber ist festzustellen, daß die französische Regierung in intransigenter Weise die deutsche Note vom 19. Januar mißdeutet. Denn wie wäre sonst im ersten allgemeinen Teil der Note der Hinweis möglich, daß unser Memorandum vom 19. Januar weder genügende Aufklärung über die Kontrollfrage noch über die grundsätzliche Einstellung zu Nichtangriffspakten und deren Verhältnis zum Locarno-Vertrag enthalte. Demgegenüber ist nachdrücklich festzustellen, daß das deutsche Memorandum die grundsätzliche Haltung der Reichsregierung zu diesem Punkt rückhaltlos erläuterte. Bezüglich der Kontrollfrage wurde damals von uns mitgeteilt, daß nach der Klärung der materiellen Hauptpunkte des Abrüstungsproblems eine Einigung über

die technische Art des Kontrollsystems unschwer zu erzielen sein werde. Und, so heißt es wörtlich: „nach Ansicht der deutschen Regierung würde es unter der Voraussetzung der Sicherstellung völliger Parität der Natur der Sache entsprechen, daß die Kontrolle gleichzeitig mit dem Inkrafttreten der Konvention zu funktionieren beginnt". Hinsichtlich der Nichtangriffspakte enthielt das deutsche Memorandum folgenden Passus: „Daß und in welchem Geiste Deutschland zur internationalen Zusammenarbeit bereit ist, ergibt sich aus seinem Angebot des Abschlusses von Nichtangriffspakten. Die äußere Form, in der sich eine solche Zusammenarbeit künftig am besten verwirklichen kann, erscheint der deutschen Regierung als eine Frage, die späterer Beantwortung vorzubehalten sein wird. Das dringende Gebot des Augenblicks ist die Regelung der Abrüstungsfrage, deren Gelingen den Weg für die Lösung der anderen offenen politischen Probleme frei machen wird." Außer dieser Erklärung hätte die französische Regierung den Abschluß des deutsch-polnischen Abkommens als besten Beweis für unsere Bereitschaft zu derartigen Verträgen anerkennen müssen. Auch die Tatsache, daß in dem deutschen Memorandum der Locarno-Pakt nicht erörtert worden ist, wird in der französischen Note kritisiert. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß der Bestand und die Gültigkeit von Locarno für Deutschland gar nicht in Frage stehen. Wozu aber Fragen aufwerfen, die keine sind?

Geschieht dies etwa, um den sehr begründeten und notwendigen dreizehn deutschen Fragen um so leichter ausweichen zu können? Die stärker als bei der vorigen französischen Regierung hervortretende Intransigenz der französischen Note findet ihre Begründung in der innenpolitischen Gesamtlage Frankreichs. Denn mittels solcher „Stärke" hoffte die neue Regierung ihren Charakter als Regierung der nationalen Einigkeit unter Beweis zu stellen. Immerhin ist es begrüßenswert, daß auch die gegenwärtige französische Regierung offenbar keinen Abbruch des deutsch-französischen Gedankenaustausches wünscht. Dies geht klar aus dem Schluß der unter außergewöhnlichen Umständen verfaßten Note hervor, denn sie besagt: „Die französische Regierung hat den lebhaften Wunsch, in einer gesunden Auffassung des europäischen Geistes an dieser notwendigen Besserung der Lage mitzuarbeiten." Und weiter: „Ohne die Gegenseitigkeit und Aufrichtigkeit der gleichen Absichten der deutschen Regierung in Frage zu stellen, ist sie der Überzeugung, daß eine Verhandlung nicht dabei verliert, wenn die Meinungsverschiedenheiten, die einer endgültigen Einigung im Wege gestanden haben, erkannt, einander angenähert und sogar einander gegenübergestellt werden."

Welches sind nun diese Meinungsverschiedenheiten, die von entscheidender Bedeutung für den Verlauf der deutsch-französischen Verhandlungen sind?

Im zweiten besonderen Teil der Note werden diese Fragen, die in jeder Abrüstungsdiskussion wiederkehren, gestreift. Es sind dies die Kernstücke des gesamten Abrüstungsproblems, nämlich die Frage der Personalstärke und der Materialausrüstung der zukünftigen Heere, das heißt vor allem des deutschen Heeres. Es ist einleuchtend, daß nur eine Einigung über diese beiden Fragen die Entscheidung über die praktische Verwirklichung der deutschen Gleichberechtigung herbeizuführen imstande ist. Diese Grundelemente der Rüstung werden uns aber auch diesmal von Frankreich nicht zugestanden, vielmehr versucht es auch diesmal wieder, unsere Gleichberechtigung zu sabotieren. Frankreich versagt Deutschland erneut das Recht, das den anderen Völkern der Welt zusteht, und das vor allem Frankreich für sich nach eigener Willkür gestaltet.

Für die Festsetzung der Personalbestände wird auch von Frankreich theoretisch der gerechte Grundsatz vertreten, daß nur „vergleichbare Personalbestände" für den Vergleich der französischen und deutschen Truppenbestände in Rechnung gestellt werden können. Praktisch gestaltet sich aber Frankreich dennoch ein Sonderrecht, indem es den größeren Teil seiner Streitkräfte, die in den Kolonien stehen, nicht in die Berechnung einbeziehen lassen will. Andererseits will Frankreich bei Deutschland die Polizei sowie die SA. und SS. für die Festlegung der deutschen Effektivstärke anrechnen. Diese Me-

thode begründet die französische Regierung damit, daß die Kolonialstreitkräfte deshalb nicht mitzurechnen seien, weil sie nicht zur Verteidigung des Mutterlandes bestimmt seien. Alle anderen Streitkräfte, die in irgendeinem Grade militärischen Charakter besitzen, sollen aber nach dem Wortlaut der Note unter die festzulegenden Beschränkungen fallen.

Dieser französische Standpunkt beweist, daß man in Frankreich immer noch nicht die Eigenart unserer nationalsozialistischen Revolution verstanden hat. Auch Frankreich wird sich an das Vorhandensein des von Adolf Hitler geschaffenen politischen Soldaten in Uniform gewöhnen und denselben anerkennen müssen. Die SA. und SS. sollen das Werk des Führers innenpolitisch mit allen Mitteln stützen und schützen. — Alleiniger Waffenträger und Verteidiger nach außen ist indessen auch im Dritten Reich lediglich die Reichswehr, die einzige Formation, die militärischen Wert besitzt.

Die französische Ansicht, die SA. und SS. für die Heeresstärke zu berücksichtigen, ist deshalb nicht nur falsch, sondern höchst ungerecht, wenn sogar die gewaltigen französischen Kolonialstreitkräfte nicht mitgezählt werden sollen. Die französische Note begründet dies folgendermaßen: „Entgegen der Annahme der deutschen Regierung denkt die französische Regierung nicht daran, in irgendeinem ihr passenden Augenblick die in der Konvention festgesetzte Herabsetzung ihrer Heimatstreitkräfte durch eine Heran-

ziehung von Überseebrigaden auszugleichen, da die Konvention die Personalstärke genau begrenzen würde, die in Friedenszeiten im Mutterlande stationiert werden könnten." Das deutsche Volk wird für diese Auslegung kein Verständnis aufbringen. Frankreich sei vielmehr an die kürzlich erfolgte Absage des Heeresausschusses des französischen Senats gegen jegliche Abrüstung erinnert, in der es heißt, daß „Frankreich auf Grund seiner tragischen Erfahrungen seine Verteidigungskräfte nicht weiter herabsetzen kann". Auch wir haben unsere tragischen Erfahrungen gemacht und machen uns diesen Ausdruck bezüglich der französischen Kolonialstreitkräfte zu eigen. Wir können den gegenwärtigen Beteuerungen im Hinblick auf unsere Erfahrungen im Weltkrieg sowie während der Rhein- und Ruhrbesetzungen keinen Glauben schenken.

Von gleich hoher Bedeutung wie die Begrenzung der Personalstärke ist im Abrüstungsproblem die Materialfrage, die als das andere Kernstück der Abrüstungsverhandlungen gilt.

Die französische Note behandelt eine Frage von solcher Tragweite nur mit folgendem kurzen Satz: „Die Gleichstellung auf dem Gebiet des Materials, d. h. die Zuweisung desjenigen Materials an Deutschland, das die anderen Nationen behalten, das aber Deutschland augenblicklich verboten ist, kann erst auf die Umbildung des deutschen Heeres und auf die Aufsaugung der vor- und außermilitärischen Or-

ganisationen durch die regulären von der Konvention begrenzten Personalbestände erfolgen." Mit anderen Worten, Deutschland soll erst die Umbildung der Reichswehr und — wie es Frankreich will — die Verminderung der SA. und SS. vollziehen, ehe es die zeitgemäßen Verteidigungswaffen erhalten soll. Frankreich hält demnach noch immer an einer Bewährungsfrist für Deutschland fest, nach deren Ablauf dann vielleicht die zur Gewährleistung unserer nationalen Sicherheit erforderlichen modernen Verteidigungswaffen bewilligt werden können.

Mit dieser Haltung verstößt Frankreich erneut gegen die deutsche Gleichberechtigung. Frankreich stellt sich mit diesem Ansinnen nicht nur mit Deutschland, sondern gleichzeitig auch mit England und Italien, die die Grundzüge unserer Gleichberechtigung entschieden vertreten und erst erneut in ihren Denkschriften verwerteten, in Widerspruch. Die französische Regierung gerät somit in offenen Gegensatz zu einer international bereits anerkannten Auffassung über die Notwendigkeit entsprechender Bewaffnung unserer Streitkräfte, sobald die allgemeine Umbildung der Heere beginnt. Wenn Frankreich tatsächlich von solch „tiefem pazifistischen Bestreben" geleitet ist, wie es der Heeresausschuß des französischen Senats behauptet, muß es außerordentlich überraschen, daß Frankreich weder bisher ein Beispiel der Abrüstung gegeben, noch in seiner Note von zu erwartender französischer Abrüstung spricht oder auch

nur die klaren englischen Abrüstungsvorschläge erwähnt. Der neue englische Versuch, endlich zu einem Ziel zu gelangen, der durch die Reise des Lordsiegelbewahrers, Staatssekretärs Eden, nach Berlin dokumentiert wird, hat unter solchen Umständen nur geringe Erfolgsaussichten.

Seien wir uns klar darüber, daß die französische Note vom 14. Februar geeignet ist, die im Gang befindlichen Abrüstungsgespräche mit einer schweren Krise zu bedrohen. Der Abrüstungsgedanke und die Politik der ihm huldigenden Staaten wird erneut einer bedenklichen Belastungsprobe ausgesetzt. Frankreich stellt sich offen nicht nur einer deutschen Forderung entgegen, sondern auch klar ausgesprochenen Absichten der englischen und italienischen Politik. Ungeachtet dieses neuen Hindernisses auf dem Wege zur europäischen Beruhigung wird die Regierung Adolf Hitlers mit allen Kräften bemüht sein, den deutschen Interessen und dem europäischen Frieden durch endliche Verwirklichung der deutschen Gleichberechtigung zu dienen.

II.

In dem heißen Bemühen Adolf Hitlers, den europäischen Frieden sowie die deutsche Gleichberechtigung unter allen Umständen sicherzustellen, wurde dem Sonderbeauftragten Englands bei seinem Berliner Aufenthalt die Überzeugung verschafft, daß

Deutschland nichts als ein selbstverständliches Maß von Gleichberechtigung und Sicherheit beansprucht. Diese Absicht wird in erster Linie dadurch dokumentiert, daß das Deutsche Reich auf alle Offensivwaffen verzichtet und auch hinsichtlich seiner Sicherheit zur Luft sich lediglich auf Verteidigungskräfte beschränken will. Darüber hinaus aber bietet die Reichsregierung die vor allem von Frankreich gewünschte Kontrolle der SA. und SS. an, um feststellen zu lassen, ob diese Formationen militärischen Charakter besitzen oder nicht, da Deutschland diese Kontrolle seiner politischen Soldaten nicht zu scheuen braucht. Er weiß selbst am besten, daß diese in vorbildlicher, straffer Zucht und Ordnung nur dem einen Ziel leben, Deutschland vom Erbe des Marxismus zu befreien und den neuen Staat als seine Ideen- und Willensträger zu festigen. Auch bezüglich der Reichswehr konnte der englische Lordsiegelbewahrer deutsche Vorschläge, die sich im Rahmen des britischen Planes bewegen, entgegennehmen, da sich Deutschland mit einem in eine Miliz umgeformten kurz dienenden Heer von 300 000 Mann begnügen würde. Diese konkreten Vorschläge bedeuten ein Höchstmaß guten Willens. Der deutsche Friedenswille wird aber dadurch noch stärker unter Beweis gestellt, daß sich der Führer bereit erklärt hat, jedwede Abrüstungsmaßnahme anzuerkennen, die in derselben Art und Weise auch von allen anderen Staaten übernommen wird.

Dieses weitgehende Entgegenkommen hat in der verständigungsbereiten Welt der Vernunft und des Friedens entsprechende Würdigung erfahren. Um so ernüchternder mußte deshalb die zunächst unglaubwürdige Nachricht wirken, daß für Staatssekretär Eden auf seiner Rückreise in Paris mit den Franzosen noch keine Einigung zu erzielen war. Diese von den meisten gefürchtete, aber andererseits auch für unmöglich gehaltene Tatsache beleuchtet klar den Stand der Abrüstungsverhandlungen. Deutschland bekennt im Gegensatz zu Frankreich nicht nur mit Worten seinen Friedenswillen, sondern es ist tatsächlich abgerüstet und macht darüber hinaus Vorschläge für das Zustandekommen einer Konvention, durch die es nunmehr seine Gleichberechtigung und Sicherheit in maßvoller Form gewährleistet bekäme. Die Ehrlichkeit unseres Angebotes wird wohl nirgends auf der Welt mehr in Zweifel gezogen, wie auch der Friedenswille des deutschen Kanzlers allgemein anerkannt wird. Die deutsche Einstellung und die deutschen Forderungen bedeuten demnach keinen Hinderungsgrund für die allgemeine tatsächliche Abrüstung der anderen, sondern sind geeignet, den Entschluß zur endgültigen Abrüstung aller, um die die Völker seit Jahren ringen, erheblich zu erleichtern. Denn kein vernünftiger Mensch wird dagegen einwenden wollen, daß einem Staat wie dem deutschen auf noch längere Zeit die Gleichberechtigung und die Schaffung einer seiner geopolitischen Lage ent-

sprechenden Verteidigungswehr vorenthalten werden könnte.

Bei solchem Stand der Dinge ist die Haltung und Lage Frankreichs von ausschlaggebender Bedeutung. Frankreich möchte noch immer das erreichen, was ihm nie gelingen wird: Die Verewigung der deutschen Wehrlosigkeit. Es versucht weiter zu fordern und sollte doch genau wissen, daß unser heutiges Deutschland in dieser Frage bis an die Grenze des Möglichen entgegengekommen ist.

Frankreich hat sich durch diese Politik bereits in ernsten Gegensatz zu Italien gebracht, dessen Duce die Notwendigkeit eines zur Verteidigung seiner Grenzen befähigten Deutschlands seit Jahr und Tag erkannt und öffentlich verfochten hat. Bei den Edenschen Bemühungen in Paris doch noch einen Ausweg aus dem Gewirr gefährlicher Abrüstungsformeln zu einer allgemeinen befreienden Tat zu finden, hat sich nun Frankreich auch in eindeutiger Weise gegen die fairen Vermittlungsvorschläge Großbritanniens ausgesprochen, dessen letzter Plan zur Abrüstung bis auf die Fragen der Konvention und der Luftverteidigung auch für Deutschland tragbar erscheinen. Englands Versuche, eine Abrüstungsverständigung herbeizuführen, werden darum auch in Zukunft solange scheitern, als Frankreich seine bisherige Politik nicht grundsätzlich ändert. Die englisch-französischen Verlautbarungen über das Ergebnis der Besprechung mit Eden bei seinem zweiten Pariser Aufenthalt klingen

nicht sehr ermutigend für das baldige Zustandekommen einer annehmbaren Konvention. Will Frankreich aber England noch länger zumuten, die Rolle des Vermittlers zu übernehmen, der nie zum Ziele gelangt? Frankreichs gegenwärtige Haltung in der Abrüstungsfrage ist noch immer darauf abgestellt, stets eine weitere Forderung aufzustellen, sobald Deutschland in einer Frage entgegengekommen ist. Auf diese Weise versucht die französische Regierung, die Differenz zwischen ihren ursprünglichen Forderungen und Deutschlands Standpunkt stetig zu ihren Gunsten zu verringern, ohne selbst auch nur das geringste Zugeständnis zu machen.

Aus den Erfahrungen dieser Methode und dem Ergebnis des Edenschen Besuchs in Paris läßt sich darum feststellen, daß gegenwärtig einer Konvention noch Schwierigkeiten im Wege stehen; herrschen doch zwischen den elementarsten Grundsätzen deutscher Gleichberechtigung und Sicherheit und der französischen Auffassung über die allgemeine Abrüstung Meinungsverschiedenheiten, die sich nicht nur durch irgendwelches Manövrieren beseitigen lassen. Der deutsche Standpunkt ist durch den Führer klar präzisiert worden und enthält ein Mindestprogramm, das bei Nichtabrüstung der anderen die Angleichung des deutschen Rüstungsniveaus an dasjenige der Umwelt voraussieht. An dieser konstruktiven Lösung, die ein geschlossenes Ganzes darstellt, kann nichts mehr geändert werden. Sie ist der Aus-

druck dessen, was Deutschland infolge der anderen hochgerüsteten Staaten zur Wahrung seiner Gleichberechtigung und Sicherung zu fordern gezwungen ist.

Wenn Frankreichs Presse jetzt im Rahmen dieses Gedankenaustausches über das Abrüstungsproblem wieder den Teil V des Versailler Vertrages zitiert und dessen Verletzung durch Deutschland feststellen will, so ist das ein erneuter Versuch, die Welt irrezuführen und die bekannten Verträge und Garantien, die Deutschland für die allgemeine Abrüstung gegeben wurden, zu übergehen. Das Rad der Geschichte läßt sich aber nicht zurückdrehen. Es ist vielmehr historische Tatsache geworden, daß die gegenwärtigen Verhandlungen über die Abrüstung sich längst außerhalb des Rahmens des Versailler Vertrages bewegen, was die als Basis für eine Konvention dienenden englischen, italienischen und auch deutschen Vorschläge beweisen. Das ist schließlich auch der tiefere Sinn jener Fünfmächteerklärung vom 11. Dezember 1932, durch die die Gleichberechtigung Deutschlands anerkannt und seine Sonderbehandlung ausgeschlossen wurde.

Wenn als Ergebnis der langjährigen Abrüstungsverhandlungen eine Neugestaltung der Rüstungsverhältnisse der Welt entstehen wird, so kann dies sich für Deutschland also nur außerhalb des Versailler Vertrages als die endliche und tatsächliche Verwirklichung seiner Gleichberechtigungs- und Sicherheitsansprüche vollziehen. In welcher Form diese Neu-

gestaltung erfolgen wird, ist für Deutschland nur insoweit von Interesse, als es gleichberechtigt und gesichert zwischen den anderen Nationen stehen muß.

Frankreichs Aufgabe ist es jetzt, endlich den Schritt zu wagen, der notwendig ist, um die Welt davon zu überzeugen, daß Frankreich nicht nur die eigene Sicherheit als Ausgangspunkt all seiner Ansprüche und Vorschläge betrachtet, sondern daß es tatsächlich auch den Frieden der Welt wahren und fördern will. Die kürzlich erfolgte außenpolitische Erklärung des belgischen Kammerpräsidenten de Broquevilles gegen einen französischen Präventivkrieg zeigt deutlich, welche Unruhe durch Frankreichs Unnachgiebigkeit und Verschleppungspolitik entstanden ist. Die Welt bedarf vielmehr jetzt einer fairen und konstruktiven Lösung des Abrüstungsproblems. Es ist auch nicht wahrscheinlich, daß sich das französische Volk auf die Dauer als einzigen Unruhestifter einer europäischen Friedenspolitik bezeichnen lassen will. Seine Regierung muß endlich Mittel und Wege finden, damit eine Konvention zustande kommt, durch die das ganze Abrüstungsproblem, durch das die Völker der Welt und besonders Europa seit Jahren in Unruhe gehalten werden und unter dem die internationale Wirtschaft in unerträglicher Weise leidet, zur Zufriedenheit aller Staaten gelöst wird.

Der Stand der Abrüstungsverhandlungen Anfang 1934 [1])

Von Graf Westarp

Nach dem 14. Oktober 1933 setzten alsbald auf deutsche Anregung vertrauliche diplomatische Verhandlungen mit dem Ziel ein, den deutsch-französischen Gegensatz in der Abrüstungsfrage durch eine direkte Verständigung zu beseitigen. Ende Januar griff England mit einem neuen ausführlichen Vermittlungsvorschlag ein, den es veröffentlichte. Das führte zur Bekanntgabe von vier amtlichen Schriftstücken, dem französischen Aide-Mémoire vom 1. Januar 1934, der deutschen Antwort in dem Memorandum vom 19. Januar 1934, dem englischen Memorandum vom 29. Januar 1934 und dem am 31. Januar 1934 veröffentlichten italienischen Kommuniqué [2]). Diese Periode der Verhandlungen ist nun durch das am 16. Februar 1934 veröffentlichte Memorandum der französischen Regierung zu einem negativen Abschluß gebracht. Es ist trotzdem nicht nur von historischem Interesse, sondern für die weitere Entwicklung und

---

[1]) Der Aufsatz ist am 24. 2. 34 abgeschlossen. Siehe auch „Die diplomatischen Abrüstungsverhandlungen und das am 16. 2. 34 veröffentlichte französische Memorandum" von Graf Westarp, Deutsche Juristen-Zeitung, Heft 1934.

[2]) In deutscher Übersetzung vollständig veröffentlicht in Nr. 88/89 des Völkerbund „Die Abrüstungskonferenz", Zeitschrift in Genf, Rue du Rhône, Preis 0.50 RM. Ebenso „Der Weg zur Freiheit", Monatsschrift des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände, Berlin NW 7, Schadowstraße 2, Nr. 2, 15. 2. 34. Preis 1.10 RM.

ihr Verständnis von Bedeutung, den in den Januar-Denkschriften niedergelegten Stand der Verhandlungen durch Vergleich der Denkschriften untereinander und mit Verhandlungsergebnissen der Vergangenheit [1]) klarzustellen und im Anschluß daran zu zeigen, wie die französische Regierung im Februar-Memorandum die gewonnene Verhandlungsgrundlage wieder zerstört hat.

Verfahren.

Der französischen Denkschrift entstammt die Nachricht, die deutsche Regierung habe wiederholt den Wunsch nach direkten Verhandlungen mit Frankreich ausgesprochen und der französischen Regierung über den französischen Botschafter Informationen zugehen lassen. Aus anderer Quelle verlautet [2]), daß der Botschafter Poncet am 19. Dezember 1933 deutsche Punktationen nach Paris mitgebracht hat, deren Inhalt nicht veröffentlicht ist. In allen vier Denkschriften wird die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland als Voraussetzung des Gelingens einer Abrüstungskonvention bezeichnet und die Fortsetzung der darauf gerichteten Verhandlun-

---

[1]) In Betracht kommen besonders die Fünf-Mächte-Erklärung über Deutschlands Gleichberechtigung vom 11. 12. 33, der MacDonald-Plan vom 16. 3. 33, die Roosevelt-Botschaft vom 16. und die Kanzlerrede vom 17. 5. 33, das Ergebnis der im Juni 33 beendeten ersten Lesung des MacDonald-Planes auf der Abrüstungskonferenz, der Simon-Plan vom 14. 10. 33.

[2]) Zeitschrift für Völkerbund, Heft 83/84 vom 12. 1. 34, S. 2.

gen empfohlen. Der englische Vorschlag ist in der Form einer Zusammenstellung von Änderungen des MacDonald-Planes abgefaßt. Die Dringlichkeit einer baldigen Einigung wird von England und mit noch größerem Ernst von Italien hervorgehoben, dessen Regierung die Überzeugung ausspricht, „daß wir an der äußersten Grenze des Zeitpunktes angelangt sind, der noch ermöglichen könnte, den toten Punkt zu überwinden, an dem wir uns seit Juni letzten Jahres befinden". Italien hofft, daß sich aus dem gegenwärtigen Meinungsaustausch die Voraussetzung zu einer Zusammenkunft der Außenminister oder Ministerpräsidenten der vier Weltmächte ergeben könnte. Während also England und Italien auf Grund der deutschen Denkschrift vom 19. Januar 1934 Vermittlungsvorschläge für die weiteren direkten Verhandlungen machen, nimmt die französische Regierung im Februar-Memorandum dieselbe deutsche Denkschrift zum Anlaß einer nach Form wie Inhalt gleich schroffen Absage. Sie lehnt es als nutzlos ab, den deutschen Fragebogen zu beantworten. Eine vorbereitende deutsch-französische Erörterung darüber könne nur dann von Nutzen sein, wenn, was nicht im entferntesten zuträfe, bereits Einigkeit über bestimmte Grundsätze herrschte.

Die drei Denkschriften fordern Deutschlands Rückkehr nach Genf, die von England und Italien als eine der Bedingungen der Einigung und als ein Gegenwert für die Annahme der deutschen Forderungen

bezeichnet wird. Nach der deutschen Denkschrift erscheint die äußere Form der Zusammenarbeit der deutschen Regierung als eine später zu beantwortende Frage. „Das dringende Gebot des Augenblicks ist die Regelung der Abrüstungsfrage, deren Gelingen den Weg für die Lösung der anderen offenen politischen Probleme frei machen wird." Eröffnete die Verhandlungslage des Januar einen Ausblick auf die deutsch-französische Verständigung, so konnten dadurch wenigstens die Ursachen beseitigt werden, die am 14. Oktober 1933 den letzten und unmittelbaren Anlaß zu Deutschlands Austritt aus der Konferenz und dem Völkerbund gegeben haben, wenn auch die inneren Gründe dieses Schrittes damit noch nicht aus der Welt geschafft waren. Nachdem die französische Regierung im Februar-Memorandum den Weg zu einer Einigung auf der Grundlage der deutschen Gleichberechtigung erneut versperrt hat, stößt die Anregung, den wohl erwogenen Schritt vom 14. Oktober 1933 rückgängig zu machen, vollends ins Leere.

Sicherheit.

An Stelle der umfangreichen Sicherheitsvorschläge des französischen konstruktiven Planes vom 14. November 1932 waren in der ersten Lesung des MacDonald-Planes nur drei Artikel zur Annahme gelangt, in denen die Unterzeichner des Kelloggpaktes sich

verpflichten, im Falle eines drohenden oder erfolgten Verstoßes gegen den Kelloggpakt zu gemeinsamen Beratungen zusammenzutreten. Die englische Denkschrift schlägt für diesen Konsultativpakt weitere Artikel 2a bis 2c vor, die ihn auf Fälle nicht loyaler Durchführung der Abrüstungskonvention ausdehnen. Gegen die von Frankreich gewünschten allgemeinen Sicherheitspakte war der englische und italienische Widerstand meist stärker als der deutsche. So enthält die italienische Denkschrift nach einem Hinweis auf die Bedeutung des Viererpaktes (Pakt von Rom) und die Locarnoverträge die Äußerung, die italienische Regierung glaube „sich von den Ansichten der englischen Regierung nicht zu entfernen in der Annahme, daß spätere diplomatische Sicherheiten gegen Angriffe nicht nur nicht unerläßlich sind, sondern durch ihre Vielheit dazu neigen, an eigenem Wert zu verlieren". Beide französische Denkschriften erwähnen diese Fragen nicht. Das ist noch kein Beweis, daß Frankreich seinen Plan aufgegeben hat, den Völkerbundsrat mit erweiterten Befugnissen und Mitteln zu Sanktionen auszustatten. Sonst würde wohl Herr Eden bei seiner Ankunft in Paris dem Intransigeant nicht das Interview gegeben haben, in dem er erklärt, England sei zur Übernahme von Sanktionen und militärischen Blankoverpflichtungen nicht bereit.

Statt der allgemeinen Sicherheitspakte, die das Verbot enthalten und sichern, nicht zum Kriege oder

zur Gewalt zu greifen, werden in den Denkschriften um so lebhafter die besonderen Nichtangriffspakte Deutschlands mit seinen Nachbarn erörtert, deren Abschluß es unmittelbar nach dem 14. Oktober 1933 in Angriff genommen hatte. Das im Februar-Memorandum ausgesprochene, besonders schmerzliche Erstaunen darüber, daß die deutsche Denkschrift weder zustimmend noch kritisierend zu den Bemerkungen des Aide-Mémoire über die Tragweite dieser Verträge und über ihr Verhältnis zum Locarnopakt Stellung genommen habe, ist ein vielleicht politisch begreiflicher Versuch, gegen die Nichtangriffspakte irgendeinen Vorstoß zu unternehmen. Begründet ist es nicht. Den ausländischen Regierungen war mitgeteilt, und der deutsch-polnische Nichtangriffspakt hatte bestätigt, daß die Verträge auf die Dauer von 10 Jahren abgeschlossen werden und entsprechend der bisherigen Praxis die Verpflichtung enthalten sollen, auf jeden Angriff untereinander zu verzichten und sich zur Austragung von Streitfällen jeder Art nur friedlicher Mittel zu bedienen. Dabei haben Polen und Deutschland ausdrücklich erklärt, daß ältere Abmachungen, insbesondere der Locarno-Pakt, nicht berührt werden. Die englische Denkschrift erkennt die Bereitwilligkeit Deutschlands zum Abschluß solcher Verträge als einen weiteren Beitrag zur Sache des Friedens und der Sicherheit ausdrücklich an, und auch die italienische erwähnt sie in diesem Sinne.

Securité, arbitrage, désarmement — Sicherheit, Schiedsgericht, Abrüstung — waren entsprechend dem französischen Standpunkt die drei Programmpunkte der Abrüstungskonferenz. „Sicherheit, Gleichberechtigung und Abrüstung" bezeichnet die englische Denkschrift als die drei Hauptfragen, von deren Lösung eine Einigung abhängig ist und nach denen England seine Vorschläge gliedert. Der Anspruch auf Gleichberechtigung und auf deren Verwirklichung auf dem Rüstungsgebiet ist seit dem Vorfrieden der Lansing-Note vom 5. November 1915 in zahlreichen Fällen vertraglich zugesichert worden. Zuletzt war die Gleichberechtigung Gegenstand der Fünf-Mächte-Erklärung vom 11. Dezember 1932, auf Grund deren Deutschland seinen ersten Austritt aus der Konferenz rückgängig machte. In Artikel 1 haben England, Italien und Frankreich den Grundsatz der „Gleichberechtigung in einem System der Sicherheit" aufgestellt und sich verpflichtet, ihn auf der Konferenz zu verkörpern. Er ist auch nach diesem Abkommen ein allgemeiner Grundsatz, der außerhalb und innerhalb der Konferenz zu beachten ist. Die so errungene Stellung kann Deutschland nicht wieder aufgeben.

Wie meist im politischen Leben ist auch hier die praktische Durchführung des Grundsatzes noch schwieriger und wichtiger als seine grundsätzliche

Anerkennung. Zuerst kommt es darauf an, die Gleichberechtigung formell zu sichern. Die in Artikel 96 des MacDonald-Planes vorgesehene Vorschrift, daß die abzuschließende Konvention an Stelle des Fünften Teiles des Versailler Vertrages treten solle, wird in den Denkschriften nicht mehr erörtert. Es ist eine selbstverständliche Voraussetzung des Abschlusses einer Konvention, daß sie Deutschland formell vom Abrüstungsteil des Versailler Vertrages — leider nicht auch von dem Artikel 42 über die Entmilitarisierung Westdeutschlands — befreien würde.

Dauer der Konvention.

Der MacDonald-Plan sieht eine fünfjährige Dauer der ersten Konvention vor, der Simon-Plan eine achtjährige, die englische Denkschrift eine zehnjährige, die italienische eine sechsjährige bis zum 31. Dezember 1940. Noch vor Ablauf der Geltungsdauer sollen nach dem MacDonald-Plan Verhandlungen über ein neues Abkommen stattfinden, das Deutschland also, frei von allen Bindungen des Versailler Vertrages, als formell und materiell gleichberechtigter Partner annehmen oder ablehnen kann. Ebenso bezeichnet die allseits angenommene Botschaft Roosevelts vom 16. Mai 1933 die jetzt abzuschließende Konvention nur als einen ersten Schritt, und die englische Denkschrift spricht die zuversichtliche Hoffnung aus, daß vor Ablauf der zehn Jahre ein weiterer Fortschritt der Ab-

rüstung zu erzielen sein werde. Deutschland hat sich seit 1927, und jetzt erneut, ausdrücklich damit abgefunden, daß die erste Konvention die deutsche Gleichberechtigung und Sicherheit praktisch nur unvollkommen durchführen werde. Deshalb ist die Dauer dieser ersten Etappe gerade für Deutschland von entscheidender Bedeutung. Bei einem Zugeständnis, das die Nachbarn im Besitz unzerstörter schwerer Waffen, Tanks und Flugzeuge beläßt, ist es beispielsweise wahrlich nicht gleichgültig, ob es auf fünf oder zehn Jahre gelten soll. Die Verlängerung der Konventionsdauer auf acht Jahre hat Deutschland am 14. Oktober 1933 und Frankreich gegenüber erneut in der Denkschrift abgelehnt. Die Stellungnahme zu der von England vorgeschlagenen zehnjährigen Verlängerung, die noch nicht bekanntgegeben ist, dürfte sich hieraus von selbst ergeben. Je weniger abgerüstet wird, um so kürzer muß die Frist sein.

Wehrsystem und Personalstärken.

Bis zum Mai vorigen Jahres lehnte die deutsche Delegation den Übergang zum sogenannten Milizsystem des MacDonald-Planes als noch nicht spruchreif ab und beantragte, ihn für die zweite nach fünf Jahren abzuschließende Konvention zurückzustellen, um bis dahin die Bewaffnung zu klären und den lediglich für den Kontingent bestimmten Milizvorschlag in einen universellen, auch das englische und

amerikanische Berufsheer erfassenden Plan zu verwandeln. Erst nach der Reichskanzlerrede vom 17. Mai 1933, durch die der MacDonald-Plan als Grundlage nicht mehr wie bisher der Verhandlung, sondern des Abkommens angenommen wurde, erklärte sich Deutschland zu sofortigem Eingehen auf den Milizvorschlag grundsätzlich bereit. Das kurz ausgebildete Heer des MacDonald-Planes hat unbestritten einen militärisch geringeren Wert als die Reichswehr. Auch ist der Name Miliz dafür unzutreffend, weil die vorgeschlagene Zahl für Deutschland erheblich geringer ist als die Zahl der tauglichen Militärpersonen, die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht also nicht gestattet. Trotzdem führte das deutsche Entgegenkommen nicht zur Einigung. Insbesondere die Zahlentabelle des MacDonald-Planes wurde in der ersten Lesung für später zurückgestellt. In der Januar-Denkschrift verlangt Deutschland an Stelle der ihr in der Tabelle zugebilligten 200 000 Mann mit achtmonatiger Durchschnittsdienstzeit eine Heeresstärke von 300 000 Mann mit zwölfmonatiger Dienstzeit. Die französische Denkschrift lehnt diesen Vorschlag als die Forderung einer erheblichen Aufrüstung ab. Zur Widerlegung beruft die deutsche Denkschrift sich auf die Länge und Beschaffenheit der deutschen Grenzen, nicht minder aber auf die Rüstungen der hoch gerüsteten Nachbarn Deutschlands, von denen außer Frankreich auch seine Verbündeten Polen, Tschechoslowakei und Belgien nicht nur über sehr

große aktive Armeen (von zusammen 1 142 000 Mann), sondern auch über gewaltige Mengen ausgebildeter und mobilmachungsbereiter Reserven verfügen. Auch England scheint den deutschen Vorschlag in den Vorverhandlungen als eine unannehmbare Aufrüstung kritisiert zu haben. Die englische Denkschrift kommt ihm entgegen. Sie erinnert daran, daß in der Tabelle auch für Frankreich, Italien und Polen 200 000 Mann vorgesehen seien. Es komme nicht so sehr auf die absolute Zahl als auf den Grundsatz der Parität an, für die sich vielleicht eine Zahl zwischen 200 000 und 300 000 vereinbaren lasse. Die italienische Regierung meint, Deutschland habe die 300 000 Mann nur für den Fall gefordert, daß die anderen Mächte ihre Effektivstärken nicht herabsetzen wollten, hält eine Verhandlung über solche Herabsetzung für aussichtslos und befürwortet, den deutschen Vorschlag anzunehmen und für die anderen Mächte den status quo beizubehalten.

Die in der Sprache der Konferenz als Nebenfragen dieses Kapitels bezeichneten deutsch-französischen Streitpunkte sind aber zu den politischen Hauptfragen geworden. Ungelöst wie bisher klafft der Gegensatz über die Anrechnung der SA. und SS. Die deutsche Regierung lehnt diese im Aide-Mémoire erneut scharf betonte Forderung nach wie vor ab, indem sie den militärischen Charakter dieser Organisationen und ihre Vergleichbarkeit mit den ausgebildeten Reserven verneint. Dieser tatsächlichen Auffassung entspricht das

von ihr mit der Ablehnung verbundene weite Entgegenkommen. Sie erklärt sich bereit, den nichtmilitärischen Charakter der in Rede stehenden Verbände dauernd der geplanten internationalen Kontrolle zu unterstellen. Für die Ausführung dieses Vorschlages ergeben sich freilich nach dem Stande der bisherigen Verhandlungen Schwierigkeiten. Der Vorschlag wird an die selbstverständliche Voraussetzung voller Parität geknüpft, und es ist bisher jedenfalls nicht erkennbar, daß irgendein anderes Land sich der gleichen Kontrolle zu unterwerfen bereit ist. Der englische Vorschlag, sich bei Durchführung der Kontrolle weniger von einer strengen Definition des Begriffs der „militärischen Ausbildung“ als von den Kenntnissen und der Erfahrung der militärischen Sachverständigen der Kontrollbehörde leiten zu lassen, ruft die Erinnerung an zahlreiche Verhandlungen wach, in denen jeder Versuch, objektive Merkmale für den militärischen Charakter der Ausbildung und der Verbände aufzustellen, die Gegensätze nur verschärfte. Dazu kommen die Erfahrungen, die Deutschland von 1919 bis 1927 mit der Kontrolle der IMKK. gemacht hat. Es wird schwer sein, gerade für Deutschland den in der englischen Denkschrift aufgestellten Zweck zu erreichen, „daß jeder Zweifel und jedes Mißtrauen in diesen Dingen beseitigt und ferngehalten wird“. Um so größer hätte das deutsche Entgegenkommen in dieser Frage bewertet werden sollen. Das tut die englische Regierung, die sich „besonders freut, zu

hören, daß die deutsche Regierung aus freien Stücken versprochen hat, vermittels einer Kontrolle den Nachweis zu führen, daß die SA. und SS. und der Arbeitsdienst keinen militärischen Charakter haben". Um so schroffer wirkt das Februar-Memorandum. Die französische Regierung erklärt, sie betrachte es als feststehend und durch die detaillierten Angaben im Aide-Mémoire als voll erwiesen, daß die Formationen der SA. und SS. militärischen Charakter haben. „Sie würde ihre Unterschrift unter keine Konvention setzen können, die erst der Zukunft die Entscheidung darüber ließe, ob die Formationen der SA. und SS. einen militärischen Wert haben, der bei der Festsetzung der Stärkeverhältnisse berücksichtigt werden muß oder nicht. Ultimativ und schroff bleibt also die französische Forderung voller Anrechnung der SA. und SS. bestehen.

Ebenso unüberbrückbar klafft der deutsch-französische Gegensatz über die Herabsetzung oder Anrechnung der französischen Kolonialtruppen. Im Aide-Mémoire wurde die Bereitwilligkeit zur Herbeiführung einer Parität zwischen der deutschen und französischen Heeresstärke und Heeresform auf die „vergleichbaren Personalbestände" beschränkt, „das heißt, diejenigen, die zur Verteidigung des Mutterlandes bestimmt sind", und die deutsche Denkschrift belegte ihre Erwiderung, daß dadurch jede wirkliche Parität ausgeschlossen werde, mit den schon wiederholt dargelegten Gründen. Im Februar-Memorandum be-

streitet nun die französische Regierung, daß sie eine Begrenzung ihrer überseeischen Personalbestände abgelehnt habe. Nichts sei unrichtiger als das. „Ebensowenig sollen die überseeischen Streitkräfte von der Beschränkung ausgenommen werden, deren mobiler Charakter fordert, daß sie jederzeit im Mutterlande verfügbar sind, um in kürzester Zeit nach denjenigen Punkten des Kolonialreichs gebracht zu werden, wo ihre Anwesenheit für nützlich gehalten wird.“ Die Tragweite dieses Zugeständnisses bleibt unklar. Es ist höchstens für die im Mutterlande stationierten (70 000 Mann), nicht für die mehreren hunderttausend Mann Friedensstärke der nordafrikanischen Kolonialtruppen gegeben, für die von einer Beschränkung der Stationierung in Friedens-, nicht aber der Verwendung in Kriegszeiten gesprochen wird. Irgendein positives Zugeständnis enthalten die unklaren Worte also nicht. Daß es nicht beabsichtigt ist, zeigt die Ablehnung jedes Eingehens auf den deutschen Fragebogen, in dem um Auskunft gebeten war, auf welche Höchststärke die Überseetruppen herabgesetzt werden, in welcher Weise sie bei Festsetzung der Gesamtstärke in Rechnung gestellt werden und mit welchem Material sie ausgerüstet werden sollen, und ob Frankreich für alle von der Umwandlung der Heere ausgenommenen Überseetruppen die Verpflichtung übernehmen wolle, sie nicht nur in Friedens-, sondern auch in Kriegszeiten in dem Heimatgebiet weder zu stationieren noch zu verwenden. Für diese Streitfrage

liegen keine Vermittlungsvorschläge vor. Italien begnügt sich damit, den hochgerüsteten Mächten für die Personalstärke den status quo zuzugestehen. Der in der englischen Denkschrift enthaltene Hinweis auf den MacDonald-Plan ist unverständlich, da die Artikel 14 und 15 die Überseestreitkräfte ausdrücklich von der vorgeschlagenen Regelung ausnehmen.

Kriegsmaterial und Luftrüstung.

Die deutsche Auffassung über das Verhältnis zwischen der Abrüstung der hochgerüsteten Staaten und der Gleichberechtigung Deutschlands und ein bedeutsames weiteres deutsches Entgegenkommen in der Art, wie sie praktisch geltend gemacht wird, tritt am deutlichsten in den Verhandlungen über das Kriegsmaterial und den Luftschutz zutage. Die deutsche Denkschrift wiederholt den grundsätzlichen Anspruch auf die Abrüstung bis auf den Stand von Versailles und die Bereitwilligkeit, jeden noch so weitgehenden Abrüstungsantrag zu unterstützen und anzunehmen, der für alle Staaten gleichmäßig gelten soll. Ebenso hält sie grundsätzlich daran fest, daß die Gleichberechtigung, solange die hochgerüsteten Mächte die dazu erforderliche Abrüstung nicht zugestehen, auf andere Weise, wenn auch zunächst noch unvollkommen, herbeigeführt werden muß. Hinsichtlich der praktischen Anwendung dieser Grundsätze auf die schweren Waffen und die Luftrüstung hat die deut-

sche Regierung in den diplomatischen Verhandlungen seit November einen Wandel hochbedeutsamer Art vollzogen, der den Hauptgegensand der englischen und italienischen Vermittlungsvorschläge bildet. Früher behandelte die deutsche Regierung die Möglichkeit, daß die anderen Staaten nicht bereit seien, ihre Rüstung nach Art und Zahl in ausreichendem Maße herabzusetzen, als einen hypothetischen Fall, für dessen Eintreten sie grundsätzliche Forderungen anmeldete, ohne diese zu konkretisieren. In der Januar-Denkschrift erklärt sie, nunmehr der Tatsache, daß „die hauptsächlich in Betracht kommenden hochgerüsteten Mächte gegenwärtig zu einer wirklich einschneidenden Abrüstung nicht bereit sind“, als einer Realität ins Auge sehen zu wollen. Aus dieser nun einmal gegebenen, von Deutschland nicht verschuldeten Lage werden für die erste Konvention die Konsequenzen gezogen. Deutschland begnügt sich mit der Einhaltung des status quo für die hochgerüsteten Staaten, verzichtet also auf sofortige Herabsetzung und Zerstörung der schweren Waffen und der Militärflugzeuge und erhebt nur noch einen konkret umschriebenen Anspruch auf den Besitz bestimmter Verteidigungswaffen, der ihm im Versailler Diktat verboten war.

Entsprechend diesem neuen deutschen Schritt hat sich auch in der Haltung Englands und Italiens eine Wendung vollzogen. Bisher hatten fast alle Mächte unter Führung Frankreichs auch die bescheidensten

deutschen Forderungen dieser Art als unzulässige „Aufrüstung“ entschieden abgelehnt. Jetzt erkennen Italien und England den deutschen Standpunkt an. In beiden Denkschriften wird entsprechend der deutschen Auffassung festgestellt, daß eine Abrüstung auf den für Deutschland erlaubten Stand oder in einem Umfange nicht zu erreichen sei, der Deutschland veranlassen würde, seine Forderungen in den ursprünglich in Betracht gezogenen bescheidenen Grenzen zu halten. Beide Regierungen, die italienische grundsätzlich und rückhaltlos, die englische mehr aus praktischen Erwägungen, ziehen aus dieser Tatsache den Schluß, daß es ohne eine gewisse Aufrüstung nicht abgehe. Sie begrüßen, daß Deutschland „aus seinen Gleichberechtigungsforderungen das Angriffsmaterial ausgeschlossen und sich darauf beschränkt hat, die sogenannten Verteidigungswaffen zu fordern“, und erkennen das Maß dieser Forderungen im wesentlichen als berechtigt an. Darüber hinaus hält die englische Regierung gegen die hochgerüsteten Mächte die von Deutschland zwar noch unterstützte, aber nicht mehr zur Bedingung gemachte Forderung aufrecht, bestimmte Waffen alsbald zu zerstören.

Daraus ergeben sich insbesondere folgende Einzelheiten. Deutschland fordert lediglich noch die Zubilligung von beweglichen Landgeschützen bis zu einem Kaliber von 15,5 cm; Italien und England billigt sie zu, und England fordert, daß die hochgerüsteten Mächte alle beweglichen Landgeschütze über

35,0 cm bis zum Ende des ersten, solche über 22,0 cm des vierten, über 15,5 cm des siebenten Jahres zerstören. Ebenso werden Tanks bis zu 6 t Deutschland zugebilligt, während England den anderen die Tanks auch von 6 bis 16 t freigibt, aber fordert, daß Tanks über 30 t bis zum Ende des ersten, über 20 t des dritten und über 16 t des fünften Jahres zerstört werden sollen. Das ist also eine erhebliche Verlängerung der Fristen des MacDonald-Planes, die mit dem dritten Jahr endeten. Deutschland fordert endlich den Besitz von Militär- und Marineflugzeugen zur Verteidigung, und Ministerpräsident Göring hat vor kurzem in einem Interview hinzugefügt, daß dazu zwischen 30 und 40 Prozent der gesamten Flugzeugstärke von Frankreich, Belgien, Polen und Tschechoslowakei erforderlich seien. Der englische Vorschlag hierzu ist praktisch unzulänglich. Nach Artikel 35 des MacDonald-Planes sollte die Abschaffung der Militär- und Marineluftfahrt in Verbindung mit der Kontrolle der Zivilluftfahrt vom ständigen Abrüstungsausschuß erst für die zweite Konvention vorbereitet werden. Inzwischen sollten nach Artikel 36 bis zum Ende der fünfjährigen Konventionsdauer die Zahl der Luftstreitkräfte auf die Zahlen der Tabelle (Frankreich 500, Belgien 150, Polen 200, Tschechoslowakei 200) herabgesetzt werden. In der Januar-Denkschrift wird nun anerkannt, daß von Deutschland nicht verlangt werden könne, seinen Anspruch auf den Besitz von Militärluftfahrzeugen auf lange

Zeit zurückzustellen. Um aber die Verhandlungen des Abrüstungsausschusses nicht zu stören, soll für Deutschland wie für die anderen Mächte der status quo noch zwei Jahre hindurch aufrechterhalten bleiben. Erst wenn nach zwei Jahren der Abrüstungsausschuß zu keinem Ergebnis gekommen ist, soll bis zum Ende der Konventionsdauer, also in weiteren acht Jahren, eine Angleichung stattfinden. In dieser Frist sollen die hochgerüsteten Mächte ihre Bestände bis auf die Tabelle des Mac-Donald-Planes herabsetzen und Deutschland sie bis zur Parität erhöhen können. Zu begrüßen ist, daß England hiermit auch für die Luftrüstung den Einwand unzulässiger Aufrüstung grundsätzlich hat fallen lassen. Praktisch nutzt die Herabminderung der Luftrüstung wenig, solange noch mehrere tausend Flugzeuge über ein wehrloses Deutschland herfallen können. Die Beseitigung dieser Gefahr verträgt keinen weiteren Aufschub. Daß uns nach dem englischen Vorschlag endlich Flugabwehrgeschütze zugebilligt werden, ist ein Fortschritt, aber selbstverständlich. Das von allen Seiten verlangte Verbot des Bombenabwurfs bietet nach den Erfahrungen, die im Weltkriege mit den völkerrechtlichen Abmachungen über die Führung des Seekriegs gemacht worden sind, keinen Schutz.

Die französische Regierung hält unbeirrt durch die neue englisch-italienische Stellungnahme an dem unbedingten Widerspruch gegen jede deutsche „Aufrüstung“ fest. Im Februar-Memorandum wendet sie

sich gegen die Behauptung, „die hochgerüsteten Mächte (unter denen zweifellos Frankreich einbegriffen werden muß) seien zu einer wirklich einschneidenden Abrüstung nicht bereit". Sie wolle „die Verantwortung für dieses Urteil allein der Reichsregierung überlassen. Das ist nach den englischen und italienischen Erklärungen ein vergebliches Bemühen, und ebenso widerspricht die Behauptung, daß ein ausreichendes französisches Angebot vorliege, den Tatsachen. In der französischen Januar-Denkschrift wird lediglich die „allmähliche" Abschaffung von Kriegsmaterial durch die hochgerüsteten und eine „allmähliche Steigerung der Zuteilung des erlaubten Kriegsmaterials" an die durch die Friedensverträge gebundenen Mächte in Aussicht gestellt. Auf die bisher verbotenen, von Deutschland neu geforderten Verteidigungswaffen erstreckt sich die Steigerung also nicht. Die Zusicherung, die im Dienst befindlichen Militärluftfahrzeuge um 50 v. H. zu vermindern, die als besonders wertvoll hingestellt wird, ist nach wie vor an die Bedingung einer wirksamen Kontrolle der zivilen Luftfahrt geknüpft, über deren von Frankreich geforderte Ausgestaltung zu voller Internationalisierung in der ersten Lesung keine Einigkeit zu erzielen war. Diese Angebote enthalten also nichts über das Tempo und, abgesehen von dem ausdrücklich noch erwähnten Höchstkaliber von 15 cm, nichts über das Maß der Abschaffung. Ebenso bleibt unbestimmt, ob die Abschaffung durch Zerstörung erfolgen soll. Auch

diese Fragen sind in dem deutschen Fragebogen aufgeworfen, dessen Beantwortung die französische Denkschrift ablehnt.

Bewährungsfrist und Kontrolle.

Jedes französische Angebot der Abschaffung von Kriegsmaterial und Luftrüstung ist aber für Deutschland in erster Linie dadurch entwertet, daß es erst in einer zweiten, nach etwa vier Jahren beginnenden Phase der Konventionsdauer in Kraft treten soll. Zur Begründung hierführ behauptet die französische Regierung, Voraussetzung für eine praktische und gerechte Verwirklichung des Gleichberechtigungsanspruchs auf dem Gebiete des Kriegsmaterials sei die vorherige Angleichung der Personalbestände. Darauf erwidert die deutsche Denkschrift, daß diese Behauptung weder in der Fünf-Mächte-Erklärung vom 11. Dezember 1932 noch in anderen Abmachungen und Tatsachen eine Stütze findet. Sie erklärt es auch für praktisch unmöglich, die Reichswehr in ein Heer mit vermehrtem Personalbestand und verkürzter Dienstzeit umzuwandeln, ohne daß dieses Jahre hindurch mit den erforderlichen Verteidigungswaffen ausgerüstet wird. Ein stichhaltiger Grund für einen solchen, mit der Ehre und Sicherheit Deutschlands unvereinbaren Plan, die Diskriminierung Deutschlands um eine weitere Reihe von Jahren zu verlängern, liegt also nicht vor.

In unlösbarem Zusammenhang mit dieser Frage stehen aber die Erörterungen über die Kontrolle. Die deutsche Denkschrift enthält die eindeutige Erklärung, daß Deutschland bereit ist, sich hinsichtlich aller Bestimmungen der Konvention einer ständigen und automatischen Kontrolle zu unterwerfen. Sie läßt auch keinen Zweifel darüber zu, daß diese sofort eingeführt werden könne. Beide Zusicherungen sind nur an die Voraussetzung voller Parität für alle Staaten geknüpft, die nicht als vorhanden anerkannt werden können, solange in einer ersten Phase die zu kontrollierenden Vorschriften einen grundsätzlich verschiedenen Inhalt haben. In den französischen Denkschriften fehlt eine generelle Erklärung über die Annahme der Parität. Was das Kriegsmaterial betrifft, wird die Kontrolle nur für dessen Fabrikation und Einfuhr zugestanden, während die französische Regierung die deutsche Frage unbeantwortet läßt, ob sie sich auch auf das im Dienst befindliche und lagernde Material beziehen soll.

Die französische Regierung verschiebt also den Streitpunkt mit der Behauptung, daß die deutschen Äußerungen über die Art und den sofortigen Einsatz der Kontrolle unklar seien. Entscheidend ist die in der deutschen Denkschrift gestellte Frage, ob die Zugeständnisse, die Frankreich für die zweite Phase macht, von dem Ergebnis der Kontrolle der ersten vier Jahre abhängig gemacht werden sollen. Die Frage ist berechtigt, weil das der Inhalt des auf

Frankreichs Betreiben gemachten Simon-Vorschlages war; auch spricht das Aide-Mémoire davon, daß die Erprobung der sofort in der ersten Phase einzuführenden Kontrolle die Voraussetzung für eine loyale Durchführung des Abkommens sei. Das Februar-Memorandum geht auch auf diese deutsche Frage nicht ausdrücklich ein, verschärft aber den Gegensatz noch durch einen ausführlich begründeten Angriff auf die Reichswehr, die auf allen Gebieten vertragswidrig aufrüste. „Ehe die Zukunft in Betracht gezogen werde, müsse auch zu ihrer Aufklärung die Gegenwart in Betracht gezogen werden." Die französische Regierung hält also an dem Gedanken der Bewährungsfrist fest, der einer der Gründe war, die Deutschland im Oktober zum Abbruch der Verhandlungen gezwungen haben.

Schlußfolgerungen.

Aus den Januar-Denkschriften ergibt sich hiernach in großen Zügen folgendes Bild. Das Entgegenkommen, mit dem Deutschland im Mai auf eine sofortige Angleichung der Heeresstärken einging, ist nach doppelter Richtung erweitert worden. Die deutsche Regierung gesteht die Kontrolle des nichtmilitärischen Charakters der SA. und der SS. zu und macht für die Dauer der ersten Konvention die Zerstörung der großen Kaliber, der schweren Tanks und Flugzeuge nicht mehr zur Bedingung. Deutschland erhebt die im Hin-

blick auf die hochgerüsteten Nachbarn sehr mäßigen konkreten Forderungen, die Personalstärke über den MacDonald-Plan hinaus auf 300 000 Mann mit zwölfmonatiger Dienstzeit zu erhöhen, ihm schwere bewegliche Landgeschütze bis 15,5 cm, Tanks bis 6 t, Militärflugzeuge zur Landesverteidigung zuzubilligen. Einen Fortschritt bedeutet es, daß England und Italien gegen diese Forderungen den grundsätzlichen Einwand unzulässiger Aufrüstung fallen lassen und sie praktisch in wesentlichen Punkten zubilligen, auch die angebotene Kontrolle der militärischen Verbände für ausreichend erachten, um deren Anrechnung auszuschließen. Lücken des englischen Vermittlungsvorschlages sind, daß der deutsche Anspruch auf Anrechnung der französischen Kolonialtruppen nicht unterstützt wird, die Konventionsdauer auf zehn Jahre verlängert werden soll und für die Parität der Luftrüstung ein Aufschub von zwei Jahren und eine Fristverlängerung auf zehn Jahre vorgeschlagen wird, sowie daß England und Italien die Rückkehr Deutschlands nach Genf zur Bedingung machen. Gleichwohl war nach den Januar-Denkschriften die Aussicht auf erfolgreiche Fortsetzung der vorbereitenden Verhandlungen mit dem Ziele einer deutsch-französischen Verständigung eröffnet. Im Februar-Memorandum hat die französische Regierung sowohl die deutschen Forderungen wie die englisch-italienischen Vermittlungsvorschläge abgelehnt, die vorbereitenden Ver-

ständigungsverhandlungen als nutzlos erklärt und sie glatt abgebrochen. Sie besteht insbesondere auf der Anrechnung der militärischen Verbände und einer vierjährigen Bewährungsfrist und schlägt einen Ton an, der die Gegensätze zu verschärfen geeignet ist.

An deutscher Grenze!

Von Kurt Langner

Es muß immer wieder gesagt werden: Deutschland ist längst an der Grenze dessen angelangt, was einem Volke von seinen Nachbarn an unerfüllbaren Forderungen zugemutet werden kann. Das Ausmaß der materiellen und geistigen Abrüstung, die seit Versailles auf deutschem Gebiete vollzogen wurde, war ebenso gigantisch wie der unersättliche Vernichtungswille derer, die das Hassen nie verlernen konnten. Fünfzehn Jahre lang hatte sich die Welt daran gewöhnt, Deutschland als willenlosen Spielball brutaler Ausbeutungs- und Vernichtungsmethoden zu betrachten. Endlich, im sechzehnten Jahre nach der Unterzeichnung jenes Schmachdiktates, das dem Weltkriege nur in den Schützengräben ein Ende setzte, war die deutsche Nation innerlich frei und stark genug geworden, um der Intransigenz und der weiteren Rechtlosmachung durch die Siegermächte aus dem Weltkriege ein mannhaftes „Nein" entgegenzusetzen. Nachdem sich Deutschland dem einseitigen Machtbereich des Völkerbundes und der Abrüstungskonferenz aus eigener Kraft entzogen hatte, begann das feinere Spiel der Denkschriften, der Konventionsentwürfe und aide mémoirs, das Kulissenspiel der diplomatischen Spiegelfechterei. Verschiedene Gründe, Wünsche, Absichten marschierten auf, aus verschie-

denen Motiven und aus vielen Quellen, doch strömten sie zentripetal alle einem Mittelpunkt zu: Wehrloshaltung Deutschlands.

Vor nunmehr einem Jahr, am 21. März 1933, hat der Deutschen Führer Adolf Hitler vor dem Reichstage erstmalig der Welt gegenüber seinen ernsthaften, aufrichtigen Friedenswillen ausgesprochen. Damals wurden diese Worte von den Nationen jenseits unserer Grenzen skeptisch eben nur als Worte gewertet. Jetzt, nach einem Jahr, das den Worten ehrlich die Tat folgen ließ, das den Versöhnungswillen und die Friedensbereitschaft des deutschen Kanzlers und seines Volkes immer und immer wieder in unzweifelhaftester Form unter Beweis stellte, muß jeder, der nicht bösen Willens ist, klar erkannt haben, daß das deutsche Volk weit entfernt ist von kriegerischem Angriffsgeist und -willen.

Doch das Fehlen dieses Angriffsgeistes bedeutet noch lange nicht die Aufgabe des Verteidigungswillens, bedeutet nicht resignierte Hinnahme eines Zustandes aufgezwungener Wehrlosigkeit. Die Regierung handelt verantwortungslos an ihrem Volke, die nicht alle Kraft aufwendet, es vor feindlichen Eroberungswünschen zu schützen. Das eiserne Verantwortungsbewußtsein der Männer, die das nationalsozialistische Deutschland führen, zeichnet damit die Linie der deutschen Politik.

„Ein dauernder Friede ist nur möglich, wenn die Sicherheit der Grenzen völlig gewährleistet ist“ — so

sagt am 9. April 1931 der damalige Staatspräsident und jetzige Ministerpräsident Frankreichs, Doumerge. Er spricht von Grenzen im allgemeinen, sein Wort gilt also auch für die deutschen Grenzen. Und es könnte lauten: dauernder Frieden ist nur möglich, wenn auch die Sicherheit der deutschen Grenzen völlig gewährleistet ist. Der Anspruch Deutschlands auf Gleichberechtigung, ob bestritten oder unbestritten, ist eine unumstößliche Tatsache, mit der sich auch die außerdeutsche Welt abzufinden hat. Diese Gleichberechtigung aber bedeutet, daß Deutschland auch das gleiche Recht hat, für sich Sicherheit zu fordern wie jedes andere Land. Der Schwerpunkt aller Fragen, die die Sicherheit einer Nation betreffen, liegt naturgemäß an ihren Grenzen. Ein beredteres Bild als alle Memoranden, Noten und Statistiken über das Recht auf Sicherheit gibt daher eine Betrachtung der Grenzlage Deutschlands und der Grenzbefestigungen seiner Nachbarn.

Eine besondere Erkenntnis vermittelt die Betrachtung der französisch-belgischen Grenze zum Deutschen Reich. Die französische Grenze hat ihren natürlichen Schutz gegen Süddeutschland im Oberrhein, durch den Rhein-Rhône-Kanal und durch die Vogesen, die die Rheinebene beherrschen. Durch den geplanten Ill-Rhein-Seitenkanal von Basel bis Straßburg, der bereits bis Kembs in 150 m Breite ausgebaut ist, wird ein zweites Stromhindernis parallel zum Rhein geschaffen. Gegen das Saarland und die Pfalz besitzt

die französische Grenze ihren Schutz in der Rheinebene, den Nordvogesen, dem Saartal, dem Lothringischen Hügelland zwischen Saar und Mosel und im Grubengebiet um Diedenhofen.

Ist schon dieser natürliche Schutz von nicht zu unterschätzender Bedeutung, so sind die künstlichen Befestigungen Frankreichs an seiner Ostgrenze das Gewaltigste und Vollkommenste, das je von Menschenhand zur Grenzverteidigung geschaffen wurde. Die Befestigungsmasse gegen Süddeutschland gliedert sich in vier Zonen. Die erste Zone unmittelbar am linken Rheinufer ist dicht besetzt mit Blockhäusern mit Panzerkuppeln für Beobachter und Frontalfeuer. An den Seiten sind Flankierungsstände für Maschinengewehre zur Längsbestreichung des Strombettes angebracht. Der rechte Flügel der Rheinfront lehnt sich an die Schweiz an, der rechte Flankenschutz ist die Burgunder Pforte, die durch den befestigten Raum um Belfort gedeckt ist. An den Rheinbrücken sind besonders starke, tief gegliederte Befestigungen eingebaut. — Die zweite Zone liegt in der Rheinebene zwischen Rhein und Vogesen. In ihr liegen mehrere starke Befestigungsgruppen, zwischen ihnen zahlreiche Flankierungsanlagen für Maschinengewehre und Geschütze. Das Gelände kann durch Feuer restlos beherrscht werden, die Befestigungen sind tief gegliedert und alle untereinander meist unterirdisch verbunden. Tief unter der Erde befinden sich Kasernen mit allen Bequemlichkeiten.

Vor der Front und zwischen den Befestigungen sind Stacheldraht- und Starkstromhindernisse, Minenfelder und Tankfallen aufgebaut. Sie sind der Hintergrund der furchtbaren „Zone des Todes“, in der die Hauptwirkung aller Waffen liegt. — In den Vogesen ist die dritte Zone gelegen. Die Großfeste Hochwald am Osthang beherrscht die ganze Rheinebene. Die Befestigungen um Bitsch und die dazwischen gelegenen zahlreichen größeren und kleineren Befestigungen beherrschen lückenlos das gesamte Waldgebiet. Alle Straßen und Wege sind mit Minenanlagen versehen und zur Sprengung vorbereitet. Das westlich anschließende Saartal mit Seitentälern bis Saargemünd ist zur Überschwemmung vorbereitet unter Zuhilfenahme der Wasserspeicher um Saarburg. Künstliche Stauweiher und Stauwerke wurden angelegt, alle Straßen und Bahnlinien sind zur Zerstörung vorbereitet. — Die vierte Zone besteht aus der rückwärtigen Festungslinie Belfort—Epinal—Nancy—Toul.

Auch die französische Grenze gegen Saarland und Pfalz weist eine Vierzonengliederung auf. Die erste Zone, unmittelbar an der Grenze, ist von zahlreichen Maschinengewehren und Beobachtungspanzertürmen besetzt, die Straßen und Bahnen sind zur Sprengung vorbereitet. Die zweite Zone in der Linie St. Avold—Diedenhofen—Longwy hat in St. Avold und Buschborn starke unterirdische Festungen, und die Mammutfeste des Hackenberges ostwärts von Diedenhofen

ist eine unterirdische Stadt mit weitverzweigtem Straßen- und Bahnnetz und beherrscht das Gebiet zwischen Nied und Mosel. In den Befestigungen um Diedenhofen wurden die vorhandenen Grubenanlagen ausgenutzt. Die Waldfestung von Kattenhofen mit vielen Batterien, Munitionsräumen, unterirdischen Bahnen, die Befestigungsgruppen um den Kanfener Wald, um Aumetz und ostwärts Longwy bilden die Vervollständigung des Wehrnetzes. Das Zwischenfeld ist durch zahlreiche „Casemates“ gesichert, so daß jedes Gelände voll beherrscht wird. Vor der Front sind Hindernisse ebenso wie in der oberrheinischen Tiefebene aufgestellt. Die dritte Zone umschließt die modernen Festungen Metz, Verdun und den Maasabschnitt. Die vierte Zone, die Argonnen, soll durch die in Angriff genommene Verlängerung der Befestigungszonen entlang der französisch-belgischen Grenze ausgebaut werden. Die Besatzung der Befestigungen ist ständig in einer Stärke vorhanden, die die Besetzung und Verteidigung jederzeit ohne Verstärkung möglich macht. Sie ist in Friedenskasernen innerhalb der Befestigungszonen untergebracht. Außerdem stehen je eine Division im Bereich Mühlhausen, Straßburg, Metz, Besançon, Toul, Nancy, Lunéville. Bei diesen Divisionen befinden sich starke Verbände schwerer und schwerster Artillerie, Kampfwagen und Flieger. Bezeichnend ist, daß für Kosten der Grenzbefestigungen seit 1929 einschließlich der Kosten für Ausbau des strate-

gischen und taktischen Straßen- und Bahnnetzes im Grenzgebiet von Frankreich etwa 1,5 Milliarde Reichsmark ausgegeben wurden.

In ähnlichem Verhältnis zur deutschen Grenze wie die französische befindet sich die belgische. Den natürlichen Schutz der belgischen Grenze gegen das Deutsche Reich bilden die Ardennen, das Hohe Venn, dahinter der Maasabschnitt, zahlreiche Kanäle und kleinere Flußabschnitte. Militärisch ist Belgien durch den Vertrag vom 7. September 1920 an Frankreich gebunden. An künstlichen Befestigungen stehen die belgischen den französischen nicht viel nach. Die Vorstellungen befinden sich im Sperrgebiet der ersten Zone der abgetretenen Kreise Eupen-Malmedy. Die zweite Zone besteht aus den Befestigungen entlang der Grenze in der Linie Arlon, nördlich von Longwy, Stavelot—Hohes Venn—Plateau von Herve. Die starke Befestigungsgruppe um Arlon stellt die Verbindung mit den französischen Grenzbefestigungen um Longwy her. Entlang der luxemburgisch-deutschen Grenze sind zahlreiche stark betonierte Nahkampfstützpunkte mit vielen Flankierungswerken und Blockhäusern aufgestellt, dahinter schwere Batterien mit großer Tiefe. Im Gebiet des Hohen Venn sind Stützpunkte und ausgedehnte Sperranlagen angelegt, das Plateau von Herve ist nach französischem Muster befestigt und eine unterirdische Großfeste. Die dritte Zone ist die Maas-Stellung. Die Festung Lüttich ist mit den modernsten technischen Er-

rungenschaften ausgebaut. Zwischen Lüttich und Maestricht ziehen sich die neuzeitlichen Befestigungsanlagen der Gruppe Eben Emaël hin. Der Maasabschnitt ist auch entlang der belgisch-holländischen Grenze durch Stützpunkte und Batterien befestigt. Die vierte Zone zwischen Maas und Schelde gilt als vorbereitetes Sperrgebiet unter Ausnutzung des im Bau befindlichen König-Albert-Kanals. Seit 1931 sind die belgischen Grenzbefestigungen im Bau, ihr weiterer Ausbau wird mit Nachdruck betrieben und soll etwa 1935 beendet sein. Ihre Besatzung ist nach französischem Muster geplant, die zur Zeit in Arlon liegenden Ardennenjäger sollen als bewegliche Truppe entlang der Grenze verteilt und dazu auf Divisionsstärke gebracht werden. Ferner liegen je eine Division mit schwerer Artillerie, Kampfwagen und Fliegern in Lüttich und Namur. An Kosten für die belgischen Grenzbefestigungen wurden verbraucht und bereits bewilligt zusammen 70 Millionen Reichsmark.

Eine dauernde Bedrohung der Bevölkerung des deutschen Westens bedeutet der ausgedehnte Wirkungsbereich des französisch-belgischen Fernfeuers. In dieser ständigen Gefahrenatmosphäre leben in Baden 2 000 000 Einwohner, in der Pfalz 1 000 000, im Saargebiet 600 000 und im Rheinland 1 500 000, also insgesamt über 5 Millionen deutscher Menschen. Diese Zone umschließt die Großstädte Karlsruhe, Mannheim, Saarbrücken und Aachen. Auch die

Rheinbrücken von Basel bis Mannheim, das Straßen- und Bahnnetz in Baden, Pfalz, Saarland und Rheinland werden meist von französischen Kanonen beherrscht. Diese Tatsachen sind außer von militärischer noch von ungeheurer wirtschaftlicher Bedeutung. Im Wirkungsbereich des französischen Feuers liegen die Kohlengebiete im Saraland mit etwa 8 % und im Aachener Gebiet mit etwa 3 % des deutschen Kohlenbestandes. Das Ruhrgebiet mit 65 % des deutschen Kohlenbestandes ist ohne jeden Schutz dem französischen Zugriff ausgesetzt. Von der deutschen Eisenindustrie liegen im französischen Artillerie-Wirkungsbereich und völlig ungeschützt im Saargebiet etwa 12 %, im Rheinland etwa 8 % und im Ruhrgebiet etwa 65 %.

Ein Vergleich der Gesamtausgaben für Grenzbefestigungen Deutschlands mit denen seiner Nachbarn gibt eine erschreckende Illustration der Kräfteverteilung. Deutschland hat seit 1929 für Grenzbefestigungen 15 Millionen Reichsmark aufgewendet, also bei einer Landgrenzlänge von rund 600 km etwa 2500 Reichsmark für den Kilometer. Frankreich hat in der gleichen Zeit je Kilometer Landgrenze etwa 250 000 Reichsmark, also das Hundertfache der deutschen Ausgaben, angewendet.

So sieht die Lage der westlichen Grenzen Deutschlands und der ihm benachbarten Nationen aus zu einer Zeit, in der dem deutschen Volke das elementarste Recht, das Recht auf Sicherung seines Lebens

und seines Bodens, unter den nichtigsten Vorwänden, in demütigender Entrechtung und hohnvoller Nichtachtung jeder Gerechtigkeit immer wieder verweigert werden soll! Wer diese grausame Sprache nicht versteht, dem ist nicht zu helfen. Ihr eherner Ruf gilt nicht nur dem deutschen Volksgenossen, er sollte dröhnenden Widerhall finden in allen europäischen Landen. Es gibt keine größere Versuchung für Kriegslüsternheit als ungeschützte Nachbargrenzen. Die Versetzung der deutschen Landesgrenzen in einen Verteidigungswehrzustand, der der Größe des Deutschen Reiches und der Zahl seiner Bevölkerung würdig ist, — das ist erster Dienst am europäischen Frieden.

Polen und wir

Das deutsch-polnische Verständigungsabkommen

Weg und Wille zum wahren Frieden

Von Kurt Langner

Man kann nicht behaupten, daß seit Beendigung des Weltkrieges zu wenig über den Frieden gesprochen worden sei. Viele Reden sind gehalten worden, viel, sehr viel Papier wurde bedruckt um dieses Themas willen. Eine gigantische Phraseologie wurde in Bewegung gesetzt, üppig schossen die utopischsten Theorien ins Kraut — und was war der praktische Erfolg? Die beste Antwort darauf sind die Produktionsziffern der außerdeutschen Rüstungsindustrie. Manche der Siegermächte aus dem Weltkriege geben ihre Meinung dahingehend kund, daß Kanonen die beste Garantie für den Frieden seien — und glauben selbst nicht daran.

Die erste praktische Nutzanwendung aus dem Gedankengut aufrichtigen Friedenswillens schien der Welt beschert zu sein, als im Jahre 1928 der amerikanische Staatssekretär Kellogg seine Vorschläge für eine Stabilisierung des Völkerfriedens bekanntgab, die im nach ihm benannten Pakt von Paris am 27. August 1928 ihren Niederschlag fanden. Der Kelloggpakt wurde zur Verpflichtung aller Kulturstaaten, nationale Politik nur in friedlicher Regelung aller Streitigkeiten unter Verzicht auf kriegerische Maß-

nahmen zu betreiben. Ob der Wille zur Einhaltung solcher Grundsätze immer und überall bei den Unterzeichnern des Paktes vorhanden gewesen ist, sei nicht näher untersucht. Sicher aber ist, daß die politische Vorstellungswelt im Jahre 1928 bei allen Nationen den Friedensgedanken nicht trennen konnte von den Begriffen parlamentsartiger Einrichtungen und einengender Paragraphentums.

Als vor nunmehr einem Jahre Adolf Hitler die Macht in Deutschland, dem Herzen Europas, übernahm, kam diesem historischen Ereignis nicht nur die Bedeutung eines äußeren Umschwunges zu, sondern weit darüber hinaus führte es zu der grundlegenden Revolutionierung der Weltanschauung eines 65-Millionen-Volkes. Der Nationalsozialismus blieb eine rein innerdeutsche Angelegenheit, wie es im Sinne des Führers der Bewegung lag. Die weltanschauliche Renaissance des deutschen Volkes aber strahlte seine Stärke und Vehemenz auch über die Grenzen hinaus und gewinnt ohne bewußte Absicht Boden im Staatsleben mancher Nationen, die in Demokratie, Liberalismus und Marxismus fest verankert zu sein glauben.

Staats- und völkergeschichtliche Entwicklungen brauchen oft eine recht lange Reifezeit. Der deutsche Reichskanzler Adolf Hitler hat während seiner jetzt einjährigen Amtstätigkeit mehrfach seinen und damit des ganzen deutschen Volkes aufrichtigen Friedenswillen klar und eindeutig zum Gehör der Welt ge-

bracht. Das Deutschland nicht freundlich gesinnte Ausland war leider nur zu oft geneigt, auch diese ehrlichen Worte zum Alteisen des sattsam bekannten Friedensphrasentums zu legen. Daß es damit unrecht hatte, dafür erhielt es jetzt den Beweis durch das Verständigungsabkommen zwischen Deutschland und Polen, welches am 26. Januar 1934 in Berlin unterzeichnet wurde.

Mit diesem Abkommen werden erstmalig die Grundsätze des Kelloggpaktes aus ideologischer Theorie zu praktischer Nutzanwendung in der Politik erweckt. Die Abmachungen besagen, daß Deutschland und Polen ihre gegenseitigen Beziehungen auf die im Kelloggpakt enthaltenen Grundsätze stützen, wobei jedoch die Anwendung dieser Grundsätze genauer bestimmt wird, soweit sie zu dem Verhältnis zwischen den beiden Ländern Beziehung haben. Mit diesem Abkommen wird ein Fundament der praktischen Verständigung von Völkern untereinander unter Ausschaltung überalterter und daher von vornherein zur Fruchtlosigkeit verurteilter Organisationsprinzipien geschaffen, das nicht nur für die beiden unmittelbar daran beteiligten Staatskörper, sondern für das gesamte internationale Lebensbild von weittragender Bedeutung werden dürfte.

Wenn in dem Verständigungsabkommen territoriale Fragen nicht erörtert werden, so erklärt sich das daraus, daß die materiellen Gesichtspunkte der geistigen Friedensbereitschaft untergeordnet werden. Das

Abkommen bietet etwas grundlegend Neues: Freundschafts- und Nichtangriffspakte, gegenseitige Garantieverträge und dergleichen wurden von verschiedenen Partnern zu verschiedenen Zeiten abgeschlossen: sie gingen stets davon aus, daß vorhandene Gegensätze als unabänderlich hingenommen wurden, und aus diesem Gesichtspunkt heraus versuchte jeder Kontrahent, diese Gegensätze seinem eigenen Vorteil dienstbar zu machen, sie je nach Bedarf zu verschärfen und auszubeuten. Die Folge davon war die latente Gefahr absoluter Nutzlosigkeit solcher Verträge im Ernstfalle. Das deutsch-polnische Verständigungsabkommen findet — und das ist das prinzipiell Neuartige — seine Perspektiven in der weltanschaulichen Umformung. Als bekannt wird vorausgesetzt, daß Reibungsmomente und Interessengegensätze vorhanden sind. Doch sie gelten nicht mehr als unabänderlich und unüberwindlich in dem Augenblick, da auf beiden Seiten ein ehrlicher Verständigungs- und Versöhnungswille sichergestellt ist. Damit wird eine dauerhafte Friedensgarantie geschaffen, die nunmehr eine positive Möglichkeit bietet, Probleme politischer, wirtschaftlicher und kultureller Art zwischen beiden Völkern zu lösen auf der Grundlage eines billigen und gerechten Ausgleichs der Interessen.

Und noch etwas Neues: Abkommen zwischen zwei Nationen pflegten bisher Garantien und Allianzen einzuschließen, die sich offen oder versteckt gegen einen Dritten richteten, so daß derartige „Verständi-

gungsverträge" nicht selten zu einer Disqualifizierung oder gar zu ständiger Bedrohung von nicht in den Vertrag einbezogenen Staaten ausarteten. Durch solche Verfälschung eines wirklichen Friedenswillens wurden viele Pakte in das Gegenteil ihrer ursprünglichen Motive verkehrt und damit wertlos. Das deutsch-polnische Abkommen jedoch zeigt die Quintessenz einer deutschen Politik der friedlichen nationalen Selbstbehauptung, ohne Nebenzwecke und ohne Hintergedanken.

Daß das Berliner Abkommen nur der Verständigung zwischen Deutschland und Polen gilt, ohne die Interessensphären anderer Nationen zu berühren oder gar zu schädigen, lassen die Pressekommentare des nicht direkt beteiligten Auslandes erkennen. Das gewiß wachsame Frankreich gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß das ihm befreundete und verbündete Polen seinen Beitrag zum großen Friedenswerk liefere und seine Stellung durch neue Sicherheiten festige. Es kann dabei nicht ganz vorübergehen an dem deutschen Initiativanteil. Die englischen Zeitungen sehen in dem Abkommen ein Ereignis von allergrößter Bedeutung, das die Gefahr eines Konfliktes an dem gefährlichsten Punkte Europas beseitige. Italien ist freudig überrascht und stellt fest, daß durch diesen Pakt die Friedenserklärungen Adolf Hitlers unter Beweis gestellt seien und es deshalb niemand mehr erlaubt sein könne, dem Friedens-

willen des deutschen Reichskanzlers mit Mißtrauen zu begegnen.

Von besonderem Interesse ist das deutsch-polnische Verständigungsabkommen naturgemäß für diejenigen östlichen Staaten, die in ähnlicher Beziehung zu Deutschland zu stehen glauben wie Polen. Da ist es vor allem die Tschechoslowakei, die die deutsch-polnische Annäherung auf das Gleis von verunglückten Ostlocarno-Bestrebungen zu schieben wünscht. Zu einem sogenannten Ostlocarno, so erklärt ein Prager Blatt, gehöre aber die Einbeziehung der Tschechoslowakei, die bereits seit acht Jahren an diesen Bestrebungen beteiligt sei. Die Völkerbundsstaaten, so sagt diese Zeitung, vor allem Frankreich und die ihm verbündeten Mächte, müßten vorerst eine Möglichkeit finden, den deutsch-polnischen Vertrag in das allgemeine europäische System einzufügen. Ein leises Gekränktsein klingt dabei durch, daß hier eine wirkliche Tat für den Frieden vollbracht wurde ohne Beihilfe und Zustimmung des Experten für Friedenstraktätchen, des tschechischen Außenministers Dr. Benesch. Es wurde dabei vollkommen verkannt, daß heutige Zeitprobleme nicht mehr mit den Methoden längst überholter Völkerbundsprinzipien gelöst werden können.

Wie immer in der Geschichte, so wird sich auch diesmal das Gute durchsetzen, wenn seine Zeit gekommen ist. Das Deutschland Adolf Hitlers hat, das ist unbestritten, mit seinem Verständigungsabkom-

men mit Polen außenpolitisch eine bedeutsame Schlacht gewonnen mit den friedlichen Mitteln des ehrlichen Willens und der aufrichtigen Versöhnungsbereitschaft. Auf dieser klaren, eindeutigen Linie bewegt sich die deutsche Politik der Zukunft, die der Staatsmann Adolf Hitler bestimmt. Mit der Unterschrift dieses Abkommens, in aller Stille vorbereitet und ohne laute Worte vollzogen, wurde mehr erreicht und für den Weltfrieden produktiv mehr getan, als es einer Unzahl von Völkerbundssitzungen und Abrüstungskonferenzen je möglich gewesen ist.

Das sollte den Rüstungsfanatikern jenseits deutscher Grenzen zu denken geben.

Der deutsch-polnische Ausgleich

Von E. Frhr. v. Reibnitz

„Wo ein Wille ist, da ist ein Weg."

Nachdem durch das Friedensdiktat und seine Nachwirkungen die deutsch-polnischen Verhältnisse so verfahren wie nur irgend möglich gestaltet worden sind, war die Aussicht auf eine vernünftige Lösung dieses Problemes auf einen sehr geringen Grad gesunken. Nach den grundlegenden Erfolgen der nationalsozialistischen Politik im Inneren ist aber die Zuversicht erstanden, daß es auch gelingen werde, die europäische Politik aus dem Labyrinth der Verwicklungen allmählich herauszuführen und sogar den Weg zum deutsch-polnischen Ausgleich frei zu machen.

Die Besprechungen, die der Kanzler bald nach seinem Regierungsantritt mit dem damaligen polnischen Botschafter und vor kurzem mit dessen neuernannten Nachfolger hatte, bilden die ersten Etappe hierzu.

Die praktische Durchführung dieser so überaus schwierigen Angelegenheit muß aber durch einen Prozeß seelischer Umstellung begleitet werden. In beiden Völkern muß man von einem ganz anderen Boden ausgehen als bisher, von einem anderen Stimmungszustand als dem nach Kriegsende künstlich geschaffenen, politisch gefährlichen und wirtschaft-

lich ruinierenden Reizzustand und sich der naturgegebenen engen Verbundenheit beider Völker bewußt werden.

Durch Schicksalsfügung sind wir wie keine anderen Nachbarvölker gitterartig ineinander verwoben. In langen Geschichtsperioden gehen die Wanderungen zwischen Düna und Elbe hin und her, nur selten durch harte Kämpfe unterbrochen, oft aber in jahrhundertelanger friedlicher Lebensgemeinschaft. Große Teile des einen Volkes sind in das andere übergegangen, und es gibt kaum zwei Völker, die sich rassemäßig soweit vermischt haben.

Immer blieben bei den Abwanderungen große Teile der fortziehenden Stämme zurück und gingen in den nachfolgenden auf. Das Schicksal hat uns eine Zwangsehe auferlegt, und wenn bei einer solchen auch keine große Liebe erforderlich ist, so kommt es doch nach heftigem Streit oft zu vernünftigem Ausgleich und zu einem beide Teile befriedigenden Zustand.

So könnte auch durch die Liquidierung des durch den Versailler Frieden künstlich herbeigeführten Kampfzustandes zwischen Deutschland und Polen die Bildung einer nachbarlichen Interessengemeinschaft herbeigeführt werden, welche die politische und wirtschaftliche Grundlage zu einer heute kaum denkbaren Blüteperiode für beide Völker werden kann.

Vergessen wir einmal die Zeit seit 1918 und

denken wir zurück an die Zeiten der Verbundenheit beider Völker vor und während des Krieges. In den beiden Kriegen, die zur Begründung des Deutschen Reiches führten, in den Jahren 1866 und 1870/71, haben Hunderttausende polnischer Soldaten unter deutscher Fahne gefochten, und zwar mit einer Tapferkeit und Treue, die jeder, der sie befehligte, empfunden und anerkannt hat, und während des Weltkrieges sind über 400 000 deutsche Soldaten im Kampfe gegen die Zarenherrschaft auf polnischem Boden gefallen und haben den Weg für die Unabhängigkeit Polens frei gemacht.

Wenn wir weiter in die Geschichte zurückblicken, sehen wir, wie zweimal deutsche und polnische Streiter die Christenheit und die europäische Kultur vor asiatischem Einbruch bewahrt haben. Im dreizehnten Jahrhundert, als die Mongolen nach Rußlands Unterwerfung Westeuropa bedrohten und im siebzehnten Jahrhundert, als dem Vormarsch der Türken vor Wien Halt geboten wurde.

Jetzt steht das deutsche und polnische Volk abermals vor einer gemeinsamen Schicksalsaufgabe zum Schutz der europäischen Kultur und des Christentums. — Wir haben ein Bollwerk zu bilden, an dem der Bolschewismus zerschellen soll. Für diese Kultur und Gottesglauben zerstörende Bewegung ist aber der Boden in gefährlicher Weise vorbereitet worden durch die wirtschaftliche Erkrankung, unter der das deutsche und das polnische Volk ganz besonders

stark zu leiden haben. — Gerade diese beiden Völker aber haben ihre Schwierigkeiten noch um einen hohen Grad durch überflüssige Reibungen und Wirtschaftskämpfe untereinander verschärft, während sie durch weitsichtigen Ausgleich unendlich viel Elend beseitigen und die bolschewistische Gefahr verringern konnten.

Man hat im polnischen Volk keine Vorstellung davon gehabt, wie nahe es davorstand, zwischen zwei bolschewistischen Staaten eingekeilt zu werden und damit nach kurzer Zeit ebenfalls dem Bolschewismus zu verfallen.

Auch in Deutschland selbst ahnte man im Volke nicht die Nähe und Größe der Gefahr. Man wußte nicht, bis zu welchem Grade der Boden schon unterminiert, wie umfassend die Organisationen vorbereitet und bis zu welchem Grade die marxistischen Elemente der damals herrschenden sozialdemokratischen Partei bereit waren, den Umsturz mitzumachen und durch Einschaltung staatlicher Machtmittel zu fördern.

Hätte nicht im letzten Augenblick die nationalsozialistische Partei die Regierungsmacht übernommen und mit durchgreifender Energie die kommunistische Bewegung unterdrückt, dann wäre nicht abzusehen gewesen, wie weit ein zur Macht gelangter deutscher Kommunismus auf andere Völker, in erster Linie auf das am meisten gefährdete Polen, übergegriffen hätte. So entsteht auch aus dieser dauernd

die Völker bedrohenden Gefahr und der Notwendigkeit ihrer Bekämpfung eine Schicksalsverbundenheit Polens und Deutschlands, der gegenüber kleinliche Grenz- und Sprachkonflikte zu lächerlichen Geringfügigkeiten zusammenschrumpfen.

Das sicherste Mittel, die Ausbreitung des Bolschewismus zu verhindern, ist, ihm den Elendsboden zu entziehen, und zwar in erster Linie durch einen großzügigen deutsch-polnischen Wirtschaftsausgleich. Hierbei muß von der Erkenntnis ausgegangen werden, daß der Nachteil des einen nicht den Vorteil des anderen bedeutet, sondern umgekehrt, je besser es dem einen Volke geht, um so mehr kann es dem anderen bieten.

Ebenso wie Deutschland das größte Interesse daran hat, daß es dem polnischen Volk so gut wie irgend möglich gehe, damit es der deutschen Industrie in steigendem Maße ihre Erzeugnisse abnehmen kann, so liegt es auch im polnischen Interesse, daß die durch Kriegsfolgen und Reparationen geschwächte Kaufkraft und Konsumkraft Deutschlands wieder normal werde, damit es aufnahmefähiger für die Erzeugnisse der polnischen Wirtschaft wird.

Doch eine solche fruchtbare Entwicklung der sich ergänzenden Wirtschaftsmöglichkeiten beider Länder wird auch die politische Entspannung wesentlich erleichtert werden. Dies ist um so wichtiger, weil die allgemeine Vertrauenskrisis, die eine wesentliche Ursache der Weltwirtschaftskrisis ist, zum großen Teil

durch die Reizzustände hervorgerufen und erhalten wurde, die aus dem nichtkonsolidierten deutsch-polnischen Verhältnis entstanden. So lastet auf beiden Völkern ein großer Teil der Verantwortung für das künftige Gedeihen Europas und für die Konsolidierung der Weltwirtschaft.

Diese Aufgabe wäre zu erfüllen, ohne daß von beiden Völkern große Opfer gebracht werden müssen, sondern im Gegenteil, durch Maßnahmen, die für beide Teile von erheblichem wirtschaftlichen Nutzen sind. Vor allem durch Ausschaltung aller kriegerischen Perspektiven, lediglich durch friedliche Förderung des wirtschaftlichen Wohlergehens beider Staaten.

Die Nachwirkungen des Weltkrieges haben gezeigt, daß eine Geschichtsperiode abgeschlossen ist, in der man glaubte, durch Niederlagen und Schädigung der Nachbarn reicher zu werden. Wir sehen jetzt mit Erstaunen, daß selbst so gut fundamentierte Staaten, wie England und Nordamerika, trotzdem sie Sieger waren, durch Konfiskationen und Reparationen auf Kosten der Besiegten nicht an Wohlstand gewonnen haben, sondern im Gegenteil durch die Störung der wirtschaftlichen Harmonie in schwere Wirtschaftskatastrophen geraten sind.

Die Rivalität um Macht und Vorherrschaft verführte die Staatsleiter in der vergangenen Epoche häufig zu Kriegen zur Erlangung einer relativen

Machtposition, die aber oft nur um den Preis absoluten Wohlergehens errungen werden konnte.

Das Diktat von Versailles mit seinen zerstörenden Wirkungen war noch einmal eine durch die Kriegspsychose hochgesteigerte krasse Auswirkung dieser alten, durch die gegenwärtige Krisis so hart ad absurdum geführten Geschichts- und Wirtschaftsauffassung. Mehr und mehr aber setzt sich jetzt allgemein die Erkenntnis durch, daß eine Gesundung der Welt nur erfolgen kann, wenn jener zerstörende Irrtum korrigiert wird.

Durch die Friedensgestaltung von Versailles ist das polnische Volk auf einen verhängnisvollen Weg gedrängt worden, auf den der imperialistischen Expansion nach Westen, wodurch ein dauernder Gegensatz zwischen Polen und Deutschland geschaffen werden sollte, aber gleichzeitig ein gefestigter Friedenszustand in Europa und die Wiederkehr gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse, behindert wurde.

Der europäische Kulturprozeß aber geht von West nach Ost, nicht umgekehrt. Durch Meere eng begrenzt leben die alten Kulturvölker Europas auf beschränktem Raum in dauernder Gefahr, durch Gebietskonflikte in kriegerischen Gegensatz zu geraten. Dagegen weiten sich die Gebiete im Osten zu ungeheurer Größe mit einer dünnen Bevölkerung, die nicht in der Lage ist, die reichen Bodenwerte der Länder genügend nutzbar zu machen und aufzunehmen. Diese geopolitische Tatsache zeigt den natur-

gegebenen Weg für die europäische Ostpolitik, die keine Kriegspolitik, sondern Kulturpolitik sein muß.

Auch für Polen wird die Erkenntnis kommen, daß seine Aufgabe nicht in westlichen Eroberungen liegt, nicht in der Zerstörung deutscher Kulturen, sondern in kolonisatorisch aufbauender Tätigkeit nach Osten in Parallelstellung und Interessengemeinschaft mit dem deutschen Volke.

So weisen Geschichte und Gegenwart, Wirtschaftszwang und Ländergestaltung den Weg in die Zukunft.

Noch sind alle Möglichkeiten offen. Zwar ist von Zeit zu Zeit eine Verschärfung in der politischen Stimmung und Verstimmung eingetreten, aber in einem so gewaltigen Prozeß, der seine Wurzeln in der vieltausendjährigen Geschichtswerdung hat, und seine letzten Blüten und Früchte in ebenso ferner Zeit ausreifen wird, in einer solchen Entwicklung gibt es keine geraden Linien, sondern einen steten Wechsel von Auf und Nieder. Es kommt nur darauf an, daß die Perioden des Aufstiegs länger und steiler sind als die immer zeitweise eintretenden Rückschläge und daß diese Unterbrechungen nicht zum Zerbrechen ausarten.

Bei einem deutsch-polnischen Ausgleich kann ein Faktor nicht unberücksichtigt bleiben, der für jedes der beiden Länder von großer, wenn auch verschiedenartiger Bedeutung ist, der Faktor Frankreich.

Frankreich war bei der Konstruktion des Ver-

sailler Friedens in erster Linie von dem Gedanken beherrscht, daß die Vorbedingungen für einen Revanchekrieg Deutschlands, den es nach der eigenen Mentalität für selbstverständlich hielt, von vornherein so aussichtslos wie möglich gestaltet werden sollten, vor allem dadurch, daß neue Bundesgenossen gegen Deutschland im Osten und Süden des Reiches erstanden. Infolgedessen war auch der politische und agitatorische Einfluß Frankreichs darauf gerichtet, die Volksstimmung bei Polen und Tschechen in einem dauernden Gegensatz zu Deutschland zu erhalten.

Nun beruht aber die Voraussetzung für diesen Zweck der künstlichen Verfeindung auf einem grundlegenden Irrtum. Der sogenannte Revanchekrieg ist eine Fiktion, die im deutschen Volk niemals einen Boden hatte, nicht einmal in den leidenschaftlich national fundierten Organisationen der vaterländischen Verbände, des Stahlhelms und der nationalsozialistischen Partei.

Aus der ganzen Periode der Nachkriegszeit liegen zahlreiche Dokumentierungen der führenden Elemente aus diesen Kreisen vor, die mit Leidenschaft diese verhängnisvolle Irrauffassung bekämpfen. Zwei Interessengruppen aber waren es, die mit allen Mitteln das Bekanntwerden dieser Einstellung verhinderten oder ins Gegenteil umkehrten. Auf der einen Seite war es vor allem die Interessengruppe der französischen Rüstungsindustrie, die ganz naturgemäß

den Gedanken einer deutschen Gefahr wachzuhalten versuchte. Ihr patriotisches Empfinden deckte sich mit ihren geschäftlichen Interessen, und das Ergebnis waren die gewaltigen Waffenlieferungen nicht nur für Frankreich, sondern auch für Polen und die Tschechoslowakei. Es ist verständlich, daß auch von dieser Gruppe, die auf ihr großes Aktienkapital seit Jahren 20 % Dividende zahlt, der mächtige Einfluß ausgeht, durch den alle Abrüstungsbestrebungen immer wieder verhindert werden.

Wenn eine derartige Einstellung, mit der diese Gruppe ihrem Lande politisch und wirtschaftlich am besten zu dienen glaubt, auch begreiflich ist, so muß man die Handlungsweise der anderen Elemente, die leider in Deutschland selbst zu suchen waren, als direkt verbrecherisch bezeichnen. Führende Kreise der vergangenen marxistischen Regierung haben, um gegenüber der gewaltig heranwachsenden nationalsozialistischen Bewegung in Macht und Position zu bleiben, sich nicht gescheut, dem friedlich tendierten deutschen Volk und dem besorgten Ausland den Glauben zu suggerieren, daß die Elemente der nationalen Opposition von Revanchewillen erfüllt seien und eine Regierungsübernahme durch sie eine schwere Kriegsgefahr bedeute.

Nur dieser perfiden Agitation, die vor keinem Mittel zurückschreckte, war es zuzuschreiben, daß die nationalsozialistische Bewegung sich nicht noch

schneller und umfangreicher entwickelte und das Ausland ein gänzlich falsches Bild über sie erhielt. Nachdem aber seit der Regierungsübernahme durch die nationalsozialistische Partei, insbesondere durch die Reden des Kanzlers, in unwiderleglichster Weise zum Ausdruck gekommen ist, wie stark und tief begründet bei der neuen Regierung der Wille zum Frieden und kulturellen Aufbau ist, hat sich nun auch am 12. November bei der Wahl vor aller Welt klar erwiesen, daß der Wille des ganzen deutschen Volkes sich mit dieser friedlichen, kulturpolitischen Einstellung deckt.

Mit dieser Dokumentierung ist der Fiktion vom deutschen Revanchewillen der Boden restlos entzogen, und das polnische Volk wird bei aller Bündnistreue gegenüber Frankreich von dem Gedanken befreit, diesem jemals bei einem Revanchekriege Deutschlands sekundieren zu müssen.

Auch diese Erkenntnis wird wesentlich dazu beitragen, das große Werk eines deutsch-polnischen Ausgleichs zu segensreichem Ende zu führen.

Die geeignete Form des Ausgleiches zu finden, ist unsagbar schwer und erfordert Zeit und beiderseitigen guten Willen. Aber auch die Form wird gefunden werden unter der Verantwortung gegenüber den eigenen Völkern, dem Frieden der Welt und gegenüber dem durch den Bolschewismus bedrohten Christentum.

Aus des Kanzlers Worten tritt uns die Zuversicht entgegen, daß, wenn beide Völker aus dem kategorischen Imperativ den ernsten Willen zum Handeln gewinnen, auch der Weg zu dem großen Ziele gefunden wird.

Schlußwort

Das Ende von Genf

Von Major a. D. Hans Weberstedt

Der Grabgesang für die Genfer Abrüstungskonferenz ist verklungen.

„Abgesang in Genf“ — „Kehraus in Genf“ — „Unüberbrückbare Gegensätze“ — „Von den Abrüstungsvorschlägen nichts mehr übriggeblieben“ — „Frankreichs Nein“ — „Auflösung der Abrüstungskonferenz vollzogen“ — „Das Ende“. Wer zählt all die Überschriften, die die Tagespresse aller Nationen anläßlich des Endes der Abrüstungskonferenz in schweren Schlagzeilen zierte? Unzählig waren sie, vom schwersten Kaliber bis zu leisen Flötentönen. Wir Deutschen aber wollen noch einmal Tatsachen sprechen lassen. Über 30 Monate hat man uns in Genf als Nation dritten Ranges behandelt. Über 30 Monate lang hat Frankreich geglaubt, mit uns umspringen zu können, wie mit Heloten und Unterwürfigen, als welche wir uns allerdings seit dem November 1918 gebärdeten. Daß diese Zeit deutscher Unehre endgültig vorüber ist, das ist es eben, was die in den Ketten geldhungriger Industriekönige schmachtenden herrschenden Schichten Frankreichs mit Blindheit geschlagen hat, während das französische Volk, insonderheit die Frontkämpferbünde, sich noch Vernunft genug bewahrt haben und mitnichten einer deutsch-französischen Verständigung abgeneigt sind.

Dazu kommt die Haltung Italiens und Englands den maßlosen Forderungen und Bedingungen Frankreichs gegenüber, denen sich kein Staat der Erde mehr, dem der Friede über alles geht, beugen kann und will und wird.

Genf ist zu Grabe getragen worden. Sein Totengräber ist die überall in der Welt erwachende Vernunft. Sie ist durch das nationalsozialistische Vorbild in Deutschland geweckt worden und durch des deutschen Volkes Kanzler Adolf Hitler.

Lassen wir Deutschlands Führer sprechen:

Adolf Hitler führte am 30. Januar 1934 vor dem Deutschen Reichstag über die Grundsätze der nationalsozialistischen Außenpolitik u. a. folgendes aus:

„Als ich am 30. Januar von dem Herrn Reichspräsidenten mit der Führung der neuen Regierung betraut wurde, bewegte mich und mit mir nicht nur die Mitglieder des Kabinetts, sondern das ganze deutsche Volk das einzig brennendheiße Gebet, der allmächtige Gott möge es uns geben, dem deutschen Volke die Ehre und Gleichberechtigung vor der Welt wieder zurückzuerringen. Als aufrichtige Anhänger einer wirklichen Politik der Versöhnung glaubten wir dadurch am besten beitragen zu können zu einem wahrhaften Frieden der Völker. Diese Gedanken haben wir zum Prinzip unseres ganzen außenpolitischen Handelns gemacht.

Das neue Deutsche Reich trat grundsätzlich allen Völkern und Staaten gegenüber, beseelt nur von dem

einen Wunsch, in Frieden und Freundschaft mit ihnen zu leben. Wir waren überzeugt, daß es auf dieser Welt wieder möglich werden muß, über Differenzen im Völkerleben zu sprechen, ohne immer sofort an die Gewalt zu denken. Es ist eines der schlimmsten Ergebnisse des Vertrags von Versailles, durch die Verewigung des Begriffes von Siegern und Besiegten zwangsläufig auch die Gefahr einer Verewigung des Gedankens herbeigeführt zu haben, daß Meinungdifferenzen und Interessengegensätze im Völkerleben vom schwächstenTeil entweder überhaupt nicht geäußert werden dürften oder vom stärkeren mit der Gewalt der Waffe zu beantworten seien. Der Gedanke, auf dem Wege vertraglich zu duldender Sanktionen den einen erst einmal rechtlos Gemachten immer neues Unrecht zufügen zu können, kann für die Moral des Zusammenlebens der Völker nur zu grauenhaften Verwüstungen führen. Denn erfahrungsgemäß pflegt die demütigende Unterwürfigkeit der Besiegten immer weniger die Sieger zu besänftigen, als vielmehr zu stets neuen Übergriffen zu reizen.

14 Jahre lang hat das deutsche Volk auf dem Wege einer wahrhaft selbstmörderischen Erfüllungspolitik versucht, unversöhnliche Feinde zu versöhnen und zur Aufrichtung einer neuen europäischen Staatengemeinschaft seinen Teil beizutragen. Die Ergebnisse waren tieftraurige. Der Hinweis auf die eingetretenen Milderungen in der Reparationspolitik beweist nicht das Gegenteil. Denn erst nach dem Ruin

nicht nur der deutschen Wirtschaft, sondern in einem hohen Umfange auch der Weltwirtschaft entschloß man sich, vertraglich ein Verfahren zu beenden, das sachlich mangels einer in Deutschland noch irgendwie vorhandenen Substanz ohnehin schon seine Beendigung und Erledigung gefunden hatte.

Indem die neue deutsche Regierung entschlossen war, den Kampf für die deutsche Gleichberechtigung auch auf dem politischen Gebiete aufzunehmen, war sie überzeugt, damit erst recht einen Beitrag zur Gesundung der weltwirtschaftlichen Beziehungen zu liefern. Denn ohne vollständige Entgiftung der politischen Beziehungen der Völker zueinander und damit der politischen Atmosphäre überhaupt kann es auch wirtschaftlich zu keiner vertrauensvollen Zusammenarbeit kommen.

Diese aber wird nötig sein, wenn man in den kommenden Jahren ernstlich darangehen will, die großen Probleme zu meistern, die sich aus den Verlagerungen und Veränderungen der Absatzmärkte der Welt einerseits und dem gleichgebliebenen Exportzwang bestimmter Nationen andererseits ergeben.

Grundsätzlich geht die deutsche Regierung von dem Gedanken aus, daß es für die Gestaltung unserer Beziehungen zu anderen Ländern selbstverständlich belanglos ist, welcher Art die Verfassung und Regierungsform sein mag, die die Völker sich zu geben belieben. Es ist dies eines jeden Volkes ureigenste Angelegenheit, sein inneres Leben zu be-

stimmen nach seinem eigenen Ermessen. Es ist daher aber auch die eigenste Angelegenheit des deutschen Volkes, den geistigen Gehalt und die konstruktive Form seiner Staatsorganisation und Staatsführung nach eigener Empfindung zu wählen. Wir haben noch viele Monate hindurch schmerzlich feststellen müssen, daß die Differenz, die sich zwischen unserer Weltauffassung und der anderer Völker zeigt, zum Anlaß genommen wurde, das deutsche Volk und das Deutsche Reich nicht nur mit zahlreichen ungerechtfertigten Vorwürfen zu überschütten, sondern ihm auch mit einem durch nichts begründeten Mißtrauen zu begegnen.

Freundschaftliche Beziehungen zu Rußland.

Wir haben uns diese Auffassungen nicht zu eigen gemacht. Es war in den vergangenen Monaten unser aufrichtiges Bestreben, die Beziehungen des Deutschen Reiches zu allen übrigen Staaten im Geiste der Versöhnlichkeit und der Verständigungsbereitschaft zu pflegen auch dann, wenn zwischen den Staatsauffassungen dieser Länder und uns große, ja unüberbrückbare Unterschiede bestehen. Sowohl den Staaten demokratischer Fassung, wie auch den Staaten antidemokratischer Tendenz gegenüber beherrschte uns die gleiche Absicht, Mittel und Wege zu finden zum Ausgleich der Gegensätze und zur internationalen Zusammenarbeit. Nur so war es selbstver-

ständlich und möglich, daß trotz der großen Differenz der beiden herrschenden Weltanschauungen das Deutsche Reich sich in diesem Jahre bemühte, seine freundschaftlichen Beziehungen Rußland gegenüber weiter zu pflegen. Wenn Herr Stalin in seiner letzten großen Rede der Befürchtung Ausdruck gab, in Deutschland möchten sowjetfeindliche Kräfte tätig sein, so muß ich an dieser Stelle diese Meinung dahin korrigieren, daß genau so wenig in Rußland eine deutsche nationalsozialistische Tendenz geduldet würde, Deutschland eine kommunistische Tendenz oder gar Propaganda dulden wird! Je klarer und eindeutiger diese Tatsache in Erscheinung tritt und von beiden Staaten respektiert wird, um so natürlicher kann die Pflege der Interessen sein, die den beiden Ländern gemein sind. Wir begrüßen daher auch das Bestreben nach einer Stabilisierung der Verhältnisse im Osten durch ein System von Pakten, wenn die leitenden Gesichtspunkte dabei weniger taktisch-politischer Natur sind, als vielmehr der Verstärkung des Friedens dienen sollen. Aus diesem Grunde und um diesen Absichten zu entsprechen, hat sich die deutsche Regierung auch vom ersten Jahre an bemüht, ein neues und besseres Verhältnis zum polnischen Staate zu finden.

Als ich am 30. Januar die Regierung übernahm, schienen mir die Beziehungen zwischen den beiden Ländern mehr als unbefriedigend zu sein. Es drohte die Gefahr, daß sich aus zweifellos vorhandenen Differenzen, die ihre Ursachen einerseits in den Territorialbestimmungen des Versailler Vertrages, andererseits in der daraus resultierenden beiderseitigen Gereiztheit hatten, allmählich eine Feindschaft erhärtete, die nur zu leicht bei längerer Fortdauer den Charakter einer beiderseitigen politischen Erbbelastung annehmen könnte.

Eine solche Entwicklung würde, abgesehen von den drohenden Gefahren, die sie latent birgt, für die ganze Zukunft einer segensreichen Zusammenarbeit der beiden Völker hinderlich sein. Deutsche und Polen werden sich mit der Tatsache ihrer Existenz gegenseitig abfinden müssen. Es ist daher zweckmäßiger, einen Zustand, den tausend Jahre vorher nicht zu beseitigen vermochten und nach uns genau so wenig beseitigen werden, so zu gestalten, daß aus ihm für beide Nationen ein möglichst hoher Nutzen gezogen werden kann. Es schien mir weiter erforderlich, an einem konkreten Beispiel zu zeigen, daß ohne Zweifel bestehende Differenzen nicht verhindern dürfen, im Völkerleben jene Form des gegenseitigen Verkehrs zu finden, die dem Frieden und damit der Wohlfahrt der beiden Völker nützlicher ist

als die politische und am Ende auch wirtschaftliche Lähmung, die zwangsläufig aus einem dauernden Lauerzustande gegenseitigen Mißtrauens sich ergeben muß. Es schien mir weiter richtig zu sein, zu versuchen, in einem solchen Falle durch eine freimütige und offene Aussprache zu zweit die nun einmal die beiden Länder betreffenden Probleme zu behandeln, als dauernd Dritte und Vierte mit dieser Aufgabe zu betrauen. Im übrigen mögen in der Zukunft die Differenzen zwischen den beiden Ländern sein, wie sie wollen: Der Versuch, sie durch kriegerische Aktionen zu beheben, würde in seinen katastrophalen Auswirkungen in keinem Verhältnis stehen zu dem irgendwie möglichen Gewinn! Die deutsche Regierung war daher glücklich, bei dem Führer des heutigen polnischen Staates, Marschall Pilsudski, dieselbe großzügige Auffassung zu finden und diese beiderseitige Erkenntnis in einem Vertrage niederzulegen, der nicht nur dem polnischen und dem deutschen Volke gleichermaßen nützlich sein wird, sondern auch einen hohen Beitrag zur Erhaltung des allgemeinen Friedens darstellt. Die deutsche Regierung ist gewillt und bereit, im Sinne dieses Vertrages auch die wirtschaftspolitischen Beziehungen Polen gegenüber so zu pflegen, daß hier gleichfalls dem Zustande unfruchtbarer Zurückhaltung eine Zeit nützlicher Zusammenarbeit erfolgen kann.

Daß es in diesem selben Jahr auch der nationalsozialistischen Regierung in Danzig möglich wurde,

zu einer ähnlichen Klärung des Verhältnisses zum polnischen Nachbarstaat zu kommen, erfüllt uns alle mit besonderer Freude.

Deutschland und Österreich

Zum großen Bedauern der deutschen Reichsregierung sind demgegenüber die Beziehungen des Reiches zur derzeitigen österreichischen Regierung keine befriedigenden. Die Schuld liegt nicht auf unserer Seite. Die Behauptung, daß das Deutsche Reich beabsichtige, den österreichischen Staat zu vergewaltigen, ist absurd und kann durch nichts belegt oder erwiesen werden. Allein es ist selbstverständlich, daß eine die ganze deutsche Nation erfassende und sie auf das tiefste bewegende Idee nicht vor den Grenzpfählen eines Landes haltmachen wird, das nicht nur seinem Volke nach deutsch ist, sondern seiner Geschichte nach als deutsche Ostmark viele Jahrhunderte hindurch ein integrierender Bestandteil des Deutschen Reiches war, ja dessen Hauptstadt ein halbes Jahrtausend lang die Ehre hatte, Residenz der deutschen Kaiser zu sein und dessen Soldaten noch im Weltkriege Seite an Seite mit den deutschen Regimentern und Divisionen marschierten. Aber auch davon abgesehen, ist diese Tatsache keine absonderliche, wenn man berücksichtigt, daß fast alle europäischen geistig revolutionären Gedanken und Vorstellungen bisher noch immer über die Grenzen ein-

zelner Länder hinweg wirksam wurden. So haben die Ideen der Französischen Revolution in ganz Europa über die staatlichen Schranken hinweg die Völker erfüllt, genau wie heute die nationalsozialistische Idee auch vom österreichischen Deutschtum verständlicherweise in natürlicher Geistes- und Seelenverbindung mit dem ganzen deutschen Volk aufgegriffen wurde. Wenn die derzeitige österreichische Regierung es für notwendig hält, diese Bewegung unter Einsatz äußerster staatlicher Mittel zu unterdrücken, so ist dies selbstverständlich ihre eigene Angelegenheit. Sie muß aber dann auch persönlich für die Folgen ihrer eigenen Politik die Verantwortung übernehmen und für sie einstehen. Die deutsche Reichsregierung hat aus dem Vorgehen der österreichischen Regierung gegen den Nationalsozialismus überhaupt erst in dem Augenblick für sich die Konsequenzen gezogen, da deutsche Reichsangehörige, die in Österreich lebten oder sich dort als Fremde aufhielten, davon betroffen wurden. Es kann der deutschen Reichsregierung nicht zugemutet werden, ihre Bürger als Gäste in ein Land zu schicken, dessen Regierung unmißverständlich zum Ausdruck gebracht hat, im Nationalsozialismus an sich ein unliebsames Element zu erblicken. So wenig wir auf einen amerikanischen und englischen Reiseverkehr in Deutschland rechnen dürften, wenn diesen Reisenden auf deutschem Gebiet ihre nationalen Hoheitszeichen oder Fahnen abgerissen würden, so wenig wird es die deutsche Reichsregierung hinnehmen,

daß jenen Deutschen, die als Fremde und Gäste in ein anderes und noch dazu deutsches Land kommen, diese entwürdigende Behandlung zuteil wird. Denn das Hoheitszeichen und die Hakenkreuzfahne sind Symbole des heutigen Deutschen Reiches. Deutsche aber, die heute in das Ausland reisen, sind abgesehen von den Emigranten immer Nationalsozialisten!

Wenn die österreichische Regierung sich darüber beklagt, daß Deutschland seine Bürger zurückhält, in ein Land zu reisen, dessen Regierung selbst dem einzelnen Angehörigen einer hier herrschenden Weltanschauung so feindlich gegenübertritt, so mag sie bedenken, daß sich bei einer Vermeidung dieser deutschen Maßnahmen zwangsläufige Zustände ergeben würden, die dann tatsächlich unerträglich und bedenklich wären. Denn da der heutige deutsche Reichsangehörige zu stolz und zu selbstbewußt ist, um sich sein nationales Ehrenzeichen winderstandslos herunterreißen zu lassen, bleibt nichts anderes übrig, als ein solches Land mit unserem Besuche zu verschonen.

Die weitere Behauptung der österreichischen Regierung, daß von seiten des Reiches aus irgendein Angriff gegen den österreichischen Staat unternommen werde oder auch nur geplant sei, muß ich schärfstens zurückweisen. Wenn die zehntausende politischer Flüchtlinge aus Österreich im heutigen Deutschland einen heißen Anteil nehmen an dem Geschehen in ihrer Heimat, so mag das in manchen

Auswirkungen bedauerlich sein, ist aber von seiten des Reiches aus um so weniger zu verhindern, als auch die übrige Welt bisher nicht in der Lage war, den tätigen Anteil der deutschen Emigranten im Ausland an der deutschen Entwicklung hier irgendwie abzustellen. Wenn die österreichische Regierung sich beklagt über eine politische Propaganda, die von Deutschland aus gegen Österreich stattfände, so könnte sich die deutsche Regierung mit mehr Recht beklagen, über die politische Propaganda, die in den andern Ländern von den dort lebenden politischen Emigranten gegen Deutschland getrieben wird. Daß die deutsche Presse in deutscher Sprache erscheint und daher auch von der österreichischen Regierung gelesen werden kann, ist für die derzeitige österreichische Regierung vielleicht bedauerlich, aber durch die deutsche Reichsregierung nicht zu ändern. Wenn aber in nichtdeutschen Ländern deutsche Zeitungen in Millionen-Auflagen gedruckt und nach Deutschland befördert werden, so läge darin für die deutsche Regierung ein wirklicher Grund zum Protest vor, da es nicht verständlich ist, warum z. B. Berliner Zeitungen in Prag oder Paris herausgegeben werden müssen. Wie schwere Einwirkungen politischer Emigranten in das Mutterland zu unterbinden sind, geht am einwandfreiesten daraus hervor, daß selbst dort, wo der Völkerbund in eigener Hoheit die Geschäfte eines Landes wahrnimmt, die Einwirkungen emigrierter Kreise in das frühere Mutterland ersichtlich

nicht unterbunden werden können. Erst vor wenigen Tagen hat die deutsche Staatspolizei wieder an der Grenze des Saargebiets 16 Kommunisten verhaftet, die große Mengen staatsfeindlichen Propagandamaterials aus dieser Domäne des Völkerbundes in das Deutsche Reich einzuschmuggeln versuchten. Wenn aber so etwas am grünen Holze möglich ist, kann man schwerlich wegen behaupteter ähnlicher Vorgänge gegen das Deutsche Reich einen Vorwurf erheben.

Die deutsche Regierung stellt auch keine weitere Anklage gegen die umliegenden Staaten wegen der dort gegen Deutschland geduldeten Emigranten-Propaganda, die sich sogar bis zur Bildung einer zur Verhöhnung des Obersten Deutschen Gerichtshofes veranstalteten Justiz-Komödie steigerte, und ihren letzten Ausdruck auch heute noch in einer wüsten Boykotthetze findet. Die deutsche Reichsregierung kann auf die Anklage verzichten, weil sie sich als die nicht zu erschütternde Repräsentantin und Vertrauensträgerin des Willens der deutschen Nation fühlt. Sie hat diese innere Sicherheit erhalten, in dem sie es unterließ, zu ihrer eigenen Beruhigung und zur Aufklärung der übrigen Welt in einem Jahre allein mehrere Male an das deutsche Volk zu appellieren und sich dieses Vertrauen auf dem Wege der Abstimmung bestätigen zu lassen, ohne dazu irgendwie gezwungen zu sein. Es würde den Wert der gegen die heutige österreichische Regierung gerichteten An-

griffe sofort erledigen, wenn diese sich entschließen könnte, das deutsche Volk in Österreich ebenfalls aufzurufen, um die Identität seines Willens mit dem Wollen der Regierung vor aller Welt festzustellen.

Ich glaube nicht, daß z. B. die Regierung der Schweiz, die auch Millionen Bürger deutscher Nationalität besitzt, irgendeine Klage über den Versuch einer Einengung deutscher Kreise in ihre inneren Angelegenheiten vorbringen könnte. Der Grund scheint mir darin zu liegen, daß dort eine ersichtlich vom Vertrauen des schweizerischen Volkes getragene Regierung besteht, die es daher auch nicht nötig hat, innere Schwierigkeiten auf außenpolitische Motive zurückzuführen. Ohne uns im geringsten in die inneren Verhältnisse anderer Staaten einmischen zu wollen, glaube ich doch, das eine sagen zu müssen: Nur mit Gewalt allein kann auf die Dauer kein Regiment bestehen. Es wird auch in der Zukunft daher jederzeit eine erste Sorge der nationalsozialistischen Regierung des Reiches sein, immer wieder von neuem festzustellen, inwieweit sich der Wille der Nation verkörpert in der sie führenden Regierung. Und in diesem Sinne sind wir Wilde doch wirklich bessere Demokraten.

Im übrigen muß ich, der ich mich selbst mit stolzer Freude zum österreichischen Bruderlande als meiner Heimat und der Heimat meines Vaterhauses bekenne, Protest einlegen gegen die Auffassung, als ob die deutsche Gesinnung des österreichischen Volkes

überhaupt irgendwelcher Aufreizungen aus dem Reiche bedürfte. Ich glaube meine Heimat und ihr Volk auch heute noch genug zu kennen, um zu wissen, daß der Pulsschlag, der 66 Millionen Deutsche im Reiche erfüllt, auch ihre Herzen und Sinne bewegt.

Möchte das Schicksal fügen, daß aus diesen unbefriedigenden Zuständen endlich dennoch ein Weg zu einem wirklichen versöhnenden Ausgleich gefunden wird. Das Deutsche Reich ist bei voller Respektierung des freien Willens des österreichischen Deutschtums jederzeit bereit, die Hand zu einer wirklichen Verständigung zu reichen.

Traditionelle Freundschaft zu Italien

Ich kann in dieser außenpolitischen Betrachtung nicht die freudige Empfindung übergehen, daß in diesem Jahre die vom Nationalsozialismus stets gepflegte, ja geradezu traditionelle Freundschaft zum faschistischen Italien und die hohe Verehrung, die der große Führer dieses Volkes auch bei uns genießt, in den Beziehungen der beiden Staaten zueinander eine weitere vielfältige Festigung erfahren hat. Das deutsche Volk empfindet dankbar die vielen Beweise einer ebenso staatsmännischen wie objektiven Gerechtigkeit, die es sowohl innerhalb der Genfer Verhandlungen als auch späterhin durch das heutige Italien erfahren hat. Der Besuch des italienischen Staatssekretärs Suvich hat uns zum erstenmal die

Möglichkeit gegeben, auch in Berlin diesen Empfindungen für das weltanschaulich uns so nahestehende italienische Volk und seinen überragenden Staatsmann einen wenn auch nur schwachen Ausdruck zu geben.

Deutschland und Frankreich
Generalbereinigung der Gegensätze
Aussöhnung der beiden großen Nationen

So wie sich die nationalsozialistische Regierung des Reiches in diesem Jahre bemühte, eine Verständigung mit Polen zu finden, so war es auch unser ehrliches Bemühen, die Gegenstätze zwischen Frankreich und Deutschland zu mildern und wenn möglich durch eine Generalbereinigung den Weg zu einer endgültigen Verständigung zu finden. Der Kampf um die deutsche Gleichberechtigung, der von uns als Kampf um die Ehre und das Recht unseres Volkes niemals aufgegeben werden wird, könnte meines Erachtens keine bessere Beendigung finden als durch eine Aussöhnung der beiden großen Nationen, die in den letzten Jahrhunderten so oft das Blut ihrer besten Söhne auf den Schlachtfeldern vergossen, ohne an der endgültigen Lagerung der Tatsachen dadurch Wesentliches geändert zu haben. Ich glaube daher auch, daß dieses Problem nicht ausschließlich durch die Brille kalter Berufspolitiker und Diplomaten gesehen werden kann, sondern daß es

seine endgültige Lösung nur finden wird durch einen warmherzigen Entschluß derer, die sich vielleicht früher als Feinde gegenübergestanden sind, aber in der auf der beiderseitigen Tapferkeit begründeten Hochachtung eine Brücke finden könnten in eine Zukunft, die eine Wiederholung vergangener Leiden so oder so nicht mehr kennen darf, wenn nicht Europa tatsächlich an den Rand des Abgrundes gebracht werden soll.

Frankreich fürchtet um seine Sicherheit.

Niemand in Deutschland will sie bedrohen, und wir sind bereit, alles zu tun, um dies zu beweisen.

Deutschland fordert seine Gleichberechtigung.

Niemand in der Welt hat das Recht, einer großen Nation diese zu verweigern, und niemand wird die Kraft haben, sie auf die Dauer zu verhindern. Für uns aber, die wir lebende Zeugen des großen grauenhaften Krieges sind, ist nichts fernerliegender als der Gedanke, diese auf beiden Seiten verständlichen Empfindungen und Forderungen in irgendeinen Zusammenhang zu bringen mit dem etwaigen Wunsche eines neuerlichen Messens der Kräfte der beiden Völker auf dem Schlachtfelde, das in seinen Folgen zwangsläufig zu einem internationalen Chaos führen müßte.

Aus diesen Empfindungen heraus habe ich auch versucht, im Geiste der angestrebten notwendigen Zusammenarbeit der beiden Nationen schon jetzt die Fragen einer Lösung entgegenzuführen, die anson-

sten nur zu leicht geeignet sind, eine neue Erhitzung der Leidenschaften zu fördern.

Wir begrüßen es dankbar, daß die Regierung Großbritanniens sich bemüht, einer solchen Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen ihre Hilfe zur Verfügung zu stellen. Der mir gestern vom britischen Botschafter überreichte Entwurf eines neuen Abrüstungsvorschlages wird von uns mit bestem Willen in dem Geiste geprüft werden, den ich in meiner Rede im Mai als den unsere Außenpolitik beherrschenden darzulegen mich bemühte. Wenn sich die deutsche Regierung in diesem Jahre entschließen mußte, aus der Abrüstungskommission und dem Völkerbunde auszuscheiden, dann geschah dies nur, weil die Entwicklung der Deutschland auf das tiefste bewegenden Frage der Herstellung unserer Gleichberechtigung in Verbindung mit einer internationalen Rüstungsfestsetzung nicht mit dem zu vereinen war, was ich im Mai als unabänderliche Grundforderung nicht nur für die nationale Sicherheit des Deutschen Reiches, sondern auch für die nationale Ehre unseres Volkes aufstellen mußte.

Und ich kann in diesem Augenblick nur noch einmal der Welt gegenüber wiederholen, daß keine Drohung und keine Gewalt das deutsche Volk jemals mehr bewegen werden, auf jene Rechte Verzicht zu leisten, die einer souveränen Nation nicht bestritten werden können. Ich kann aber weiter versichern, daß diese souveräne Nation keinen andern Wunsch hat,

als die Kraft und das Gewicht ihrer politischen, sittlichen und wirtschaftlichen Werte freudig einzusetzen nicht nur zur Heilung der Wunden, die eine vergangene Zeit den menschlichen Gemeinwesen geschlagen hat, sondern auch im Dienste der Zusammenarbeit jener gesitteten Kulturnationen, die, wie ein englischer Staatsmann mit Recht sagt, durch ihre Werke des Geistes und der Arbeit das Sein auf dieser Welt erst schön und wahrhaft lebenswert gestalten.

Nach einem Jahre der nationalsozialistischen Revolution sind das Deutsche Reich und das deutsche Volk innerlich und äußerlich reifer geworden für die Übernahme des Teiles der Verantwortung am Gedeihen und am Glück aller Völker, der einer so großen Nation von der Vorsehung zugewiesen ist und daher von Menschen nicht bestritten werden kann.

Die Bereitwilligkeit zu dieser wahrhaft internationalen Pflichterfüllung aber kann keinen schöneren symbolischen Ausdruck finden als in der Person des greisen Marschalls, der als Offizier und siegreicher Führer in Kriegen und Schlachten für unseres Volkes Größe kämpfte und heute als Präsident des Reiches ehrwürdigster Garant ist für die uns alle bewegende Arbeit am Frieden.

Das war die große Friedensrede eines großen deutschen Staatsmannes. Und kurze Zeit danach wandte sich Reichsminister Dr. Goebbels an die Vertreter der Berliner Auslandspresse, vor denen er u. a. folgendes ausführte:

Die Verschiedenartigkeit der Auffassungen, die heute Europa bewegen, ist ganz unverkennbar. Sie resultiert zu ihrem größten Teil aus den furchtbaren Schäden, die diesem Erdteil durch das Unglück des großen Krieges zugefügt worden sind, und Deutschland ist dabei derjenige Staat, der am schwersten daran zu tragen hat. Man hatte sich leider in den anderthalb Jahrzehnten vor unserer Machtübernahme in der Welt daran gewöhnt, die deutsche Nation als mitbewegenden Faktor der europäischen Entwicklung nicht mehr in Betracht zu ziehen. Dieser Zustand ist durch die nationalsozialistische Revolution grundlegend geändert worden, und von dieser Tatsache hängt ein Teil der Mißverständnisse ab, die zu lösen und zu klären im Augenblick eine der wichtigsten Aufgaben der gesamten europäischen Diplomatie ist.

Wir glauben, dem Ziel ihrer Lösung um einen gewaltigen Schritt schon nähergekommen zu sein, wenn wir dem deutschen Volk und der deutschen Regierung jenes Maß an Achtung und Sympathie zurückgewinnen, die man anderen Völkern und Regierungen als selbstverständlich entgegenzubringen pflegt.

Die Verschiedenartigkeit der Auffassungen kann nur entwirrt werden auf der Basis der Gleichartigkeit der Achtung, die der Eine dem Anderen zuteil werden läßt.

Daß der Durchbruch des jungen Deutschland nicht

nur für unser eigenes Volk, sondern für die ganze Welt eine Reihe von neuen Problemen aufwerfen würde, mit denen sich Europa bisher nicht beschäftigt hatte, das war uns von vornherein klar. Neue Ideen stellen die Völker vor neue Tatsachen, und es ist nicht politisch, Tatsachen ableugnen zu wollen, weil sie unangenehm oder unsympathisch sind; politisch ist es, sich mit ihnen abfinden, zu ihnen ein Einfallstor des Verständnisses zu gewinnen suchen, sich mit ihnen sachlich und vorurteilslos auseinandersetzen und sie in den Rahmen des gesamteuropäischen Schicksals im positiv wirkenden Sinne einfügen. Es ist dem Ausland noch viel zu wenig klar geworden, daß der Sieg der nationalsozialistischen Revolution in Deutschland eine neue Männergeneration in die Macht getragen hat, und daß diese neue Männergeneration von der edlen Absicht besessen ist, mit neuen Methoden alte Probleme, die mit alten Methoden unlösbar geworden waren, einer tatsächlichen Lösung zuzuführen.

Wir haben bei diesem Versuch eine offene und ehrliche geistige Auseinandersetzung mit der Welt nicht gescheut. Wo wir mit ihr in Disput kamen, da haben wir mit Wärme und Leidenschaft unsere neuen Ideale vertreten, ohne indes einer Gedankenwelt, die wir in Deutschland überwunden hatten, in der übrigen Welt den schuldigen Respekt zu versagen. Leider konnten wir das nicht immer feststellen in bezug auf die Kampfesweise, die man von der

anderen Seite uns gegenüber anzuwenden beliebte. Es bedarf keiner besonderen Betonung, daß wir aus ehrlichster und anständigster Gesinnung heraus an die Probleme der Zeit herangegangen sind. Niemand von uns hätte es der Welt verwehren wollen, über die sachliche Anwendbarkeit unserer Prinzipien Zweifel zu hegen; jedoch unsere Gesinnung in diese Zweifel einzubeziehen und unsere Absichten vor der Öffentlichkeit der Welt zu diskreditieren, das zeugte von einem Verfahren, das wir nicht verdient hatten und gegen das wir uns deshalb mit allen Mitteln publizistischer Möglichkeiten zur Wehr setzen mußten.

Das neue Deutschland kam für die Welt gänzlich unerwartet; und so unbekannt ihr die Männer waren, die es repräsentierten, so unbekannt waren ihr die Ideen, die in ihm zum Durchbruch gebracht wurden. Man hat es sich vordem mit uns allzuleicht gemacht, nicht nur im eigenen Lande. Man glaubte, über diese Bewegung, als sie noch in der Opposition stand, mit einem hochmütigen Achselzucken hinweggehen zu können und sich die Mühe ersparen zu dürfen, sich mit ihr geistig irgendwie auseinanderzusetzen. Die Entwicklung selbst aber bewies, daß die dynamischen Triebkräfte des Geistes und des Herzens stärker waren als die des Verstandes, daß dem spontanen Ausbruch der deutschen Seele mit den raitionalistischen Mitteln einer liberalen Dialektik nicht beizukommen war, und am Ende der ewige

deutsche Genius über die Kräfte des Verfalls den Sieg davontrug. Damit wurde die Welt vor eine neue Tatsache gestellt. Und es nutzte ihr nichts, demgegenüber Vogel-Strauß-Politik zu treiben und den Kopf in den Sand zu stecken. All die überheblichen Prophezeiungen, die dem nationalsozialistischen Regime im Anfang seines Bestandes mit auf den, so meinte man, kurzen Weg gegeben wurden, sind durch die Entwicklung selbst schlagend widerlegt worden. Es gibt in Europa heute nicht viele Staaten, deren Regierungen so im tiefsten Volksboden verankert wie die deutsche und die deshalb so fest gefügt sind wie diese.

Es erscheint uns allzu erklärlich, daß die journalistischen Wortführer des Auslandes, die mit den in Deutschland gefallenen Mächten innerlich oder äußerlich solidarisiert waren, den gänzlichen Umschwung der Dinge nicht allzu freudig begrüßt haben. Wir können auch ein gewisses Verständnis dafür aufbringen, daß sie heute noch mit dem rechthaberischen Eigensinn des unbekehrbaren Besserwissers einen Tatsachenbestand nicht wahrhaben wollen, der unterdes längst von allen objektiv Denkenden als unabänderlich hingenommen wurde. Unklug aber wird, so meinen wir, dieses Verfahren dann, wenn es sich nicht mehr auf die persönliche Meinung des einzelnen beschränkt, sondern darüber hinaus zu einer voreingenommenen und damit fal-

schen Darstellung der Lage für die Öffentlichkeit führt.

Hier allerdings ist es schwer, eine Brücke des Verständnisses zu finden. Wer bei der Erforschung deutscher Verhältnisse marxistischen Emigranten, die bei Nacht und Nebel über die Grenze gingen, um in den Hauptstädten anderer Länder ein wenig rühmliches Dasein zu fristen, mehr Glauben schenkt als uns, die wir hierblieben, ihre bittere Erbschaft übernahmen und Tag und Nacht am Werk sind, um sie zum Besseren zu wenden, dem ist am Ende nicht zu helfen; denn er hat sich die Möglichkeit eines Verständnisses für uns schon in den Zeiten unserer Opposition dadurch verbaut, daß er sich von unseren Gegnern über uns belehren ließ, und will auch heute noch nicht davon Abstand nehmen, da die Entwicklung ihm allzu drastisch bewiesen hat, wie bitter und folgenschwer er getäuscht wurde.

Darauf beruhen die meisten traditionellen Vorurteile, die man im Auslande vielfach gegen das Regime des Nationalsozialismus hegt. Man hat dabei manchmal den Eindruck, als habe sich für die Unbelehrbaren seit dem Januar 1933 gar nichts geändert. Dort wird der Nationalsozialsmus auch zur Stunde noch als geistige Barbarei registriert, seine konstruktiven Ideen als Ausgeburten einer überhitzten Phantasie, seine Aufbaumethoden als brutale Gewaltmaßnahmen, sein geistiger Wille als Kulturschande und

sein Trieb zur Ordnung und Disziplin als Bedrohung der individuellen Freiheit.

So allerdings kommt man einem historischen Phänomen von der Weite und Größe der nationalsozialistischen Bewegung nicht nahe. Das scheint auch der größte Teil derer, die im Anfang bei der allgemeinen Verwirrung die klare Linie, die Sachlichkeit des Urteils und die leidenschaftslose Gerechtigkeit den Tatsachen gegenüber zeitweilig verloren, im Laufe des ersten Jahres unserer Aufbauarbeit mehr und mehr eingesehen zu haben. Man wird sich des wachsenden Verständnisses, das die Welt heute dem Führer und dem von ihm repräsentierten jungen Deutschland entgegenbringt, richtig erst bewußt, wenn man es in Vergleich setzt zu dem vollkommenen Mangel an Einfühlungsvermögen, der die öffentliche Meinung anderer Länder in den ersten Monaten unserer Macht von uns trennte. Man beginnt dort jetzt zu erkennen, daß der Nationalsozialismus eben anders ist, als man sich ihn vorgestellt hatte. Daß mit ihm eine neue Generation an die Dinge herantrat, und daß sie einen Anspruch darauf hat, nach eigenen Werten gemessen zu werden und nicht nach den Werten, den ihre Gegner ihr zumessen. Das bedeutet für die Mehrzahl der in Deutschland tätigen Auslandsjournalisten ein Umlernen in vieler Beziehung, eine manchmal schwierige Beschäftigung mit Dingen, die bislang ihrem Blickkreis fernlagen, eine Auseinandersetzung mit Problemen,

die erst durch uns in den Bereich der Aktualität hineingetragen worden sind.

Aber die Völker, deren Meinung mit zu bilden Sie berufen sind, haben einen Anspruch darauf. Sie können mit Recht verlangen, daß ihnen die deutschen Dinge so dargestellt werden, wie sie in Wirklichkeit sind und nicht, wie sie durch die Brille parteilicher Voreingenommenheit eingefangen werden. Denn die Probleme, die uns beschäftigen, gehen ganz Europa an. Es gibt kein Volk, das nicht von ihren Auswirkungen im Guten oder im Bösen mitberührt würde. Es gibt keine Regierung, die nicht auch wie wir vor ihnen stünde und Mittel und Wege suchte, um mit ihnen fertigzuwerden.

Den einen Vorteil hat das erste Jahr nationalsozialistischen Aufbaus wenigstens mit sich gebracht, daß die Diskussion der Welt über Deutschland nicht mehr an den Äußerlichkeiten kleben bleibt, nicht mehr das Wesentliche in entweder ganz erfundenen oder stark vergröberten und entstellten Ausschreitungen dieser Revolution sieht, sondern vielmehr in dem grandiosen Versuch, mit vollständig neuen Methoden der Krise, die über Europa hereingebrochen ist, in Deutschland wenigstens wirksamer als bisher entgegenzutreten. Diese neue Art, sich in der Welt mit uns auseinanderzusetzen, geht um so leichter vonstatten, als ja die großen wirtschaftlichen und politischen Erfolge, die das nationalsozialistische Regime bisher zeitigen konnte, unleugbar sind und vor jeder-

manns Augen offen zutage liegen; und als diese Erfolge errungen wurden in einer Zeit, in der andere Staaten von schwersten politischen Krisen heimgesucht wurden und diese hinwiederum Opfer an Menschen und wirtschaftlichen Werten forderten, denen gegenüber die Opfer der deutschen Revolution fast in ein Nichts versinken.

Die Welt beginnt nun zu erkennen, daß der Nationalsozialismus ein neuer, durchaus originärer Versuch ist, mit der geistigen, politischen und wirtschaftlichen Krise, die Europa im Verfolg des furchtbaren Krieges befallen hat, fertig zu werden. Dieser Versuch verlangt Achtung von jedermann, und das Maß der Achtung kann sich dabei nur richten nach der Überfülle der Aufgaben, die wir übernommen haben, und der Größe der Probleme, die uns zur Lösung aufgebürdet worden sind.

Die alten Methoden haben versagt. Es gibt für unseren schwergeprüften Erdteil nur eine Rettung: mit neuen Methoden neue Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Die Jugend, die durch den Krieg gegangen ist, erhebt mit Recht diese Forderung, und ihr ist durch den Nationalsozialismus in Deutschland Genüge getan worden.

Es wurde zu oft betont, als daß es noch einmal wiederholt zu werden brauchte: Deutschland will den Frieden, es will in Frieden arbeiten und aufbauen, es bringt allen Völkern gleiche Achtung und gleiche Sympathie entgegen, es verlangt aber von

ihnen, daß sie mit Respekt und Vorurteilslosigkeit seinem gigantischen Kampf gegen die Not gegenübertreten. Es hat Beweise seiner Friedensliebe gegeben. Man muß es hören, wenn es seine Forderungen auf Gleichberechtigung unter den anderen Nationen erhebt. Es hat ein Recht darauf, die vitalsten Bedingungen seiner nationalen Existenz garantiert zu sehen. Jedes ehrliebende Volk wird dafür Verständnis aufbringen. Im Verkehr aber mit allen Nationen bedient es sich der edlen Mittel, die bisher immer noch die größten politischen Erfolge zeitigten: der Wahrheit und der Klarheit."

Und die Antwort auf beide Reden?

Sie lautet:

In Frankreich hat die Unvernunft gesiegt!
Frankreich rüstet auf.
Und die Folge?
England und Italien und andere Staaten rüsten auf.
Das Wettrüsten hat begonnen.
Und das Ende . . . ?

Deutschland aber hat unter seinem Volkskanzler Adolf Hitler sich die Ehre und das Recht auf gleiche Behandlung unter den Nationen zurückerobert, nicht durch das Schwert und die Waffe, sondern durch den Willen zur Selbstbehauptung.